



Der ewige Bund wirkt



Die Erkenntnis zur eigenen Identität der Deutschen bahnt sich seinen Weg. Das gültige Recht setzt sich durch, denn die BRD „Deutschland“ ist bereits implodiert

Weiterlesen: Seite 2

Wirtschaftspartner



Europa benötigt ein stabiles Deutschland und Russland ebenso wie Deutschland den wirtschaftlichen und kulterrellen bilateralen Austausch.

Weiterlesen: Seite 7

Es ist ein Genozid



Corona ist der Besen im Systemwandel mit dem der Kollateralschaden weggefegt wird. Der sanfte Verlauf wird zum diversen Sensenmann der Konzerne.

Weiterlesen: Seite 9

**„Im Namen des Volkes“
Die Deutschen
des ewigen Bundes deutscher Völker
führen keinen Krieg gegen Russland!**

JB (Politik) - Militärrecht

Die Rücknahme der Suspendierung (Aussetzung) der Rechte und Pflichten der 4 Mächte der Alliierten aus dem 2+4 Vertrag obliegt allein der Zuständigkeit der Alliierten selbst.

Man kann die Erklärung der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, vom 27. Januar



Maria Sacharowa

„Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat unverblümt erklärt, dass „... Krieg gegen Russland geführt wird“.

Es sind die Waffen der NATO, die die Zivilbevölkerung töten und die zivile Infrastruktur der neuen Einheiten der Russischen Föderation zerstören. Damit werden die NATO-Staaten de facto zu Komplizen der Verbrechen des Kiewer Regimes.

Dabei sollten sie bedenken, dass die Verantwortung für sie nicht verjährt. Wie die Aussagen von A. Merkel sind auch die Aussagen von A. Baerbock evidenzbasiert.“

2023 als offizielle Ankündigung von Nürnberg 2.0 für Deutschland verstehen, bei dem die BRD-Organen dann auf der Strafbank in der ersten Reihe Platz nehmen dürften.

Dadurch sind die Militärgesetze S.H.A.F. und SMAD wieder aktiviert und das „versteinerte Besatzungsrecht“ insgesamt. Der Polizeibrief vom Februar 1949 des Hohen Kommissars McCloy ist zwar bis heute mißachtet worden, aber durchgehend aktiv (wissenschaftliches Gutachten und LfVres. Dr. Röwer a. D.) und wird zur weiteren Besetzung der Anklagebänke führen.

Ich möchte an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß das letzte legitimierte deutsche Staatsoberhaupt Großadmiral Karl Dönitz war, dessen fragwürdige Verhaftung nicht dessen Legitimation und Befugnis beendet hat. Ebenso auf die nachfolgende Demontage der Marine, eine demütigende Agitation der Linken, die Marine zu Landratten machen zu wollen, die wie alles von den Linken gescheitert ist. Die Fregatte „Karlsruhe“ ist das letzte einsatzbereite Schiff, wofür immerhin noch Munition zu bekommen ist. Ein bißchen Farbe, Treibstoff bunkern und die Ketten abschweißen und die „Karlsruhe“ nimmt wieder Fahrt auf.

Was aber noch wirkungsvoller ist: die Marineschule Mürwik in Flensburg-Mürwik (ehem. Sonderbereich Mürwik) ist die Offizierschule der Deutschen Marine und

dort befindet sich ein imposanter Schreibtisch, auf dem die Insignien der tatsächlichen Staatsführung stehen. Soweit mir bekannt, ist die Stempelfarbe auf den Siegeln bis heute nicht ausgetrocknet.

Die surreal anmutende Politik der Ampel-Koalition und aller anderen Parteien dient offensichtlich der Verschleierung von Tatbeständen, die in der öffentlichen Wahrnehmung nicht registriert werden sollen. Die aktive direkte oder indirekte Unterstützung des Maidan-Putsches durch die US-NATO-BRD-Okkupanten hat erst ermöglicht, daß sich das jetzige totalitäre ukrainische Terror-Regime festsetzen konnte. Mit schrecklichen Folgen für die Ukrainer, die in einem 8jährigen Krieg gegen Zivilisten massakriert wurden. Der Terror in der Ukraine ist dokumentiert und wird durch die öffentlich-rechtlichen Medien verschwiegen. Da ballt sich die Faust in der Hosentasche, wenn dann die BRD-Medien einen Heldenepos für die Terrorbrigaden des ukrainischen Regimes veranstalten und die BRD-Bürgermeister die ukrainische Flagge umtanzen.



ASOW-Bataillon finanziert durch US-NATO-BRD-Interessengruppen und durch alle Personen mit der verwaltungstechnischen NS-Staatsangehörigkeit „Deutsch“

Die BRD-Okkupanten (Regierung) haben alles getan, damit dieser Terror sich ausweitete und ganz Europa in seinen blutigen Bann zieht. Es wird Zeit, daß dieses Volk wieder zur Besinnung kommt und sich seiner Wurzeln bewußt wird, denn so unglaublich es klingt, die Geschichte Deutschlands hat nicht 1933 angefangen.



Von der US -NATO-BRD 8 Jahre lang finanziertes Terror an ukrainischer Bevölkerung

**Wenn Sie keinen Krieg mit Russland wollen, führen Sie ein Motivationsgespräch mit dem Bürgermeister.
Für Frieden und Sicherheit - Es ist Ihre Entscheidung.**

Denkschrift, Seite 1

- über den deutschen Bund, das Bundesgebiet, das Bundesrecht und Bundeskanzler

JB [Politik] - Bundesgesetz macht aus Bundesrecht und Völkerrecht sukzessive UNrecht

Als ein „Leuchtturm in stürmischer See“ und unruhigen Zeiten sollen die folgenden Zeilen Denjenigen dienlich sein, die keine Antworten auf ihre Fragen erhalten oder lediglich unlogische und widersprüchliche Antworten. Glaubenssätze und Ego machen augenscheinlich eine zielführende Zusammenarbeit schwierig. Es scheint schwer, ein Glas zu befüllen, das längst voll ist. Wer möchte freiwillig ausleeren, um überhaupt Neues aufnehmen oder zulassen zu können?

Möglicherweise kommen wir jedoch nur gemeinsam zum und durchs Ziel. Laien und Volljuristen sollen einen überschaubaren und dennoch nachvollziehbaren Fundus über den tatsächlichen Status Quo erhalten. Nicht alles ist unstrittig. Nichts soll unkritisch akzeptiert werden. Bewusste mithin belegbare Aussagen können allerdings leicht mit dieser Schrift selbst überprüft werden. So mögen hierzu die Fußnoten Abhilfe versprechen. Dem Laien sei versichert, Bewusstes ist gleichsam Belegbares.

Die entsprechenden Quellen und weiterführende Nachweise sind in den Fußnoten untergebracht, um das Lesen nicht unnötig zu erschweren. Es wird großen Wert auf Primärquellen und Faksimile, mit dem Original übereinstimmende Dokumente, als Nachweiskraft gelegt, um sich nicht fehlerbehafteter Literatur unterwerfen zu müssen. Markierungen dienen zur Gewichtung und vervielfältigen mitunter die geschriebenen Aussagen. Zitate sind „kursiv“ formatiert und ganze Absätze zusätzlich eingerückt.

Der ewige Streit über Untergangs- und Fortbestandsthese¹ unter den Gelehrten ist nunmehr endgültig beim „entleerten Bürger“ angekommen. Darum soll es indes nur sekundär gehen. Vielmehr soll es darum gehen, ob es lediglich dem Verständnis nach ein Reich gewesen war und später auch nur als „Reich“ bezeichnet²,³ wurde, da man wohl noch den Bezug zum heiligen Römischen Reich herstellte oder herstellen wollte. Doch war das „heilige Römische Reich“⁴ weder Bund noch Reich, sondern ein nicht eindeutig definierbares Rechtsgebilde. Es war wohl eher eine Mischung aus römischem Reich und katholischem Bischof von Rom als geistlicher Führer des Reichs (Imperium), der davon träumte, Papst genannt zu werden, so wie der „Führer der SA“ sich einst wünschte „fortan Führer“ genannt zu werden.⁵ Der Reichsführer **Sancta Sedes** indes war der Schwarze Papst Himmler.

Dennoch blieben „Fäden“ zum alten Reich bestehen.⁷,⁸ Fäden des Reichsrechts aus einer Zeit, in der es kein Recht gegeben haben soll und aus dem ab 1815 wohl das Bundesrecht der Deutschen Bundes wurde. Doch wurde die Entwicklung zum Wiener Kongress aus Sicht Preußens nicht angemessen gewürdigt, mithin die Ergebnisse aus Bundes- und Schlußakte manipuliert, respektive gesteuert.⁹

Nicht Friede sollte es geben, sondern Spaltung.¹⁰

Putin sprach wohl nicht zufällig vom Wiener Kongress.

Darauf aufbauend geht es um die Frage: Wenn der Bund, welcher sich zwi-



Der ewige Bund als „Deutscher Bund“ existiert fort, besitzt Rechtsfähigkeit nach wie vor, ist mangels Organisation derzeit nicht handlungsfähig, im Bundesgebiete entsprechend des Geltungsbereiches der LKO (HLKO) für Deutschland von 1910 und gültiger Bundesverfassung von 1918 (RVerf.1871-1918) eingefroren.

schendurch „Deutsches Reich“ nannte mit seinem Bundesrechte und seinem Bundesgebiete noch besteht, was genau sind dann die BRD und der Freistaat¹¹ Bayern¹²? Was war Hitler und was Weimar? Zur Beantwortung dieser Fragen ist der Weg anachronistisch zurück ins alte Reich zu beschreiten.

Es kann auf dem Boden des Rechtes nur ein Bundesgebiete geben!

1. Gegenwart

Entmachtung durch unrechtmäßige und grundgesetzwidrige Machtübergabe von Berlin an Brüssel.¹³ Polygenozide durch vergiftete Nahrung, Luft, Wasser und Medikamente¹⁴, aber auch durch Fortführung des politischen Verwaltungskrieges¹⁵ eines Hitlers gegen die indigenen Deutschen selbst und zusätzlich durch die Umsetzung der Migrationswaffe¹⁶ mittels politisch sowie kriegerisch erzeugter Flüchtlingsströme, künstlich erzeugtem Mangel und Inflationärraubzug. Im Ergebnis erzwungene Insolvenzen, Armut, Krankheit und Krieg. Letzteres ist dabei gewinnmaximierende Geschäftsgrundlage (Kapitalfaschismus). Seit 01.01.2000 verstößt das StAG durch ius soli Oligationstatbestand¹⁷ zudem gegen Art. 16 Abs. 1 S. 1 GG, womit die BRD-Organen Hitlers politischen Verwaltungskrieg auf ganz Europa, Afrika, Asien und Nahost ausweiten und deutlich beschleunigen.

Man darf in einem Satz rekapitulieren. Es ist seit 1990 Nichts tatsächlich besser geworden.

Wurde 1990 also das Böse oder das Gute weggesperrt? Sollte das Dritte Reich oder doch eher das „Zweite Reich“ vom „Dritten Reich“ samt fremdbestimmter Verwaltungen befreit werden?

Eines indes ist tatsächlich besser geworden. Das BuStAG von 1870 ist durch Änderung in § 37 RoStAG n.F. auf den Tag nach nunmehr 86 Jahren wieder in Anwendung und erzeugt endlich eine Bundesangehörigkeit PR1948. Für Bayern, Württemberg etc. blieb der Weg wohl offen RuStAG 1871.

Ziel der BRD Organe war jedoch sicher nicht, die „Befreiung der Deutschen“ BefrG i.V.m. BV von NAZISMUS, vielmehr die Herrschaft des NAZI-Verwaltungsregimes auszuweiten über ganz Eu-

ropa und darüber hinaus. So beschreibt der aktuelle Koalitionsvertrag folgende Ziele:

„Verwaltungsmodernisierung [...] Die Modernisierung des Staates gelingt nur mit einem starken Öffentlichen Dienst. [...] Wir fördern und vereinfachen den Personalaustausch und die Rotation [Rotary, Drehtüren] zwischen verschiedenen Behörden, zwischen Bund und Ländern sowie zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft. [...] Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, dass Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können.“¹⁸

„Lebendige Demokratie Demokratie lebt vom Vertrauen in alle staatlichen Institutionen und [Grundgesetz]organe. Wir werden daher das Parlament als Ort der Debatte und der Gesetzgebung stärken.“¹⁹

„Föderalismus Der Föderalismus ist eine Grundsäule der Bundesrepublik. [...] Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Hierzu wird der Bund mit der Region Bonn sowie den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine vertragliche Zusatzvereinbarung abschließen.“²⁰

„Wahlrecht Wir werden innerhalb des ersten Jahres das Wahlrecht überarbeiten, um nachhaltig das Anwachsen des Bundestages zu verhindern. Der Bundestag muss effektiv in Richtung der gesetzlichen Regelgröße verkleinert werden. Eine Verzerrung der Sitzverteilung durch unausgeglichene Überhangmandate 1956 lehnen wir ab. Wir werden die ‚Kommission zur Reform des Bundeswahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit‘ erneut einsetzen. [...] Wir werden das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre senken. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken. [Je höher die Zahl der Idioten, desto dümmmer das Ergebnis] Wir wollen die Ausübung des Wahlrechts für im Ausland lebende Deutsche erleichtern.“²¹

„Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung

Um Deutschland zügig zu modernisieren, sind schnelle Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren zentrale Voraussetzung. Daher sollen im ersten Jahr der Regierung alle notwendigen Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden, um private wie staatliche Investitionen schnell, effizient und zielsicher umsetzen zu können. Unser Ziel ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Dafür müssen Staat und Gesellschaft sowie Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen. Wir wollen eine auf Rechtssicherheit und gegenseitigem Vertrauen fußende Planungskultur in Deutschland verwirklichen. Alle staatlichen Stellen sollen Verwaltungsverfahren so vereinfachen und verbessern, dass gerichtliche Auseinandersetzungen möglichst vermieden werden. Wir werden mehr Möglichkeiten im Rahmen des Verfassungs- und Unionsrechts ausnutzen.“²²

Aus der einstigen US-Operation Un-durchführbar vom Juni 1945 wurde sukzessive die NATO-Osterweiterung, aus SHAEF wurde SHAPE und das Kriegsbündnis NATO oder OTAN bedeutet tatsächlich WOTAN aus Wagners „Götterdämmerung“ und gerade nicht Wödan.

Ukrainische Neonazisöldner schmücken sich u.a. mit Totenkopfflaggen, auf denen wohl zutreffend in Fraktur geschrieben steht: „Töten für Wotan“.

Aus Hitlers EU-Projekt sollte das IV. Reich (EU-BRD) in einer „Neuen Weltordnung“ werden.

„Demokratie ist die Tyrannei der Unwissenden.“

„Selig sind, die da geistlich arm sind“ Matthäus 5:3

2. 9/11 im Jahre 1989

Exakt 71 Jahre nach 9/11 folgte das zweite 9/11 und alle glaubten zunächst an eine „friedliche Revolution“. Doch wurde der Mauerfall von langer Hand geplant und vorbereitet. Die BRD-Gesetzblätter selbst verraten dies heute eindrucksvoll.²³ Die alliierten Bizonenverwaltungen 4zonen sollten wenig später mit 03.10.1990 zu einer freiwilligen Besatzungsverwaltung unnatürlich verschmolzen werden, wohl wissend, dass damit auch das durch die BRD Organe verwaltete Konstrukt, das Weimarer „Dritte Reich“, ebenfalls nicht beendet oder de facto nicht abschließend geregelt werden würde, denn nur einem Friedensabschluß stehen abschließende Regelungen.

Der also gern als Abschluß verkaufte und lediglich „Friedensvertrag“ genannte „2+4 Vertrag“ entlarvt sich bei genauerer Betrachtung als ein Vertrag, der wörtlich zu nehmen gewesen wäre, aber dennoch keinen Frieden regeln konnte und wohl auch nicht sollte. Wie schon beim BRD-Reisepass befinden sich auf dem Frontdeckel dieses „Vertrages“ 12 Adlerschwinge, die Insignel indes zeigen 14 Adlerschwinge.

Legitimiert zur Unterzeichnung am 12.09.1990 waren – nach dem Grundgesetzbruch vom 17.07.1990 durch Baker – beide Verwaltungszonen offenkundig nicht mehr. Genscher betrog nur Tage später mit seinem Anmeldungsschreiben an die UN die Völkergemeinschaft und alle Deutschen gleichermaßen.²⁴

Die SBZDDR lag zudem auf dem durch die BRD Organe zu verwaltenden Staatsgebiet des „Dritten Reichs“ oder richtiger des selbstermächtigen Reichsgebiets Art. 116 auf dem altherwürdigen Bundesgebiete des ewigen Bundes von

Fortsetzung - Denkschrift - Seite 2

1867²⁵, welcher sich selbst zuletzt lediglich „Deutsches Reich“ nannte.²⁶ Wenn man so will, ein Bundesgebiete auf dem inzwischen 4 Okkupanten sitzen.

Es wurde also ein zweifelhafter Vertrag unter den beiden Verwaltungszonen des Reichsgebiets des „Dritten Reichs“ Art. 116 geschlossen, die es beide vor 1949 nicht gab und welcher dennoch verbindliche²⁷ Rechte und Pflichten für alle 6 Vertragspartner enthielt.²⁸ Die stets agierende BRD-Verwaltung verlebte sich das ideologisch „verplante“ Wirtschaftsgebiet der stets reagierenden DDR-Verwaltung ein,²⁹ ohne die in der SBZDDR lebende Bevölkerung zu befragen.³⁰ Österreich bereitete den Anschluß ab 05.03.1933 ganze 5 Jahre lang vor,³¹ wohingegen die DDR lediglich ein knappes Jahr zur Vorbereitung erhielt.

Es wurde strategisch dafür gegen jede Vernunft und sinnvolle Tradition der Artikel 23 im Bonner Grundgesetz 1.0 nach Wegfall durch Baker am 17.07.1990 mit dem heutigen „EU-Paragrafen“ in der neuen Fassung des Artikel 23 im Berliner Grundgesetzes 2.0 verunsichernd neu befüllt, um fortan die Macht von Berlin III. Reich sukzessive nach Brüssel IV. Reich zu übertragen.³² Der geplante Abschluß dieser Transformation soll augenscheinlich in aktueller Legislaturperiode erfolgen.

3. Militär Grundgesetz 1949

Die unrechtmäßige und durch die US-Amerikaner selbst verursachte Verhaftung OP der letzten Reichsregierung unter Dönitz im Sonderbereich Mürwik 33 (Flensburg-Mürwik) am 23.05.1945 durch die Engländer auf Weisung der US-Amerikaner und erzwungen durch berechtigten Protest Stalins (OP Undurchführbar), auf die nicht näher einzugehen ist, erzeugten die Alliierten genau den Zustand, der sie sodann zwang oder ermächtigte im besetzten Deutschland (Nordeuropa) für „Sicherheit und Ordnung“ sorgen zu müssen.^{11.5}

Nach Genfer Abkommen GK darf diese „Machtübernahme“ lediglich ein Jahr andauern, was die D.C. Corp.³⁴ zu ändern versuchten^{11.3} und schließlich zur „Rückgabe an den Souverän“ führen musste, jedoch mit erheblichen Einschränkungen^{11.3.2}. So wurde die Errichtung eines militärisch erzwungenen Grundgesetzes befohlen,³⁵ welches nach Fertigstellung durch den, durch die „Hohe Hand“ einbestellten, Parlamentarischen Rat in ein an selbiges angepasstes Besatzungsstatut gepresst wurde. Erst mit der alliierten Genehmigung zum Bonner GG von 1949³⁶ wurde das entwaffnete Dritte Reich an eine zweifelhafte BRD-Verwaltung übergeben. Jede Aussage, ob von Politik oder sogenannten Historikern dahingehend, dass das Besatzungsstatut bereits 1955 oder spätestens 1990 beendet worden sei, sind falsch oder lediglich insofern richtig, dass selbiges kurzzeitig zwischen 18.07.1990 Baker und 03.10.1990 Kohl tatsächlich außer Anwendung fallen musste. Doch sobald jemand Kohl dieses Grundgesetz wieder in Kraft setzt, passiert dieses Inkraftsetzen nie ohne das Besatzungsstatut, da selbiges dafür gebaut wurde und das Grundgesetz ausnahmslos „innerhalb des Besatzungsstatutes“ wirken kann, respektive „nur im Zusammenhang mit dem Besatzungsstatut gültig ist.“³⁷

Es blieb also eine friedliche Besatzung bis zum 17.07.1990 im „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ Art. 23 a.F. Ab 03.10.1990 indes vergrößerte Dr. Kohl nicht nur die BRD und verhalf ausgerechnet dem falschen Verwaltungskonstrukt dabei, nicht aufgelöst zu werden, sondern vielmehr oder gerade dem Dritten Reich, nicht doch noch unterzugehen. Dr. Kohl und Dr. Schäuble sicherten 1990 den Fortbestand des Dritten Reichs. Die Bezeichnung „Deutsches Reich“ des ewigen Bundes fiel indes bereits 1918 mit der Verbannung des Kaiseramtschefs ins Exil nach Schloss Doorn³⁸ in den Niederlanden weitgehend unbemerkt weg. Das „Kaiserreich“ ging insofern nicht unter, sondern mit dem König und Kaiseramtschef in den Dornröschenschlaf 104 Jahre; was auf dem Bundesgebiete indes verblieb, war der ewige Bund samt Bundesverfassung

– ohne Kaiseramt, Reichsbezeichnung oder Reichsverständnis – und „nur noch Deutsche“, die Bundesangehörigen. Wohl auch die Bayern und Württemberger mit ihrem RuStAG von 1871.

Die „Weihe“³⁹ von 1871 indes gilt im gesamten Bundesgebiete von 1910 HLKO mit dem 9/11-Putsch als erloschen. Aus „Reich“ wurde mittelbar wieder „Bund“. Das macht nunmehr eine Unterscheidung in Bund oder Reich weitaus einfacher, denn die Lüge lebte davon, Bund mit Okkupation III. Reich zu vermischen.

Seit 9/11 im Jahre 1918 ist das 2. Kaiserreich wieder ein Deutscher Bund.

4. Bundesstaat Bayern

Erst vor wenigen Tagen eröffnete der Hinweis des Harald von Landau bezüglich Art. 116 GGGMBL 1981, was mindestens jeden Bayern interessieren sollte und dem Grunde nach verpflichtend wirken müsste. Bekannt war bereits der Artikel 178 BV und bekannt war dazu auch, dass Prof. Huber BVerfG selbigen zu egalieren versuchte.⁴⁰ Was insofern nicht verwunderte, denn die Herrschaften Huber, Simons und Sohm waren um 1900 wohl keine unschuldigen Antideutschen. Doch der Vergleich zwischen den Artikeln 116 BV und 116 GG ließ schnell aufhorchen, denn das Weglassen des Begriffs „deutsche“ innerhalb der Bayerischen Verfassung an entsprechenden Positionen führt unweigerlich zur bayerischen Staatsangehörigkeit, die via Grundgesetz und Alliiierter Vorbehalte verboten ist. Bereits der Versuch 1946, eine bayerische Landeszugehörigkeit einzuführen, führte zu Ärger durch die „Hohe Hand“, worauf postwendend die Streichung erfolgte. Was jedoch im Artikel 116 BV geschrieben steht, muss aus Sicht des Verwaltungsregimes und des US-Deepstate weit schlimmer erscheinen, denn Artikel 116 BV enthält weiterhin die Heimatzugehörigkeit aus dem BuStAG von 1870 und dessen als dienliches Werkzeug noch nebenher laufenden RoStAG 1913 und RuStAG 1871.

Ein überfällig gewordener genauere Blick in die Bayerische Verfassung von 1946 offenbarte Unglaubliches, besonders nachdem Dr. Markus Söder höchstselbst vor einigen Monaten unmißverständlich äußerte, dass die Bayerische Verfassung strikt zu befolgen wäre.⁴¹

Ob er damit den Artikel 178 BV oder gar weitere Artikel aus den Übergangsvorschriften meinte oder überhaupt wusste, was er da äußerte, bleibt dem Leser zu bewerten. Allerdings hat er Recht und jeder Bayer sollte sich folgende Artikelauswahl einmal genau durchlesen.

[Präambel]

„Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschlusse, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das Bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.“

Zweiter Hauptteil Grundrechte und Grundpflichten

„Art. 116

Alle [bayerischen] Staatsangehörigen ohne Unterschied sind entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen.“

„Art. 117

Der ungestörte Genuß der Freiheit für jedermann hängt davon ab, daß alle ihre Treuepflicht gegenüber [bayerischem] Volk und [bayerischer] Verfassung, [bayerischem] Staat und Gesetzen erfüllen. Alle haben [diese bayerische] Verfassung und die Gesetze zu achten und zu befolgen, an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil zu nehmen und ihre körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“

„Art. 120

Jeder Bewohner Bayerns, der sich durch eine Behörde in seinen verfas-

sungsmäßigen Rechten verletzt fühlt, kann den Schutz des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes anrufen.“

Schluß- und Übergangsbestimmungen

„Art. 178

Bayern wird einem künftigen deutschen demokratischen Bundesstaat beitreten. Er soll auf einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten beruhen, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist.“

„Art. 180

Bis zur Errichtung eines deutschen demokratischen Bundesstaates ist die Bayerische Staatsregierung ermächtigt, soweit es unumgänglich notwendig ist, mit Zustimmung des Bayerischen Landtags Zuständigkeiten des Staates Bayern auf den Gebieten der auswärtigen Beziehungen, der Wirtschaft, Ernährung, des Geldwesens und des Verkehrs an den Rat der Ministerpräsidenten der Staaten der US-Zone oder andere deutsche Gemeinschaftseinrichtungen mehrerer Staaten oder Zonen abzutreten.“

„Art. 181

Das Recht des Bayerischen Staates, im Rahmen seiner Zuständigkeit Staatsverträge abzuschließen, bleibt unberührt.“

„Art. 182

Die früher geschlossenen Staatsverträge, insbesondere die Verträge mit den christlichen Kirchen vom 24. Januar 1925 bleiben in Kraft.“

„Art. 184

Die Gültigkeit von Gesetzen, die gegen Nationalsozialismus und Militarismus gerichtet sind oder ihre Folgen beseitigen wollen, wird durch diese [bayerische] Verfassung nicht berührt oder beschränkt.“

„Art. 185

Die alten Kreise (Regierungsbezirke) mit ihren Regierungssitzen werden ehestens wiederhergestellt.“

„Art. 186

(1) Die Bayerische Verfassung vom 14. August 1919 ist aufgehoben.

(2) Die übrigen Gesetze und Verordnungen bleiben vorläufig in Kraft, soweit ihnen diese [bayerische] Verfassung nicht entgegensteht.

(3) Anordnungen der Behörden, die auf Grund bisheriger Gesetze in rechtsüblicher Weise getroffen waren, behalten ihre Gültigkeit bis zur Aufhebung im Wege anderweitiger Anordnung oder Gesetzgebung.“

„Art. 188

Jeder Schüler erhält vor Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck dieser [bayerischen] Verfassung.“

5. Weimarer „Rothary“ Reich

Am 14.08.1919 gelangte die Weimarer Reichsverfassung für die Weimarer Republik in Geltung und dabei blieb es mit kurzer Unterbrechung durch die Erweiterung, die sich später „Drittes Reich“ nennen sollte. Doch mit der illegalen Statusminderung aller Bundesstaaten – außer Bayern – zu schlichten „deutschen Ländern“ durch Hugo Preuß passierte unbemerkt etwas fundamental Egalisierendes, das heute Niemand wirklich wahrhaben will, weil es buchstäblich alles egalisiert. Da m i t

fehlte es m.W.d. Weimarer Reichsverfassung, die ohne Plebiszit, dafür jedoch mit Fremdbestimmung durch „assoziierte Mächte“, wohl als erstes Grundgesetz bezeichnet werden könnte, fortan bis in unsere Gegenwart an legitimen Wählern. Ab 1956 kommen zusätzlich noch grundgesetzwidrige Überhangmandate hinzu, wie es bereits das Bundesverfassungsgericht 2012 feststellen musste.⁴² Das UR-Problem indes begründet sich auf ungewisse Staatsangehörigkeiten, respektive fehlende Anpassungen aller Wahlgesetze. Uwe Knietsch bewies dies 2014 im Bundesrat, als es um die NS-Glaubhaftmachung der NS-Fiktion einer verwaltungstechnischen „deutschen Staatsangehörigkeit“ duR und dessen Nachweis mittels Staatsbürgerbrief⁴³ ging, um überhaupt Parteizulassung zur EU-Wahl erhalten zu können.⁴⁴ Der 09.11.1918/11 zerstörte das Kaiseramt und der 14.08.1919 zerstörte die Funktion des § 1 RuStAG im Heimatteil §§ 3-32 vor dem ODER, womit fortan nur noch Kolonie- oder Landeszugehörigkeiten §§ 33-35 übrigblieben.⁴⁵ Im

Anschluß wird darauf und auf die jur. jesuitische Variable „gemeinsames Indigenat“ aus Artikel 3 der Bundesverfassung im Detail einzugehen sein, wenn es um den aktuellen Status unserer vermeintlichen Staatsangehörigkeit geht, ohne die kein Staat existieren kann.⁴⁶

6. Freistaat Bayern

Zusammen mit der Weimarer Reichsverfassung gelangte auch die Bayerische Verfassung zur vermeintlichen Errichtung eines Volksstaats am 14.08.1919 in Geltung. Allerdings wurde diese Pseudolandesverfassung durch die heutige Staatsverfassung von 1946 „formal“ aufgehoben.

Bayern hat seit 1870 eine besondere Rolle im Spiel um Bund, Reich, Heimat und gerade an Bayern erging damit ein Auftrag durch Sonderrolle seit diesem 14.08.1919, welcher nunmehr seit 76 Jahren in der zweiten Pseudolandesverfassung von 1946 tatsächlich niedergeschrieben steht.⁴⁷

7. Stunde Null

Ob Jalta, London oder Potsdam, alle Abkommen verfolgten eine dunkle Agenda gegen alle Europäer, und nur sehr wenige Menschen erkannten dies und noch weniger äußerten diese Erkenntnis, um keiner „Säuberung“ anheim fallen zu müssen. Doch sind inzwischen ohnehin alle Abkommen gebrochen worden oder sollen gar als Jalta 2 wiederholt worden sein. Prinz Reuß indes solle wohl nur Tage vorher wieder ausgeladen worden sein. Es scheint alles unwichtig geworden zu sein und es ging sodann lediglich um den Wiener Kongress. Ausgerechnet das nur zu gerne herangezogene Potsdamer Abkommen bildete die Grundlage für alles, was seither folgen sollte: Krieg und Verwüstung. Gebrochen wurden selbige bereits 1949 durch die Errichtung der BRD.⁴⁸

8. 9/11 im Jahre 1918

Am 09.11.1918 wurde von einer Handvoll sozialistischer Irrläufer mit ausländischer Unterstützung ungewollt das Kaiseramt und gerade kein Kaiser gepusht. Mit Folgen für die kommenden 100 Jahre. Bereits am 11.11.1918 wurde sodann der Waffenstillstand von diesen unwissenden Rothputschisten unterzeichnet und der „Karneval“ nahm seinen vorgezeichneten Verlauf.⁴⁹ Das Ereignis vom 11.11. feiern wir alle jährlich um 11.11 Uhr, bis heute Realsatiere.

Erst am 28.11.1918 wurde der Kaiser durch die Rothputschisten abgedankt und selbst via Funkspruch darüber informiert, so wie W.I.R. 1922 ausführte.⁵⁰ Interessant und entlarvend zugleich ist jedoch der 28.10.1918 und die schriftliche „Ausrufung“ einer Parlamentarischen Monarchie durch den Reichskanzler Max von Baden, wohingegen das Waffenstillstandsgesuch in der Nacht vom 03. auf 04.10.1918 erfolgen musste, so die strikte Forderung der Obersten Heeresleitung.⁵¹ Kein vernunftbegabtes Lebewesen bei Verstand würde danach in der Novembersituation irgendjemanden wegputschen. Selbst einen Hitler hätte man zunächst belassen müssen, um tatsächlich größeren Schaden vom Reiche fernhalten zu können. Vergangenheit und Gegenwart geben Uns dahingehend absolut Recht bezüglich dieser nur logischen Erkenntnis.

Prinz Max von Baden halten die Verfasser indes nicht mehr für beteiligt und sehen sich insofern genötigt, selbigen für die Annahme dessen postum vorsichtig zu rehabilitieren. Er mag geholfen haben, aber als er seinen Fehler erkannte, versuchte er sich in Wiedergutmachung. Zudem vereinfachen die beiden Verfassungsänderungen vom 28.10.1918 die notwendige Korrektur, wengleich die kaiserliche Burgfriedensrede im Schloß ohnehin jeden von uns m.W.z. 04.08.1914 bereits zum Kaiseramte beförderte. Nicht das Einzige, was unbemerkt blieb. Über 100 Jahre lang. Aber blieb all dies tatsächlich unbemerkt oder wurde selbiges lediglich vor uns verschleiert? Doch hätten die Politiker seit 1919 nicht zum „Wohle der Deutschen Völker“ entsprechend handeln müssen?⁵² Festzuhalten ist, dass sehr wohl seit 1917 bekannt war, worauf alles hinauslaufen sollte und was einem Hitler später ausreichend „Argu-

Fortsetzung - Denkschrift - Seite 3

mente" liefern sollte. Dennoch sorgten jene „Volksvertreter“ über Dekaden ausschließlich nur für ihr eigenes Wohl und die Erhöhung ihrer eigenen Diäten. Das ist der Fokus ohne ablenkende Beschäftigung mit allen Putschsystemen seit 1918 zum Politiker-Wohl. Aus gültigem Bundesrecht sollte fortan lediglich geltendes Bundesgesetz werden und damit dies dem geneigten Leser nicht auffiele, wurde Bundesrecht aber auch „NS-Recht“ im BGBl. Teil III und DDR-Sonderband geradezu versteckt. Die Feinde Deutschlands indes kommentierten seinerzeit nicht mit leerer Drohung, **wenn „der Kaiser sich nicht einweihen lassen will, werden sie das Deutsche Volk einweihen, und wenn die kaiserliche Regierung die Freimaurerei verfolgt, werden diese die Republik Deutschland aufrichten.“**⁵³ Ähnliche Worte fand Max Warburg dem Prinzen Max gegenüber.

9. Ewiger Bündnisfriede

Der Friede von 1871 ging in die Geschichte ein, ohne dass ein Schüler darüber in der Schule etwas erlernte oder ein Lehrer darüber lehrte. Doch war bestmögliches Gedeihen Friede in Europa von jeher Mangelware und für kleine nekrophile, aber mächtige und einflussreiche Grüppchen NAZI war der „Friede 1871“ ein zwingend zu behebender „Fehler 1871“. Ausgerechnet das langersehnte Einigungswerk und Friedenswerk der Deutschen sollte deren Auslöschung zur Folge haben.

Heute wissen wir, dass die Reichsbank ein Problem für die F.E.D. darstellen musste, die Sozialsysteme alle rot werden ließ und Industrie, Wissenschaft und Handel die tatsächliche Gefahr Deutschlands ausmachten und gerade kein militantes „Kaiserreich“ in Eroberungswahn.

Wo andere über Jahrhunderte eine Kolonie nach der anderen ausplünderten, versklavten oder ausrotteten, waren es unter Deutscher Flagge Schutzgebiete, die auf weitgehend fairen Handel bauten und erst später durch die Konzerne oder Kooperationen zurückgegeben oder an den Deutschen Staat verkauft werden sollten, womit selbige zur Kolonie geworden wären. Ab 1871 waren es Schutzgebiete und ab 1886 erhielten diese ein SchutzgebietsgesetzGG – mit hin die Möglichkeit, Landesgesetze in den Schutzgebieten (umgangssprachlich Kolonien genannt) einzuführen. In Duala wurden 10 Jahre lang Gespräche mit den eingeborenen Stammesführern geführt, um die Enteignungen für das wohl ehrgeizigste Haufenbauprojekt in ganz Afrika gerecht regulieren zu können. Dieses Recht hat in der BRD zu keinem Zeitpunkt bestanden. Engländer hatten Kolonien und Deutschland Schutzgebiete.⁵⁴

Erst kurz vor Kriegsausbruch war die Einigung perfekt, was ohne den Krieg zum afrikanischen Traum hätte führen können. Dieses Ziel indes verfolgten nur die Deutschen, denn selbige „eroberten“ durch Handel ohne Waffengewalt. Völkerrechtsverbrecher wurden abkommandiert und vor Gericht gestellt. Der bekannteste wurde hingerichtet. Jene Deutsche, die beim Aufbau halfen, riskierten die eigene Staatenlosmachung durch 5 oder 10 Jahresfristen zur Rückmeldung.

Die Schutzgebiete blieben Ausland und wurden nicht dem Bundesgebiete eingegliedert oder annektiert, wie es die englische Krone vollzog. Keine Weltmachtgedanken, sondern Überleben der eigenen Bevölkerung und Kooperationen mit anderen Völkern oder Handelspartnern waren die einzigen Ziele. Genug Zerstörungen mussten Generationen von Deutschen auf ihrem Bundesgebiete erleben oder buchstäblich überleben.

Es war nie Reichsgebiet, sondern von 1867 an immer ein gemeinsames Bundesgebiete des „ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des [Gesamt]deutschen Volkes.“ Dieser ewige Bund „sollte den Namen Deutscher Bund führen“.⁵⁵ Wer

meint, das heutige Bundeskanzleramt⁵⁶ wäre eine Erfindung der BRD Organe, der irrt schwer, denn Bismarck war erster Kanzler, dem die Errichtung eines entsprechenden Amtssitzes genehmigt wurde. Anno 1867. Die BRD Organe missbrauchten lediglich, was ihrer Vorgänger aufbauten und hinterließen.

So existieren Anknüpfungspunkte in wohl alle Etappen unserer „Vorzeit“ sichtbar durch Gebäude, Straßen, Brücken oder Landschaften, aber vor allem in Form des Bundesrechtes⁵⁷, Bundesgesetzblattes⁵⁸ und Reichstages⁵⁹.

10. Bodenrechte

Die „teutschen“ Stammesangehörigen sind alleinige Träger des Rechtes. Sie sind indigen, frei und mit ihrer Sesshaftwerdung auf dem bewohnten Boden des jeweiligen Stammes zu Eingebore-

einzig die Übergangsbestimmungen den eigentlichen Sinn dieser bayerischen Verfassung wieder.

Die Wiederherstellung des gesamten Bundesgebietes des ewigen Bundes, mithin Deutschlands, und Schutze des Bundesrechtes stünde zudem nicht im Widerspruch zum unerfüllten Auftrag des Bonner Grundgesetzes und ebenfalls nicht zum Artikel 123 dieses Grundgesetzes. Im Gegenteil. Es besteht die Möglichkeit, dass hier leise und biophil von außen hingewirkt wurde und WIR hoffen, dass diese Chance nicht erneut vorüberziehen wird, um nicht erneut im Chaos und Krieg enden zu müssen. Es ist an der Zeit zu erkennen, dass der heilige Michael nicht nur das Schwert des Krieges für uns zu führen vermag, sondern auch das Schwert des Geistes.

2023	Ewiger Bund 1867 (Deutscher Bund 1871) m. Bundesgebiet und Bundesrecht			
2022	EU-BRD-Projekt 1933 bis 2022 (Great Reset, Codex Alimentarius, IG Farben AG)			
1990	>>>>>	BRD-EU + SBZ = UN276	Bayern	Ostgebiete
1949		DDR UN278	Bayern Art. 178 BV	Ostgebiete
		BRD UN280	SBZ	
1945		Dönitz/Treuhand	SBZ	Bayern Ostgebiete
1938/39	Neu Schwabenland	Drittes „Deutsches Reich“ (Großdeutschland)		Bayern Österreich
1937		(Alliiertes Artikel 116 M-GG)		Bayern
1933		Drittes „Deutsches Reich“		Bayern
1919		Republik „Deutsches Reich“ Weimar		Bayern
1871		Ewiger Bund (Bundesstaat „Deutsches Reich“, vollVerf.)		Österreich
1871		Ewiger Bund („Deutscher Bund“, S-GG)		Österreich
1867		Ewiger Bund („Norddeutsch“, S-GG)	Südgebiete	Österreich
1866		Bruch Bundesakte und „Kaiser ohne Land“ („Papst“)		Österreich
1815		Teutscher Bund (Bundesakte, S-GG)		Österreich
1792		„Heiliges Römisches Reich“ v. Babel-Rom-Papst zum Reichstag		Österreich

Stand 14. Januar 2023



So unglaublich es klingt, die Geschichte Deutschlands beginnt nicht 1933.

nen geworden und dort, wo sie durch fortwährenden Erhalt derselben gegen alle Widrigkeiten bis dato geblieben sind, sind sie naturgemäß auch indigene Deutsche geblieben. D.h., an den Boden gebunden mit einer Rechtsschöpfung direkt aus dem jeweiligen Stammesvolke mit gemeinsamer Sprache und Kultur – genaugenommen spätestens mit Otto II. 981.⁶⁰ Gleiches hat auch für die slawischen Stämme Gültigkeit, die erst endet, wenn die Indigenen verschwinden, vertrieben oder ausgelöscht wurden oder werden.⁶¹ Das heutige Europa dürfte damit biophil umgehen zu können, wenn es keinerlei Fremdbeeinflussung mehr zuließe. Bislang sorgte das „orientale Spaltungskonzept in Religion und Politik“ Roth über Jahrhunderte für die kriegerische Spaltung der Menschheitsfamilie, denn das Wort „Welt“ ist als „Spaltung“ zu verstehen. Lehnsrecht überdeckte lediglich und ist mithin unwichtig geworden. Was bliebe, ist das Reichsrecht aus dem „heiligen Romischen Reich“ oder das Bundesrecht aus dem Rheinischen Bunde⁶², aus dem – wenigstens teilweise – das Bundesrecht des Deutschen Bundes von 1815 assimiliert wurde und das durch den Zuspruch Österreichs zum ewigen Bunde von 1867 gerade nicht obsolet wurde, sondern erneut als Bundesrecht fortbesteht. Das Kaiserreich von 1871 änderte daran nichts. Wie das Bundesgebiete blieb es immer Bundesrecht und wurde nie wieder zu Reichsrecht oder war auch trotz Reichsgesetzblättern nie als solches zu verstehen. Der ewige Bund hatte immer schon das Potential, ein europäischer Bund zu werden, unabhängig davon, wie er einmal zu bezeichnen wäre. **Aktuell ist es der „Deutsche Bund“.**

11. Schlußworte und Fazit

Nun steht es den Verfassern wohl nicht zu, gerade einem Bayern Vorschriften zu machen oder selbigen zu belehren. Allerdings meinen die Verfasser, es muss erlaubt sein, die Bayern insgesamt an ihre eigenen Vorschriften höflich erinnern zu dürfen, mithin an ihre verfassungsmäßige Ordnung, denn es scheint den Verfassern, als gäben

Die Wahl liegt erneut bei uns.

Allen voran bei den Bayern, dann den Sachsen und der gesamte Rest „hilft, wo er kann“.

Hier setzt nun unsere Arbeit an, den verlorengegangenen Bezug auf Unsere bewegte und erfolgreiche 2000 jährige Deutsche Geschichte wieder herzustellen, so dass die Diskussion über die Option einer neuen Verfassung, einer Volksverfassung, da beginnt, wo die altehrwürdige und noch immer gültige Verfassung des ewigen Bundes Deutscher Nationen dem gesamtdeutschen Volke in feindlicher Absicht entzogen worden ist.

Verfasser

h i n z marco, hugenottischer Preuße
h a l f f e r carsten, Preuße
m o s e r kerstin, Preuße
b a u m a n n jörn, Hamburger

Grimma, den 13.01.2023

Erstellt: 07.02.2020, 18:28:00
Geändert: 13.01.2023, 05:20:51
Änderungszeit: 48:06:38
Seiten: 12 (+1)
Wörter: 6.843
Zeichen: 51.893
Zeilen: 682
Redigiert/erweitert: 14.01.2023

Zitat Carlo Schmid v. 08.09.1948 zu 1. Art. 146 und zu 2. 23 GG (hier zu 146):

„Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen. Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können. Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: «an

dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.“

Zitat Carlo Schmid v. 08.09.1948 über die Vertreibungen (Ostgebiete):

„Man sollte nicht so rasch in der Welt vergessen, WAS hier geschehen ist. Denn wenn wir es vergessen sollten, wenn wir dieses Wissen verdrängen sollten aus unserem Bewusstsein, dann könnte es geschehen, daß einige Generationen später, das Verdrängte in böser Gestalt wieder heraufkommen könnte. Man sollte gerade im Zeitalter der Nürnberger Prozesse auch von DIESEN Dingen sprechen.“

Doch 1990 wurde gerade das getan, was laut Dr. Carlo Schmid gerade nicht hätte passieren dürfen und somit haben wir „dieses Wissen“ tatsächlich „aus unserem Bewusstsein“ verdrängt.

[Anm. MH: Erweitert bis HRR 1792 Reichstag (vgl. Geschäftsordnung d. RTs i. BGBl. TEIL II!)]13.01.2023

Fußnoten

1 Hopf in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG Einl. Rn. 6 S. 7-8

2 Steno.Bericht v. 10.12.1870 Sonderausschuß. bzgl. Umbenennung „Bund“ in „Reich“ mit Kaiseramtweihe d. Einigungs- u. Friedenswerk

3 Hopf in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG Einl. S. 8 Rn. 7, 8

4 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl. „Von Otto II. bis Friedrich III.“; sprachlich-kulturhistorischen Kontext betrachten, Roemisch, Reich, „Rych“, Ursprung/Wurzel d. Reichstag, Nr. 6. (5). Einladung zum Reichstage (Königswahl) 1125, Juni/Aug., bis dato exterritorial ordo i. BGBl. II

5 sui generis, S. Pufendorf i. 17. Jh.: „irregulären und einem Monstrum ähnlichen Körper“; https://de.wikipedia.org/wiki/Sui_generis

6 Buchempfehlung: Angewandte Geschichte v. Prof. Dr. Heinrich Wolf Bd. 2 Angewandte Kirchengeschichte 3. Aufl. 1914/1939, hier Leo I. S. 99ff.

7 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., Vorwort VI. Abs. 2: „Fäden zwischen dem alten und dem neuen Reich nicht so völlig zerrissen sind, wie manche wännen.“

8 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., S. 536 „Nr. 215. (186). Erklärung des französischen Gesandten am Reichstage zu Regensburg. – 1806, Aug. 1. Corpus Iuris Confoederationis Germanicae I, S. 68-70.“; z. Rheinbunds-Akte

9 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., S. 508ff. (speziell §§ 84 u. 86 S. 528), S. 532-536 „Nr. 214. Rheinbunds-Akte, 1806. Art. XII-XXIV.“

10 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., S. 537 „Nr. 216. (187). Erklärung der Rheinbunds-Staaten über ihren Austritt aus dem Reiche. – 1806, Aug. 1. Corpus Iuris Confoederationis Germanicae I, S. 70f.“; z. Rheinbunds-Akte

11 Am 31.7.1914 hat der Kaiser (RGBl. S. 263) „das Reichsgebiet ausschließlich der Königlich Bayerischen Gebietsteile ... in Kriegszustand erklärt.“, d.h. Bayern nie Teil d. Belagerungszustands, sondern via Bündnisverpflichtung in den WWI gezogen, mithin also keine kriegr. Besatzung möglich. Bayern mit eigenem Staatsgebiet, Staatsverfassung, Staatsvolk, Staatskanzlei und Staatsangehörigkeit (Art. 116 BV). Konkordat u. Weimar!

12 Prof. Dr. E.R. Huber, Hg., „Preußische Gesetzsammlung 1851“, S. 451 d. Belagerungszustand n. Art. 68 BVerf. v. 16.04.1871 (E.R. Huber, „Kronjurist“ des NAZI-NS-Reichs, war Schwiegersohn von W. Simons: 1. Schüler v. R. Sohm, 2. Vertrauter v. Max v. Baden, 3. kommissarischer REICHs-Geschäfts-Führer der WR (eineRepublik mit REICHsverfassung ist wie ein Bundestag im REICHStAG m. GO i. BGBl. II f. Ausland). Und jener E.R. Huber ist Vater des Juristen Prof. Dr. P.M. Huber(2. Senat BVerfG u. Rotary D1840, Art. 178 BV) und des Theol. u. ehemal. EKD-Ratsvorsitzenden Prof. Dr. W. Huber, die sich bez. der wahren Lage von „Thron und Altar“ wohl verhalten zu verhalten scheinen.);

https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1851_Gesetzsammlung-Preussen_s451_Belagerungszustand.pdf

https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/user_upload/freigegeben_Prof_Huber.pdf vgl. dazu auch Art. 116 BV m. Art. 116 GG – bayerische StA

13 Vgl. Art. 23 GG a.F. „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ m. Art. 23 GG n.F. „EU-Paragraph“ zur Überleitung vom III. Reich

Fortsetzung - Denkschrift - Seite 4

zum IV. Reich

14 Codex Alimentarius v. ehem. IG Farben Vorstandsmittglied Fritz ter Meer (KL Monowitz), Milos Pokimica Artikel v. 23.11.2022 <https://goveganway.com/big-pharma-fritz-ter-meer-un-and-codex-alimentarius/> - Auszug aus ASIN: B07M9G74JL v. 21.12.2018
<https://www.dreske.de/media/pdf/b7/49/34/9783860221563-inh.pdf>

15 RGBl. I Nr. 14 S. 85 v. 05.02.1934, Dr. Lösener 1943 „historische Verordnung“ und sinngem. „politische Waffe gegen die Deutschen“, Waffe-STAG

16 Kalgri-Plan, Hooton-Plan, Morgenthau-Plan, Kaufman-Plan; Bevölkerungsaustausch, UN „Bestandserhaltungsmigration“ v. 2000
<https://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/ageing/replacement-es-d.pdf>

17 https://download.jurawelt.com/download/dissertationen/tenea_juraweltbd72_mertens.pdf

18 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 8 Abs. 2, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

19 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 8 Abs. 3, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

20 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 9 Abs. 4, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

21 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 10 Abs. 1, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

22 „KOALITIONSVERTRAG 2021-2025“ S. 10 Abs. 4, https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

23 BGBl. I und II ab 01/1989 prüfen (Sozialversicherungen, Renten, Pensionen, Pharma, EWG, Wahlgesetze)

24 Schreiben zur UN-Anmeldung d. Hans Dietrich Genscher an Pères de Cuèllar v. 03.10.1990 „beide deutsche Staaten“ - SA - 230 - 33041/4 S. 330

25 Vgl. „I. Bundesgebiet“ Art. 1. in BGBl. 1867 Nr. 1 (Nr. 1) S. 2 m. BGBl. 1870 Nr. 51 (Nr. 597) S. 627 m. BGBl. 1871 Nr. 16 (Nr. 628) S. 64

26 welcher sich zunächst „Norddeutsch“ nannte und nunmehr „Deutscher Bund“ zu nennen ist, mithin also gerade nicht mehr als „Deutsches Reich“ (§ 2 Verf.-Urkunde Abs. 2 BGBl. 1871 Nr. 16 S. 63) „zu verstehen“ ist, da selbiges samt Kaiseramt in Doorn auslief, wohingegen im Bundesgebiete der ewige Bund bis dato gültig blieb (vgl. Adenauer Regierung bzgl. Bundesverfassung); vgl. Steno.Bericht Reichstag v. 10.12.1870

27 MULT - 781/18 Übersetzung 105 - 505.42 - 91/1659 „und erklärt, daß dessen vollständiger Wortlaut strikt und gewissenhaft erfüllt wird.“

28 BVerfG-Urt. 2Bv 1/73 (+Faks.): https://www.help4you.info/pdf/BVerfG_2_BvF_1-73_KVRE202088801.pdf - https://www.help4you.info/pdf/2bvf1_73.pdf vgl. <http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm> u. IGH-Urt. ISSN 0074-4441
https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/IGH-Urteil_16883.pdf u. ICJ No. 2012/7 https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/IGH-Urteil_16897.pdf

29 „Die Erweiterung des Wirtschaftsgebietes der BRD auf das ehemalige Gebiet der DDR“, per Definition Annexion so es denn Staatsgebiete gewesen wären, doch ist es das Staatsgebiet des Dritten Reichs (Art. 116 GG) resp. das Bundesgebiet des Deutschen Bundes im Stande v. 31.12.1937

30 BGBl. III FNA 100-1 GG i.V.m. grundgesetzwidriger, insofern jedoch erneut bewusster „Sanktionierung minderen Rechts“, >> GG 2 (basic law 2)

31 SGBl. 1. Stück 1945 Nr. 2 S. 1-2 v. 01.05.1945 - „politische Annexion“ u. versuchtem Genozid an österr. Bundesangehörigen
 SGBl. 2. Stück 1945 Nr. 5 S. 7-8 v. 01.05.1945 - „4. Verfassungsgesetz“ u. Aufhebung aller NS-Vorschriften ab 05.03.1933

32 Art. 23 GG a.F. vs. Art. 23 GG n.F. vgl. 2. Senat (Voßkuhle, Rotary D1830) BVerfG „urteilt über Beteiligung von Bundestags-Sondergremien bei Euro-Beschlüssen“ PHONIX v. 28.02.2012,
<https://youtu.be/nQVI7DGQzB> o. BVerfG, Urteil d. 2. Senats v. 12.09.2012 - 2 BvR 1390/12 -, Rn. 1-215, http://www.bverfg.de/e/rs20120912_2bvr139012.html u. BVerfG, Urteil d. 2. Senats v. 19.06.2012 - 2 BvE 4/11 -, Rn. 1-172,
http://www.bverfg.de/e/es20120619_2bve000411.html m. Pressemitteilung Nr. 42/2012 v. 19.06.2012, Rn. 91 S. 1 „in Anknüpfung an die traditionelle Staatsauffassung der Regierung im Bereich auswärtiger Politik“, Art. 59 Abs. 1 S. 1, 2 GG, Anm.: Art. 23 nur mit n.F. zu zitieren

33 <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/kriegsende/Kriegsende-in-Flensburg-Letzter-Akt-der-Reichsregierung-Doenitz,kriegsende352.html>

34 https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1871_FORTY-FIRST-CONGRESS_Sess-III_CH-61-62_p416ff.pdf

35 Herrscher erlassen Staatsgrundgesetze, Besatzer befehlen Grundgesetze u. Individuen geben sich Verfassungen; alte Kolonialinseln = Grundgesetz

36 BGBl. III FNA 100-1 GG i.V.m. Genehmigungsschreiben u. bewusster „Sanktionierung minderen Rechts“ (Parl. Rat, Bd. 9, S. 597, Carlo Schmid)

37 BArch.: B 10 (Abteilung 2), Bd. 1709 DzD II/2, S. 824-828 (Anlage) Prof. Kordt an Blankenhorn bzgl. Kordt-Kaufmann-Ausarbeitung zum „Asymptotischen Friedenszustand“ eines Adenauers; aber auch Aussagen d. beiden

MdPR Dr. Carlo Schmid, SPD u. Hermann Schäfer, FDP <https://gist.github.com/hinzigers/419fad60dd851b6e0ed82d459fd11c45#file-asymptotischen-friedenszustand-Rn.19-Z.3>

38 „Haus Doorn zeigt einen Hofstaat im Kleinen“, https://de.wikipedia.org/wiki/Haus_Doorn; alles übertreibt mit 33, alles königlich inkl. Gedenktafel noch zu Lebzeiten mit Inschrift aber unpassender Reichskrone: „Seiner Majestät Kaiser Wilhelm II. gewidmet von: Ihrer Majestät der Kaiserin Hermine [Reuß] Seinen Geschwistern, Kindern, Enkeln und Stiefkindern Seinem Hauptquartier Seinen Getreuen im Dienst und in der Heimat zu Seinem 70ten Geburtstag am 27sten Januar 1929“; wichtig, mit weiß-rothem Schauspiel

39 Steno.Bericht v. 10.12.1870 Sonderauschuß. bzgl. Umbenennung „Bund“ in „Reich“ mit Kaiseramtweihe d. Einigungs- u. Friedenswerk

40 Volljurist i. 2. Senat BVerfG u. Rotray D1840 Prof. Dr. P.M. Huber https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/user_upload/freigegeben_Prof_Huber.pdf

41 75 Jahre Bayerische Verfassung - Bayern d. Schlüssel - Bundesstaat Bayern - <https://www.youtube.com/watch?v=MgssBh0MeIM>

42 Versuchte Wahlrechtsreform 25.09.2011; BVerfG, Urteil des 2. Senats (Voßkuhle, Rotary D1830) vom 25. Juli 2012 - 2 BvF 3/11 -, Rn. 1-164, http://www.bverfg.de/e/fs20120725_2bvf000311.html

43 § 30 RuStAG v. 15.07.1999 gez. Schröder, Rau u. Schilly; Millennium-StAG m.W.z. 01.01.2000; EStA-Register n. § 33 StAG f. „Reichsbürger“

44 Uwe Knietsch „sind alle Wahlvorschläge zurückzuweisen, weil der Bundespersonalausweis nach Aussage des Bundesministeriums des Innern von Bayern, kein Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit ist und kein Melderegistereintrag weist dies ordnungsgemäß aus. Deswegen sind alle Wahlvorschläge ungültig.“, BWahlausschuß v. 14.03.2014 bzgl. Parteilisten z. EU-Wahl z. 25.03.2014 m. BWAhleiter Roderich Egeler

45 RuStAG v. 22.07.1913 gez. auf d. „Hohenzollern“ v. Norwegen (Kriegsvorbereitungen), <https://www.verfassungen.de/de67-18/rustag13.htm>

46 Indigen meint freie, lebendige, beseelte, sittliche, männl./weibl. Wesen. RuStAGgesetz resp. funktional RoStAG resp. StAuRouRG, richtiger in und-ODER-Verknüpfung (D=Sta und mR ODER D=uR) = (D=§§ 3-32 ODER D=§§ 33-35), wurde ohne kaiserl. Kenntnis (s. „Ereignisse und Gestalten 1878 - 1918“, Wilhelm II., Fn. 39f.) verfassungswidrig mit Art. 3 der BVerf. v. 1871 (u. § 26 BuStAG umlaufend) verlinkt. Der § 1 im Gesetzentwurf von 1911-13 ersetzte den Status R mit dem völkischen Begriff „Deutscher“. Zudem wurde § 1 gesperrt und blieb ohne Debatte bis zum 22.07.1913 durchgehend unverändert erhalten. Das RoStAG ersetzte m.W.z. 01.01.1914 anachronistisch zurück zum BuStAG v. 1870 jeden Verweis zu demselben mit dem Verweis auf das RoStAG mithin auf den völkischen Begriff „Deutscher“, was stets gemieden wurde. Damit zündete das Putativ-RUSTAG die „Indigenatlunte“ von 1871 und entwurzelte sich mithin selbst. Fortan galt „für ganz Deutschland“ neben mRauch eine gemeinsame unmittelbare Reichsangehörigkeit (uR) und ab Art. 278 VV v. 1919 m.W.z. WRV nur d. „deutsche unmittelbare Reichsangehörigkeit“ (duR) wohl als Vorbereitung für Hitlers jur. Fiktion „deutsche Staatsangehörigkeit“ als NS-Glaubhaftmachung auf Basis der duR, was jedoch gerade nicht der Fall war (§ 1 Abs. 2 RGBl. I 1934 Nr. 14 S. 85, „[m]Reichsangehörigkeit“ +). Vgl. <https://www.verfassungen.de/de67-18/rustag13.htm>

Der Zweifachstatus im BuStAG von 1870 (Bayern, Württemberg, etc. RuStAG v. 1871) ist 1914 im Kolonie-Käfig (polit-verwettlicht, vgl.: Luthers Schrift 1520 „Vom babylonischen Gefängnis der Kirche“) zunächst bis auf die Heimat-Staaten voll beseitigt, ab 1919 fielen auch diese weg. EU

47 Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht am Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, aber mit Volksentscheid (75,7v.H.) am 01.12.1946 mit 70,6v.75,7v.H. Ja-Stimmen, m.W.z. 08.12. ohne dabei „Land der Bundesrepublik Deutschland“ sein zu können, da selbige nicht existierte (1949)

48 Heiner Timmermann (Hrsg.), Potsdam 1945 - Konzept, Taktik, Irrtum?, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Bd. 81, Duncker & Humblot, Berlin, 1997, S. 293-303. <http://archiv.jura.uni-saarland.de/projekte/Bibliothek/text.php?id=74>

49 „TREATY OF PEACE WITH GERMANY (TREATY OF VERSAILLES)“, Gewaltfrieden, Diktat, Verbrechen gegen Frieden und Völkergemeinschaft
https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1919_TREATY-OF-PEACE_Versailles.pdf

50 „Ereignisse und Gestalten 1878 - 1918“, Wilhelm II. v. 1922, Kaiser zu sozial, Bismarck zu hart, daraus resultierten d. Spannungen untereinander
https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1922_Ereignisse-Gestalten_Wilhelm-2-sw.pdf

51 Prinz Max von Baden - Erinnerungen und Dokumente (Rechtfertigungsberichte), 1927, 1. Kap. S. 335-352, vgl. Amtl. Urk. Nr. 14, 22, 33 u. 34

52 https://hacker:matrix2021@matrixhacker.de/pdf/1919_Abdankung_Waffenstillstand_14-Punkte_Entwurf_Protest-AA_Note-04-01-1919.pdf

53 Folg. Fn. v. Prof. E.v.W-Roth „Terroroma“ möglicherweise VMann o. Trugspielerin > selbst prüfen! Hilfsmittel: https://staatsbibliothek-berlin.de/fileadmin/user_upload/zentrale_Seiten/historische_drucke/pdf/Kelly_Refer_mit-Vorwort.pdf o. DNB
 Bulletin maconique 1888, franz. Groß-Loge. 1898 verwei-

gerte Ober-Rabbi, Y.H. Sonnenfeld dem Kaiser die Begrüßung in Palästina. Jener befolgte das kabbal. „illuminäre“ Urteil von E.B.S. Zalman (1720-1797), dem alle Deutschen aufgr. ihrer Abstammung von den Amalektern als Erz-UR-Feinde galten (Esther 1ff; Dtn 25, 19). Dieser Sicht folgten 1862 Moses Hess, „Rom und Jerusalem“ 1862, 45, Isaak Sallbey am 11. Februar 1922, in „Der Türmer“ mit dem Ruf: „Die deutsche Rasse muß vernichtet werden...“, 1932, am 20.7. bekundete B. Lecache, Präs. der Jüd. Weltliga u, LICRA, Paris: „Deutschland ist unser Staatsfeind Nummer Eins. Es ist unsere Sache, ihm erbarmungslos den Krieg zu erklären.“

1933 drohte der Amerik. Jüd. Kongreß: „Ein bellum judaicum bedeutet für Deutschland Boykott, Untergang und Verderben ... das Ende aller Hoffnungen auf den Wiederaufstieg Deutschlands.“

H. Höhne: Gebt mir vier Jahre Zeit - Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches, Berlin 1996, S. 110; Daily Express, London, 24. März 1933: „Judea declares war on Germany“, demzufolge Hitler diese konsequent „nur“ als Kriegsgefangene behandelte, so E. Nolte, Judäa erklärt Deutschland den Krieg; Den „jüdischen“ Kriegserklärungen „fügt sich“ die Balfour Declaration 1917 ein - bis heute im Neuro-Krieg nicht revidiert.

54 Abkommen zwischen Deutschland und England vom 01.07.1890 (KolBl. 1890, S. 120). AdK S. 213 <http://www.humanitaeres-voelkerrecht.de/AdK.pdf>

55 BGBl. 1871 Nr. 16 (Nr. 628) S. 64

56 Allerhöchster Erlaß v. 14.07.1867., Nr. 1 (Nr. 2) S. 23 Ernennung BK Bismarck; Allerhöchster Präsidial-Erlaß v. 12.08.1867., Nr. 3 (Nr. 6) S. 29 Errichtung einer Behörde f.d. Kanzler, welche fortan den Namen „Bundeskanzler-Amt“ tragen wird, bis zur Stunde!

57 Bundesrechte = Bundesrecht im BGBl. Sonderteil III, Überleitung d. FNA 100-1 GG Teutschenrechte aus BS, III. Reich/Weimar GG, Art. 178 WRV lautet: „Die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages [Vertrages zum Frieden, Trug: es ist kein Friedensschluß] werden durch die Verfassung nicht berührt.“, 9/11>16.
 -21.12.18>19.01.19>11.02.19>23.06.19>14.08.19. deutsche unmittelbare Reichsangehörigkeit ist fixiert im Versailler-RG, RGBl. (Nr. 6958) v. 1919 u. deutschen unmittelbaren Länder sind fixiert im Art. 110 im Kolonie-RG, RGBl. (Nr. 6982) v. 1919; Präambel: >> Das Deutsche Volk wird >> das Kolonie Volk: Art. 181: das deutsche Volk wird >> das koloniale Volk: k = Erniedrigung = DEUTSCH, BUND, HRR, Niederlassung u. Kampf gegen Rom, FREI

58 Bundesgesetzblatt = Bundesgesetzblatt o. BGBl. = BGBl., dafür muß niemand studiert haben! Vgl. Bundesgebiete = Bundesgebiet

59 Reichstag: Königswahl 1125, Juni/Aug., Worms, Nürnberg, etc. ~gebäude m. ~polizei u. ~verfassung (GO i. BGBl. II f. Ausland min. seit 1919)

60 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., Nr. 1 S. 1 „Anschlag für ein zweites Aufgebot zum Römerzug Ottos II. - 981“

61 Die Deutschen und Europäer sind ebenfalls Indigene, Anlage zu UN-RESOLUTION 61/295, ERIV <http://www.humanitaeres-voelkerrecht.de/ERIV.pdf> „Schutz der Rechte indigener Völker ist [...] Bestandteil des“ BMZ <https://www.bmz.de/de/themen/rechte-indigener-voelker>

62 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl., Nr. 71 S. 90 „Akten des Rheinischen Bundes (Auszug). - 1254-1256“, „II. Erster Wormser Bundestag. - 1254, Okt. 6“, vgl. auch Nr. 72 (68). Rechtssprüche des Gerichts Pfalzgrafen. - 1254, Nov. u. Nr. 73 (69). Bestellung eines königlichen Hofrichters. - 1255, März 21.

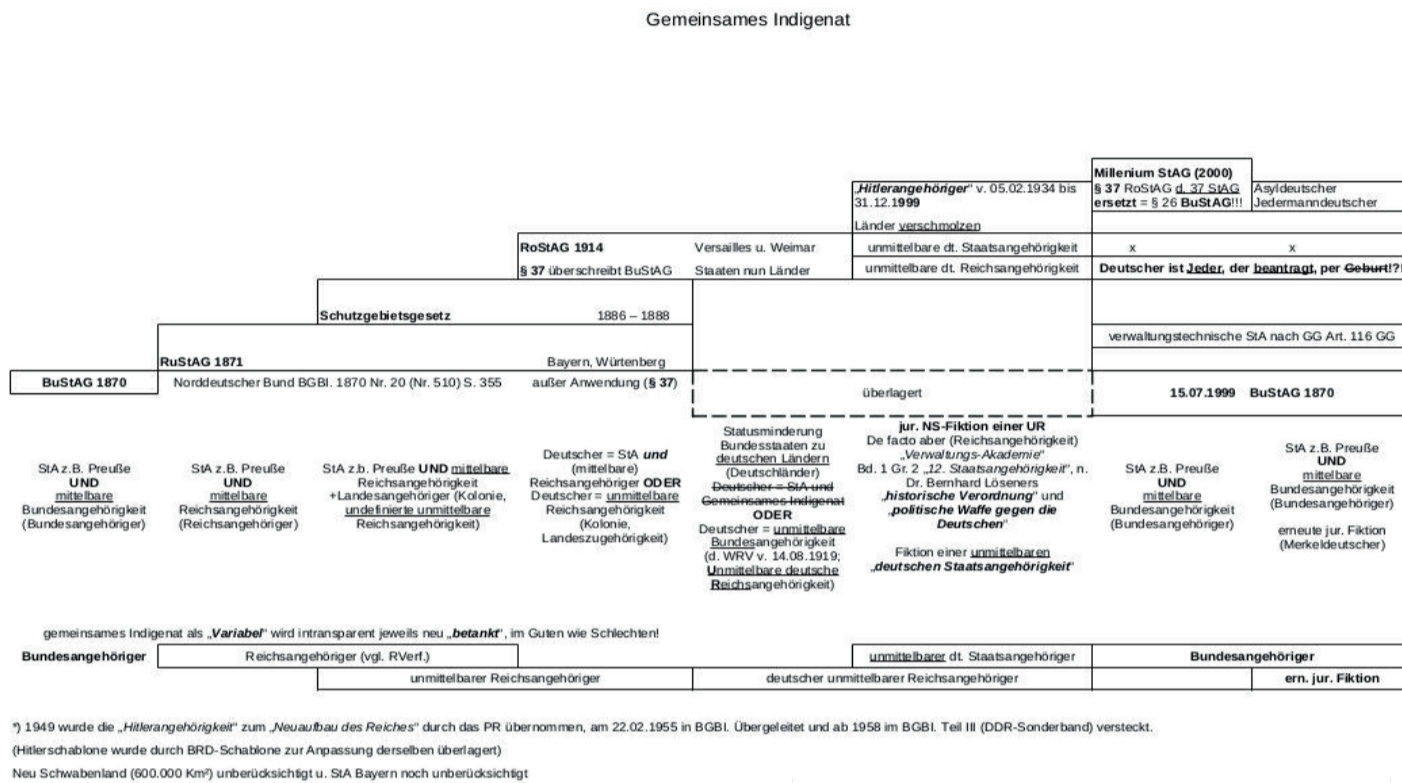
63 Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2, 2. Aufl. „Von Otto II. bis Friedrich III.“; sprachlich-kulturhistorischen Kontext betrachten, Roemisch, Reich, „Rych“, Nr. 58. Friedrichs II. Mainzer Reih-Sandfriede. - 1235, Aug.(15/21). A. Deutscher Urtext., Verbesserter Abdruck meiner Rekonstruktion des Textes aus N. Archiv der Ges. f. ält. d. Geschichtskunde XXVIII, S. 443-474. - Die in runde Klammern () eingeschlossenen Worte sind überlieft, aber nicht mit Gewißheit dem Urtexte zuzuweisen. Eckige Klammern [] umschließen in c. 32 zwei frei ergänzte Worte. Die eingeklammerten Kapitelzahlen sind die des lateinischen Textes. - Vgl. auch Chron. reg. Colon., ed. Waitz 1880, S. 267, u. Sächs. Weltchron., ed. Weiland 1877. S. 251.



JB (Umwelt) - Genotoxische Substanz in Testkits töten menschliche Zellen. ISO Labor in Wien würde solch Substanz nie in den Umlauf bringen. Rotary geführte Klinikverbände wie die Muldentalkliniken, aktuell noch immer in Wurzen, bestehen trotz Beschluß 480/22 vom 07.10.2022 weiterhin strikt widerrechtlich auf das Testen und FFP2 Maske und setzen vermeintliches Hausrecht über Recht und Gesetz. Wird Zeit für Nürnberg 2.0!

Was ist eigentlich mit den Amerikanern los?

- Seelenlose kriegsgeile Opportunisten im Zerstörungsrausch ganzer Volkswirtschaften?



„Regierungs“-Dödels die Volkswirtschaft Deutschlands mal eben so in die Tonne treten können, ohne dass die Kontrollfunktion über die Opposition und Justiz oder Aufsichtsräte greift, sondern die Komiker umgehend in der Ukraine auf dem nächsten Minenfeld der Ukra-Faschos abwirft?

Das Zusammenspiel von Geschäftsbeteiligungen-NGOs-Politik-Medien verhindert jegliche Art der eigenständigen Entwicklung der Deutschen. Schauen Sie sich unsere jüngeren Generationen an, deren Gehirnwäsche hoffentlich nicht irreversibel ist. Die Deerns und Bengels laufen mit den Ideen rum, dass der Wachstumstreiber für Pflanzen Co2 das Klima negativ beeinflussen könnte und treiben damit nur ein weiteres Ausbeutungsmodell der arbeitenden Bevölkerung an. Vermurkste Gestalten, die im Geschlechterwahn nicht mehr wissen, ob sie am nächsten Morgen noch Weib oder Mann sind. Dabei genügt ein Blick unter die Decke, Männer haben einen Penis und Weiber eine Vagina und das wechselt nicht im Stundentakt der Genderbeschallung. Die Vollidioten runden das Bild einer völlig desorientierten Gesellschaft ab, Lichtjahre von einer nationalen Gemeinschaft entfernt. Wer von den Klima-Experten versteht eigentlich, dass der Co2-Gehalt in der Atmosphäre von der Temperatur abhängig ist und nicht umgekehrt?

Na, dann fragt doch mal den schwedischen Co2-Golem oder die Neubauer! Wer den Verfall des eigenen Landes verhindern und sich aus dem Würgergriff der US-WHO-WEF-EU-NATO-BRD 2.0 lösen möchte, sollte die Analyse von Andrew Korybko lesen.

„Fünf Schachzüge, mit denen die USA ihre Hegemonie über die EU erfolgreich verteidigen konnten“ Quelle: RT Deutsch - <https://test.rtde.tech/international/158615-fuenf-schachzuege-mit-denen-usa-hegemonie-ueber-eu-verteidigen/>

Russland hat die Gefahr erkannt, analysiert und die richtigen Schritte unternommen, um sich aus der Hegemonie der seelenlosen Usurpatoren zu befreien.

Der erste Schritt ist die konsequente Verbannung der NGOs. Und genau an diesem Punkt sollte das Selbstverständnis souveräner Denkmale einsetzen, zumal Souveränität nicht per Paketboten von Amazon geschickt wird.

Unser Land ist derart mißbraucht worden, dass wir nicht umhinkommen werden, an der Basis die rechtsstaatlichen Bedingungen auf Grundlage der gültigen Rechtsnormen zu definieren und diese zum geltenden Recht machen.

Damit diese politisch souveräne Vorgehensweise nicht in den Gemeinden zur Gemeinschaftsbildung führt, die die EU-Tyrannie der BRD-Okkupanten beendet, werden Agitatoren wie ein Ralph Niemeyer/„Exil-Regierung“, AfD und Linke in Position gebracht, die in der kommenden Entspannungsphase den Rummel um eine neue Verfassung anheizen werden, mit der die EU-Falle der „Israel-Lobby“ dann endgültig zuschnappt.

JB [Politik] - Im Zuge unserer Arbeiten, die Verwerfungen des Deutschen Staatsgefüges zu erkennen und auszuarbeiten, zieht sich der negative Einfluß der US-Interessengruppen wie ein roter Faden durch jede Art von Verbrechen, die wir uns vorstellen konnten. Gehen wir von 1871 aus, zeigt sich ein kaum zu durchdringendes Geflecht von Verschiebungen der Reichs-, Staats- und Bundesstaatsangehörigkeit, die allesamt zum Ziel haben, die deutsche Bevölkerung den US-Interessen passend umzuformen und auszubeuten. Dazu wurde in Deutschland, ergänzend zu den Kriegen das totalitäre politische System unter dem Deckmantel der Demokratie durch NGOs und Medien aufgebaut, so dass mit Stand 2022 offenkundig keine eigenständige Politik mehr stattfinden kann. Jegliche politische Position wurde infiltriert und durch willfährige Vasallen verärrerischer Charaktere des Narzismus besetzt, so dass kein funktionsfähiges Kontrollorgan mehr vorhanden ist.
Wie kann es sonst sein, dass kompetenzbefreite BRD-

Dr. Markus Krall
@Markus_Krall

2022 brachte die größte Einkommensvernichtung für die Bürger seit dem Beginn der großen Depression 1929. Und das geht 2023 weiter. Zugleich hat die Inflation 10% des Geldvermögens der Deutschen als "Solizuschlag EZB" aufgefressen:
Kaufkraftverlust: 750 Milliarden Euro.

Translate Tweet

3:59 PM - Jan 2, 2023

„Im Westen liegt die wahre Macht in den Händen von Clans und Konzernen“

ANTI-SPIEGEL [Politik] - „Nikolai Patruschew, der Chef des russischen Sicherheitsrates, hat ein Interview gegeben, in dem er erklärt, wer aus seiner Sicht im Westen die Macht hat und warum es bei der Konfrontation in der Ukraine tatsächlich geht.“

Ich habe bereits über Auszüge aus dem Interview, das Nikolai Patruschew, der Chef des russischen Sicherheitsrates, einem russischen Portal gegeben hat, berichtet. In meinem Artikel habe ich angekündigt, das gesamte Interview zu übersetzen, was ich nun getan habe.

Das Interview ist vor allem deshalb interessant, weil Patruschew exakt das erzählt, was ich in meinem neuesten Buch „Putins Plan“ herausgearbeitet habe. Das soll keine Werbung sein, aber wenn die Lektüre des Interviews bei Ihnen Interesse an mehr Details darüber weckt, warum es bei dem aktuellen Ost-West-Konflikt tatsächlich geht, sollten Sie mein neues Buch lesen, denn darin gehe ich auf über 300 Seiten exakt auf das ein, was Patruschew hier verkürzt erzählt hat.

Man muss der russischen Sichtweise nicht zustimmen, aber man sollte sie zumindest kennen und verstehen, wenn man sich ein eigenes Urteil über das bilden will, was derzeit international vor sich geht.

Wäre das Interview, dessen Übersetzung nun folgt, vor drei Monaten erschienen, hätte ich es in dem Buch wahrscheinlich als Einleitung verwendet.

Beginn der Übersetzung:
„Sie wollen Russland in Moskowien verwandeln“ – Nikolaj Patruschew über den Westen und die Ukraine

Auf welche Aktionen des Westens bereitet man sich in Moskau vor und welche Maßnahmen können dagegen ergriffen werden? Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew erklärte das gegenüber Argumenty i fakty (aif.ru).

Eine turbulente Situation
Vitaly Tsepljaev, aif.ru: Herr Patruschew, wie würden Sie die globale Situation zu Beginn des Jahres einschätzen?

Nikolai Patruschew: Die Lage in der Welt ist äußerst kompliziert und turbulent. Viele Länder in verschiedenen Regionen der Welt befinden sich gleichzeitig in einer militärisch-politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Krise. Hoffentlich wird es dieses Jahr einige positive Veränderungen geben.

Sie haben einmal gesagt, dass die Führung der westlichen Länder nichts tut, um die Situation zu verbessern, nicht nur in der Welt, sondern sogar in ihren eigenen Ländern. Können Sie erklären, was Sie meinen?

Die westlichen Politiker haben keine Macht und keine Möglichkeiten, das Leben in ihren Staaten zu verändern, weil sie schon lange keine unabhängigen Figuren mehr sind. Jeder ist mit dem Großkapital, Lobbyisten und Stiftungen verbunden. Diese Tatsachen verschweigen sie nicht einmal. Es gibt sehr aktuelle Beispiele. Wie sich herausgestellt hat, standen Dutzende von Abgeordneten des EU-Parlaments unter der Kontrolle der Strukturen von George Soros, und die EU-Kommission hat auf Geheiß, eines der größten Pharmaunternehmen der Welt eine Reihe korrupter Schemata für den Kauf von Impfstoffen für Dutzende von Milliarden Euro geschaffen.

Es ist offensichtlich, dass die wahre Macht im Westen in den Händen findiger Clans und multinationaler Konzerne liegt. Meinen Sie die Rockefeller und Rothschilds?

Tatsächlich gibt es noch viel mehr solcher Unternehmen und Clans. Der Gesamtumsatz der 500 größten Unternehmen der Welt hat im Jahr 2021 nach inoffiziellen Angaben fast 38 Billionen Dollar erreicht. Der Großteil der multinationalen Konzerne hat seinen Hauptsitz in den USA. Ihre Einnahmen beliefen sich auf rund 16 Billionen Dollar, der Nettogewinn auf 1,8 Billionen Dollar.

Der Reichtum einiger multinationaler Konzerne übersteigt das Bruttoinlandsprodukt der meisten Volkswirtschaften der Welt, und die Stiftungen, die sie geschaffen haben, um sich weiter zu bereichern, erheben den Anspruch, ein über den Staaten stehender Mechanismus zur Steuerung der Menschheit zu sein. Die Soros-Stiftung ist fast zum weltweit wichtigsten Zentrum für die Planung und Durchführung von „Farbrevolutionen“ geworden.

„Der Entwurf des US-Haushalts für 2023 ist der beste Beweis für die Pläne Washingtons, neue Kriege zu Lasten des Wohlergehens der eigenen Bürger zu entfesseln.“

Nikolai Patruschew
Zwei Schauspieler in einem Theaterstück
Wollen Sie damit sagen, dass nicht einmal die US-Regierung eine unabhängige Politik verfolgt?

In Wirklichkeit ist der amerikanische Staat nur die Hülle für ein Konglomerat riesiger Konzerne, die das Land beherrschen und versuchen, die Welt zu dominieren. „

Den vollständigen Text und weitere gut analysierte Artikel finden Sie auf:

<https://www.anti-spiegel.ru>

Meinungs- und Pressefreiheit oder Gesinnungsjustiz und Arbeitsdienst wie zu Hitlers Zeiten ?

Staatsanwaltschaft Stralsund		Ort, Datum: 18439 Stralsund, 27.12.2022
Bitte stets angeben! Aktenzeichen: 513 Js 27016/20 V		Dienstgebäude: Frankendamm 17
Staatsanwaltschaft - Postfach 2554 - 18412 Stralsund		Telefon: 03831/205-0 Durchwahl: 412 (Geschäftsstelle)
Herrn Jörn Baumann		Telefax: 03831/205680
18273 Güstrow		Ladung zum Strafantritt
Geburtsdatum / -name: 31.05.1962 / -		Justizvollzugsanstalt Waldeck
Geburtsort: Hamburg		Zum Fuchsbau 1
Staatsangehörigkeit: deutsch		18196 Dummerstorf
Sie sind durch Strafbefehl des Amtsgerichts Stralsund, Az. 341 Cs 790/21, vom 02.09.2021 (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) verurteilt worden zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen zu je 20,00 €.		
Hiervon haben Sie zu verbüßen: 20 Tage Ersatzfreiheitsstrafe.		
Sie werden aufgefordert, diese Strafe in der oben bezeichneten Justizvollzugsanstalt innerhalb von 10 Tagen ab Datum des Poststempels anzutreten!		
Die sofortige Zahlung von 400,00 € an das Landesamt für Finanzen M-V, Deutsche Bundesbank Filiale Rostock, BIC: MARKDEF1130, IBAN: DE58 1300 0000 0014 0015 24, Verwendungszweck: 3129210147086, befreit von der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe. Daneben sind noch Kosten in Höhe von 117,50 € zu zahlen.		

JB [Politik] - Zum Verständnis unserer Arbeit: VOLLDRAHT ist ein Instrument souverän denkender Menschen, das nicht nur Meinungen und Interpretationsansätze liefert, wir bieten auch die machbaren Lösungsansätze an, die in ihrer Umsetzung ein Ziel haben: die Deutschen in all ihren Stämmen in eine handlungsfähige Position zu bringen, wo wir als Gemeinschaft in der wahren Identität der Deutschen unsere Zukunft souverän gestalten können.

Wir sind hochmotiviert und bewirken in der öffentlichen Wahrnehmung eine steigende Kenntnisnahme unserer Arbeit, wobei wir uns auf die stärkste unserer Positionen konzentrieren sollten, die rechtssichere Gemeinschaftsbildung in den Gemeinden. Wir kontrollieren täglich unsere eigene Position. Handeln wir richtig, wo liegen die Fehleinschätzungen, was ist international akzeptabel, was ist regional wichtig? Und in der Summe der Widersprüche werden die uns auferlegten Sackgassen und Täuschungen sichtbar, die wir dann korrigieren.

Unsere europäischen Identitäten der Völker, speziell der Deutschen werden angegriffen und sollen im multikulturellen Einheitsbrei ausgelöscht werden. Daran wird seitens der EU gearbeitet. Die BRD-Okkupanten haben den Abriss des Besatzungsstruktes BRD/Deutschland-Verwaltung langfristig vorbereitet und nichts wurde dem Zufall überlassen. Das Hauptmerkmal ist die sukzessive Verschie-

bung der BRD-Verwaltung fokussiert wurde. Und hier setzt unsere Arbeit an, den verlorengegangenen Bezug auf unsere bewegte und erfolgreiche Geschichte wieder herzustellen, so dass die Diskussion über die Option einer neuen Verfassung da beginnt, wo die „alte“ noch gültige Verfassung des Ewigen Bundes dem Deutschen Volk in feindlicher Absicht entzogen worden ist.

Die Verwerfungen sichtbar machen und in die öffentliche Wahrnehmung bringen, ist unsere tägliche Arbeit. Ich verweise auf die aktuelle Entwicklung des „88er“-Prozesses, der gegen mich geführt wird. Da sich an diesem Prozess schon mehrere Staatsanwälte verlustiert haben, kann von einer politisch motivierten Handlung ausgegangen werden. Wenn ein Staatsanwalt zu doof ist und die Gesetze nicht kennen will, sprich zu viel Koks, Partys und einfach keine Zeit, da kann das schon passieren. Nur dass alle beteiligten Staatsanwälte strunzendoofe Koksfasen sind und nicht wissen was sie tun? Das ist unwahrscheinlich, ergo wird hier eine politische Vorgabe umgesetzt, der die beteiligten Staatsanwälte und Richter folgen.

Wenn Geschichte verstanden werden soll, dann sollte die Geschichte auch frei von Beschränkungen gelernt werden können, was den politischen Bildungsweg maßgeblich beeinflusst, denn wer die Geschichte seines Landes nicht kennt, der ist in der Gefahr, die Fehler zu wiederholen oder noch schlim-

mer, die Manipulation kann nicht erkannt werden. Wie kann es also sein, dass in der Wirkstätte des Nationalsozialismus nur die Version der „Siegemächte“ veröffentlicht werden darf und jede Diskussion verschiedener Ansätze unter Strafe gestellt wird, was aber auch dem Rest der Welt vollkommen egal ist?

VOLLDRAHT ist auch eine gedruckte Zeitung, die in der Meinungsfreiheit alle Themen anspricht und sich das Recht nimmt, Fragen zu stellen, Sachverhalte zu hinterfragen und Lösungsansätze ausarbeitet, sich nicht durch kriminelle Vereinigungen oder durch eine korrupte Justiz daran hindern lässt. Es gilt der Gleichheitsgrundsatz.

Wenn die journalistische Meinungsfreiheit willkürlich aufgehoben wird, während in Zeitschriften wie Stern, Bild und Spiegel, der Mainstream der öffentlich-rechtlichen Propagandatrichter, die Häufigkeit der Abbildungen des hochgereckten Arms Adolf Hitlers und des Hakenkreuzes nur noch durch eine Spielpuppe Adolf Hitlers für Stammleser übertrumpfen kann, wenn der unerträgliche Zustand, dass die von der BRD/Deutschland unterstützten ukrainischen Truppenteile, die Abzeichen und Symbolik nationalsozialistischer Verbände/Kennzeichen tragen und voll tätowiert sind, unüber-

sehbar den Nationalsozialismus mit Adolf Hitler als Ikone verherrlichen, dann stimmt was nicht! Zumal der fragliche Artikel sich eindeutig gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen und die Analogie der ausgeübten Politik der Ex-Führer*inn A. Merkel und dem Ex-Führer A. Hitler verdeutlicht hat. Das Verfahren hätte nie eröffnet werden dürfen und ist in seiner formaljuristischen Ausführung defekt und nichtig. Das Engagement der beteiligten Staatsanwälte ist in der wohlwollendsten Kennzeichnung als sittenwidrig zu bezeichnen (Art. 2 Abs. 1 GG „Sittengesetz“ mithin „vernünftiges Naturrecht“ n. Art. 123 GG). Es drängt sich die Rechtsvermutung einer selbstermächtigten Parteiendiktatur auf, die in der Lobbyistenfunktion ideologisch motivierter Interessengruppen für den Raubzug und Systemwechsel ohne staatliche Legitimation agiert (Gewalteneinheitstyrannis statt PR 1948 „Gewaltentrennung“ - Art. 20 Abs. 3 GG; gilt Art. 20 Abs. 4, 25 GG i.V.m. Art. 123 GG u. Art. 2 Abs. 1 GG) i.V.m. Korruption in grober Willkür (Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 123 GG -

„Fäden zwischen dem alten und dem neuen Reich nicht so völlig zerrissen sind, wie manche wähenen.“; zu schützenden Bundesrecht n. BGBl. 1867 Nr. 1 S. 1-2 i.V.m. BGBl. 1871 Nr. 51 S. 627 u. BGBl. 1871 Nr. 16 S. 64, vgl. BGBl. III i.V.m. Art. 123 GG), welcher sich zunächst „Norddeutsch“ nannte und nunmehr „Deutscher Bund“ zu nennen ist, mithin also gerade nicht mehr als „Deutsches Reich“ (§ 2 Verf.-Urkunde Abs. 2 BGBl. 1871 Nr. 16 S. 63) „zu verstehen“ ist, da selbiges samt Kaiseramt in Doorn auslief, wohingegen im Bundesgebiete der ewige Bund bis dato gültig blieb, mich angesichts dieser totalitär tyrannischen Herrschaft schutzsuchend an die Kontroll- und Sicherungsorgane der Landkriegsordnung von

1910 (Deutschland, Bundesrath, nicht Reich oder Kaiser) und der Genfer Konvention von 1949 wenden werde.

Da wir strikt gegen eine Eskalation der von der „BRD-Regierung“ (Okkupanten) initiierten Gewaltspirale sind,

beschreiten wir den Weg durch die Instanzen. Wobei damit nicht das BRD-Bun-

Die Absurdität des § 86 StGB.

3 Einzelentscheidungen zu §§ 86, 86a StGB und § 20 VereinsG

3.1 Porträt Darstellungen (u. a. Kopfbilder und Büsten) von Adolf Hitler

Ein häufig von nationalsozialistischen Organisationen verwendetes Kennzeichen ist das Kopfbild Hitlers. Das Bild Hitlers wurde zu Zeiten der NSDAP der Bevölkerung ständig vor Augen gebracht. Es war daher das eindeutigste Sinnbild für die NSDAP und ihre Organisationen. Die Verbreitung des Kopfbildes Hitlers in einer Zeitschrift mit rechtsextremistischen Tendenzen ist nach § 86a StGB strafbar; die Strafbarkeit hängt nicht von dem Nachweis einer mit der Verwendung verbundenen verfassungsfeindlichen Absicht ab.



ideologischer und rechtswillkürlicher Blödsinn

Bildquelle: Verfassungsschutz / 2022-02-rechtsextremismus-symbole-zeichen-organisationen

Gemäß der zur Willkür animierenden Rechtsauslegung wäre auch das Abilden des o.g. (Bildes A.D+ strafbar) strafbar, je nach Laune des Staatsanwaltes.

vgl. RiAG GRM Dr. Weimann u. Prof. Nils Melzer)

Zitat: Ehem. Staatsanwalt Dr. David Jungbluth : „In einem nur ansatzweise funktionierenden Rechtsstaat wären diese Personen hinter schwedischen Gardinen oder in der Psychiatrie. [...] Das ist die klassische Situation des Völkerstrafrechts, und zwar genau des Tatbestandes des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, dass der Staat gegen seine Bürger agiert; und zwar systemisch.“ Daraus ergibt sich eine Er-

pressung von Geldmitteln, unter Androhung von mit Schusswaffen bewaffneten Söldnern eingetrieben und bei Nichtzahlung mit einer Freiheitsberaubung beglückt zu werden. Aus der unerquicklichen Situation der Waffenungleichheit eines unbewaffneten Bürgers gegen völkerrechtswidrig agierende Söldner nehme ich das Alternativangebot des Arbeitsdienstes unter Zwang an. Sie werden daher sicherlich Verständnis dafür aufbringen, dass ich als Deutscher Bundesbürger (§§ 1 Abs. 1 lt. Halbs., 3, 4 u. 5 BGBl. I 1955 Nr. 6 S. 65 v. 22.02.1955; §§ 1, 2 BuStAG v. 1870, vgl. dazu § 37 StAG m. § 37 RoStAG bzgl. § 26 BuStAG) innerhalb des gültigen Bundesgebietes laut Bundesverfassung vom 20.04.1871 (d. Kaiseramt- und Weiheputsch zu 9/11 1918) per Niederlassung (ius sanguinis) Hamburger Staatsangehöriger mithin Bundesangehöriger des ewigen Bundes von 1867 haltend (n. Zeumers Qsammlung v. 1913, Bd. 2 Vorw. 1. Aufl. VI. Abs. 2:

desverfassungsgericht gemeint ist, da dieses schon als politisch korruptiert gilt.

Die Amtsgerichtsebene hat deutlich gezeigt, dass hier politische Vorgaben umgesetzt werden und der Rechtsbankrott herrscht. Wir prüfen die reale Schutzfunktion der HLKO, der Genfer Konventionen und des anwendbaren Militärrechts.

Fazit: Wehrt euch gegen eine totalitäre Rechtswillkür und schafft rechtsstaatliche Verhältnisse in euren Gemeinden!

Anlage 2 zur Ladung zum Strafantritt

Antrag auf Abwendung der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch freie Arbeit

zung der Gesetzgebung in den totalitären Bereich nach Brüssel, der EU-Verwaltung und das ist inakzeptabel. Neben anderen rechtswidrigen Täuschungen und Rechtsverdrungen wurde der GG Art. 23, Gebiet des Geltungsbereichs, aus dem GG der BRD 2.0/1990 entfernt, um dann mit dem Europa-Artikel die Verschiebung der Gesetzgebung in den EU-Apparat möglichst widerstandslos durchzuführen. Aktuelle Bemühungen mittels Großdemonstrationen und dem Show-Programm von Pandemie, initiiertem Terror, illegaler Einwanderung, künstlichen Versorgungsengpässen und dem enervierenden Gekreische der grün eingefärbten Nazis („Da läuft der Nazi“) sowie dem Einsatz kompetenzbefreiter politischer Akteure führen zu einem Chaos, in dem die Bevölkerung nur zu bereitwillig der hingehaltenen Mohrrübe einer neuen Verfassung hinterherläuft. Das ist die EU-Falle, wenn die zuschnappt, war es das.

Gegen eine neue Verfassung ist nichts einzuwenden, aber nur dann, wenn die Diskussion darüber auch in einem transparenten und faktenbasierten Umfeld geführt wird. Was leider mit einer größtenteils desinformierten und emotional manipulierten Bevölkerung schwierig wird, deren Verständnis der deutschen Geschichte auf die kurze Zeit des NS-Regimes und der darauffolgenden Umerziehungsphase durch

mer, die Manipulation kann nicht erkannt werden.

Wie kann es also sein, dass in der Wirkstätte des Nationalsozialismus nur die Version der „Siegemächte“ veröffentlicht werden darf und jede Diskussion verschiedener Ansätze unter Strafe gestellt wird, was aber auch dem Rest der Welt vollkommen egal ist?

VOLLDRAHT ist auch eine gedruckte Zeitung, die in der Meinungsfreiheit alle Themen anspricht und sich das Recht nimmt, Fragen zu stellen, Sachverhalte zu hinterfragen und Lösungsansätze ausarbeitet, sich nicht durch kriminelle Vereinigungen oder durch eine korrupte Justiz daran hindern lässt. Es gilt der Gleichheitsgrundsatz.

Wenn die journalistische Meinungsfreiheit willkürlich aufgehoben wird, während in Zeitschriften wie Stern, Bild und Spiegel, der Mainstream der öffentlich-rechtlichen Propagandatrichter, die Häufigkeit der Abbildungen des hochgereckten Arms Adolf Hitlers und des Hakenkreuzes nur noch durch eine Spielpuppe Adolf Hitlers für Stammleser übertrumpfen kann, wenn der unerträgliche Zustand, dass die von der BRD/Deutschland unterstützten ukrainischen Truppenteile, die Abzeichen und Symbolik nationalsozialistischer Verbände/Kennzeichen tragen und voll tätowiert sind, unüber-



IMPRESSUM

VOLLDRAHT ist eine neue Form der deutschen Presse. Verantwortlich zeichnet

Volldraht

Redaktion
B a u m a n n , Jörn
0176-32883575
info@volldraht.de
www.volldraht.de

Inhaberin:
T i m m , Janet
Gleviner Straße 29
18273 Güstrow

VOLLDRAHT® ist eine eingetragene Wortmarke

Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung



Deutsche Verzweiflung

In Angst und bürgerlichem Leben wurde nie eine Kette gesprengt. Hier muß man schon mehr geben, die Freiheit wird nicht geschenkt.

Es sind die glücklichen Sklaven der Freiheit größter Feind, drum sollt Ihr Unglück haben und spüren jedes Leid.

Nicht Mord, nicht Brand, nicht Kerker, nicht Standrecht obendrein; es muß noch kommen stärker, wenn's soll von Wirkung sein!

Ihr müßt zu Bettlern werden, müßt hungern allesamt, zu Mühen und Beschwerden verflucht sein und verdammt.

Euch muß das bißchen Leben so gründlich sein verhaßt, daß Ihr es fort wollt geben wie eine Qual und Last.

Erst dann vielleicht erwacht noch in Euch ein bess'rer Geist, der Geist, der über Nacht noch Euch hin zur Freiheit reißt!

Hoffmann von Fallersleben
1798 – 1874

Was soll ich noch schreiben, es wurde bereits alles geschrieben. Die politischen Mandatsträger pissen sich ein, im Wissen ihres Verbrechens und die Wenigen die aufstehen und Rechen-schaft verlangen, die werden durch die Wohlstandssklaven bekämpft und ignoriert. Ihr glaubt der Genozid durch die Gen-Spritze wird das Schlimmste sein, was euch passieren konnte. Wartet ab, wenn der Dreck des Pädophilen-Sumpf euch vor Augen geführt wird, so das Ihr nicht mehr wegschauen könnt. Seht was euch erwartet, eure Feigheit wird euer Ende sein.
jb/Redakteur

Jörn Baumann, Hamburg 1962, Hamburger, verwurzelt in Mecklenburg, verheiratet, Vater von 5 Kindern, Karosseriebau, Baubudenrülps, Anlagenbauer, Thermodynamiker, Entwickler in der bakteriologischen Prophylaxe von Trinkwasser- und Ultrafiltrationssystemen, Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung „Machen ist besser als tun wollen“, unbequem, direkt, wurde zum Schreiben getrieben - es war kein anderer da, der den Job machen wollte. Rechtschaffend, parteilos, Visionär, Rationalist, Fan vom Team Russland Putin/Lawrow.

Wut in kanalisierter Form des Schreibens, ist der Möjlner der Freiheit.

Die Redaktion distanziert sich von den Meinungen, Ansichten und dem Inhalt des Kolumnisten. Wir drucken es trotzdem!

KLIMAPANIK - Der CO2-Schwindel und die Trottel Schlacht bei Lützerath



JB [Politik] - Es ist soweit, die endgültige Schlacht der Klima-Sekte wird in Lützerath geführt werden. Hunderte von Idioten und ihre Führungsoffiziere aus dem Crisis Actor-Milieu spielen zusammen mit den Polizeiwichteln fangen.

Die Beschwörungen der Endzeit-Sekten sind der Grundton, der durch die Ruinen von Lützerath dröhnt „Wir werden alle sterben“, das gleicht einem absolut neuen und Unheil verheißenden Dogma. Keiner hat den pubertären CO2-Wichteln erklärt, dass dies eine fixe Komponente des Lebens ist, aber das werden die auch noch verstehen. Es bahnt sich das Zusammentreffen der beiden superreichen Zwergen-Titanen an. Luisa Neubauer (Influencer mit Flugmeilenbonus-Sammelkarte) und dem schwedischen Co2-Klima-Golem Greta Thunberg und ihre Horden von Vollhonks kämpfen zusehend mit der Plausibilität ihrer Realitätsblasen. Gespannt wird der Aufprall der Armeen von den CEOs verfolgt, denn von dem Ausgang der Schlacht bei Lützerath wird das zukünftige Geschäftsmodell bestimmt. Die Abzocke mittels eines fiktiven Problems, das nur Trottel glauben. Die Wissenden sind bezahlte Claqueure, die eh alles Nachbrabbeln was auf dem Zettel steht.

„Höheres Klimaziel bis 2030 mit dem geänderten Klimaschutzgesetz werden die Zielvorgaben für weniger Emissionen angehoben. Das Minderungsziel für 2030 steigt um 10 Prozentpunkte auf mindestens 65 Prozent. Das heißt, Deutschland soll bis zum Ende des Jahrzehnts seinen Treibhausgas-Ausstoß um 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Die höheren Ambitionen wirken sich auch auf die Minderungsziele bis zum Jahr 2030 in den einzelnen Sektoren aus: in der Energiewirtschaft, der Industrie, im Verkehr, im Gebäudebereich und in der Landwirtschaft.“
Quelle: Bundesregierung (BRD-Okkupanten).

Der Schwachsinn der Bundesregierung trägt jetzt schon weitreichende Erfolge der kompetenzbefreiten Ampelregierung, denn die genannten Minderungsziele in den Sektoren der Energiewirtschaft, der Industrie, im Verkehr, im Gebäudebereich und in der Landwirtschaft führen jetzt schon zum totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Wer jetzt glaubt, dass sich der Menschenverstand durchsetzt und dieser Klima-Schwachsinn allein durch rationale Überlegung sich in Luft, respektive CO2 auflöst, wird eines Besseren belehrt. Die einen erzählen Märchen und die anderen glauben die Märchen und zahlen den Tribut an die Märchenerzähler. Die BRD ist zur größten Freiluftklapse auf dem Kontinent geworden.

Für alle diejenigen, die ihren Vakuumbehälter zwischen den Ohren nicht mit Murmeln gefüllt haben, ergibt sich folgendes Bild, die westliche Welt wird von super superreichen Arschlöchern mit absurden Fiktionen geflutet und eine davon ist das Märchen vom Klimawandel. Wobei bei rationaler Betrachtung der Sachlage, ohne sich jetzt durch die Broschüren der Marketingabteilungen der Konzerne lesen zu müssen, eine klitzekleine Tatsache irgendwie in den Medien nicht so richtig berücksichtigt wird.

Das erzeugt ein Dejavou zu den PCR-Tests in der fiktiven Corona-Pandemie, wo das Ergebnis der PCR-Tests, die keine Infektion diagnostizieren können, durch die politische

Vorgabe der Märchenerzähler als Infektionen gewertet werden und die Grundlage für die maßnahmenauslösenden Inzidenzwerte gilt. Völlig absurd, aber es hat funktioniert, die verängstigten Trottel laufen immer noch mit Maske rum und spritzen sich wie ein alter Hardcorejunkie eine Dröhnung nach der anderen in die Arme. Es ist wie immer bei allen Plagen, nur der Glaube zählt.

In der Fiktion des Klimas „Wir werden alle sterben“ weil der CO2-Gehalt in der Atmosphäre steigen könnte, wird über die Tatsache hinweggesehen, dass die Ausgangsvoraussetzung verdreht ist und dadurch erst dieses Geschäftsmodell verkaufsfähig wurde.

Das Vostock-Eisbohrkernprojekt kann nach langjährigen und prüfbar wissenschaftlichen Kriterien sowie validierenden Arbeiten als anerkanntes und den Regeln entsprechendes Ergebnis gewertet werden.

„Am Südpol hat man daher mittels mehrerer tiefer Kernbohrungen Eisproben aus dem ewigen Eis gezogen. Eine Kernbohrung stammt vom sogenannten „Vostok See“. Der Vostok-Eisbohrkern mit insgesamt 3,7km Tiefe deckt ein Zeitintervall von insgesamt 420.000 Jahre vor unserer Zeit bis heute ab.“

Aus den Daten können wir folgendes schließen: **Nicht etwa die CO2-Konzentration beeinflusst die Temperatur, sondern die Temperatur beeinflusst die CO2-Konzentration.** Das geht zwingend aus den Datensätzen der Eisbohrkerne hervor. Denn steigende oder fallende Temperaturen erfolgen immer einige hundert Jahre vor den Konzentrationsänderungen des CO2. Die CO2- und die Temperaturkurve korrelieren miteinander, aber eben im Mittel um etwa 600 Jahre plus-minus 400 Jahre versetzt. Und das kann man bei etwa ¾ des gesamten Kurvenverlaufs sehen. Man kann mit den Eisbohrkernen daher eben nicht beweisen, dass hohe CO2-Konzentrationen die Temperatur erhöhen, sondern das genaue Gegenteil!“

Quelle: Markus Fiedler
/ „Das nicht passende Klimapanikpuzzle (Teil1 u. Teil2)“
von Markus Fiedler



AUF 1 (Gesellschaft) - In der Schweiz geht es beim Treffen der globalistischen Eliten spätrömisch-dekadent zu: Nach der aufwändigen Anreise mit dem Privatjet, dem schweißtreibenden Planen von Kriegen und Plandemien, sowie den anstrengenden Luxusdiner, haben die Globalisten beim Weltwirtschaftsforum in Davos natürlich Anspruch auf ein wenig Entspannung. Da sich unter den Teilnehmern des Forums zahllose Polit-Vertreter befinden, darf angenommen werden, dass diese auch mit Steuergeldern entlohnt werden. Ebenso wie die 5.000 Schweizer Soldaten, die Klein-Versailles und seine Konkubinen beschützen. Folgen Sie uns auf Telegram: <https://t.me/auf1tv>

Wie wird Geld definiert?

Rechtsmärchen - [Recht] - Maestro M. Vor 1933 contra nach 1933?
vor 1933:

„Geld ist ausschließlich physisches Gold und Silber.“ (US-Verfassung 1776).

„Gold- und silbergedeckte Werteinheit.“ (Black`s Law Dictionary bis 1933).

„Geld: etwas von intrinsischem Wert, nicht länger existierend seit 1933.“ (Blacks Law 2nd Ed.).

nach 1933:

„Geld: In der gewöhnlichen und gebräuchlichen Wortbedeutung meint es Münzen und Papierwährung, benutzt als Zirkulationsmedium des Austauschs und schließt nicht Banknoten, Schuldenbeweise oder anderen persönlichen Besitz oder Grundvermögen mit ein.“ [Black`s Law Dictionary, Sixth Edition, p. 1005].

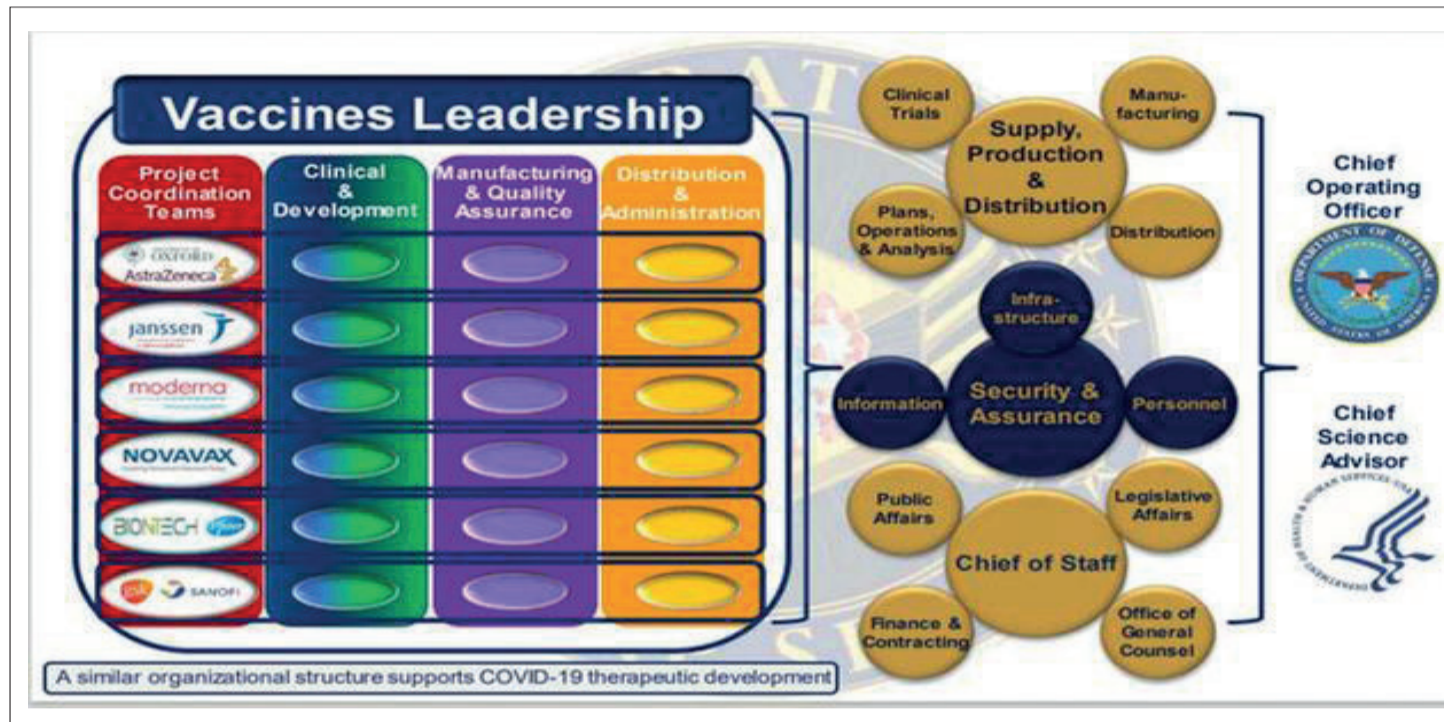
„Geld: „ein allgemeiner unklarer Begriff für eine Maßeinheit von Wert...“ (Blacks Law 2nd Ed.).

„Die legale Definition von Geld schließt Banknoten aus.“ [Black`s Law 6th p.1005].

Schuldverschreibung, Note oder Zertifikat oder anderer Beweis der Verschuldung (indeptedness), von einer Korporation oder Regierung herausgegeben.... oder in registrierter Form.“ (IRC Code Title 26 §165 (g)(2)(C)).

„Konto (Account): genauer Nachweis gegenseitiger Forderungen im zwischenparteilichen Bereich von Schuld (debt) und Kredit (credit); die Forderungen entstanden aus Verträgen heraus oder aus irgendeiner treuhänderischen Beziehung“; [Blacks Law 3rd,1933]

COVID-Pandemie ist eine Operation des Verteidigungsministeriums, die bis zu Obama zurückreicht



UNCUT-NEWS - **BAHNBRECHEND:** Neue FOIA-Dokumente zeigen, dass die COVID-Pandemie eine Operation des Verteidigungsministeriums war, die bis zu Obama zurückreicht. „Das Pentagon kontrollierte das COVID-19-Programm von Anfang an, und alles, was uns erzählt wurde, war politisches Theater, um es zu vertuschen, bis hin zur Zulassung des Impfstoffs durch die FDA.“

Dies ist absolut gewaltig von Sasha Latypova. Neue FOIA-Dokumente zeigen, dass das Verteidigungsministerium unter Obama „die Anforderungen bezüglich der informierten Zustimmung während einer Notfallgenehmigung oder eines öffentlichen Notfalls“ für klinische Studien geändert hat. Das bedeutet, dass die Obama-Administration es in Ordnung gebracht hat, den Nürnberger

Kodex zu verletzen, solange ein „öffentlicher Notfall“ vorliegt. Das ist der Grund, warum die US-Regierung die Emergency Use Authorization weiter ausdehnt, damit sie weiterhin internationales Recht brechen kann. Quelle: <https://uncutnews.ch/covid-pandemie-ist-eine-operation-des-verteidigungsministeriums-die-bis-zu-obama-zurueckreicht/>

Gutachten zur Untauglichkeit von PCR-Tests

Ärzte für Aufklärung - In ihrem Gutachten vom 1. Jan. 2023 zur Tauglichkeit der RT-qPCR-Testmethode («PCR-Test») gelangt Frau Prof. Dr. rer. biol. hum. Ulrike Kämmer zu folgendem Ergebnis: „Zur Testung asymptomatischer und selbst symptomatischer Menschen anhand eines Nasen Rachenabstrichs, wie er massenweise unkritisch und überwiegend von nicht medizinischen Personal OHNE (hierbei entscheidend: entgegen der WHOForderung!) Anamnese und Symptomerhebung bei den Getesteten erfolgt, ist die eingesetzte RTqPCR in jeglicher Form nicht tauglich, eine Infektion und vor allem eine Infektiosität mit SARS-CoV2 zu erkennen.“ Prof. Dr. Kämmerer; siehe Gutachten S. 39. Mit anderen Worten: Ein positiver PCR-Test hat epidemiologisch betrachtet keine Beweiskraft. Und ein mit positivem PCR-Test Verstorbener ist „nur“ mit positivem PCT-Resultat verstorben. Über die wahre Todesursache sagt der Test rein gar nichts aus.

Kämmerers Gutachten reiht sich ein in eine Fülle eindeutiger Evidenz der letzten 3 Jahre zum Beweis der Untauglichkeit der «Methode PCR-Test» bzgl. des Nachweises einer

Covid-19-Erkrankung. Seit 3 Jahren wird der PCR-Test von Gesundheitsbehörden aller Welt noch immer bedenkenlos als «der Goldstandard» verwendet, um die Illusion einer gefährlichen epidemiologischen Bedrohung aufrechtzuerhalten. Die bis 2020 üblichen und bewährten Diagnosemethoden wurden dabei bis heute völlig außer Acht gelassen. Korrektur in Sicht? Fehlanzeige!

Nach wie vor rechtfertigt die WHO ihre jeweils routinemäßig verlängerte «Pandemie» («Public Health Emergency of International Concern / PHEIC» gem. Art. 12 der internat. Gesundheitsvorschriften) ausschließlich auf der Basis weltweit erhobener PCR-Fallzahlen und Todesfälle/Hospitalisierungen mit positivem PCR-Resultat. Ob SARS-CoV-2 in diesen Fällen jeweils eine entscheidende Rolle gespielt hat und nicht vielmehr andere Faktoren, interessiert die WHO keine Spur.

Selbstverständlich rechtfertigen auch Schweizer Bundesrat und Parlament auf dieser nichtigen Basis (dem PCR-Test) die weitreichendsten Eingriffe in die Rechte der Schweizer Bevölkerung, in unsere Gesundheit und in unsere Wirtschaft. Auf dieser

nichtigen Basis wurde nicht nur das Notrecht eingeführt, sondern auch das Covid-19-Gesetz, welches das Parlament kürzlich bis 30. Juni 2024 verlängert hat (und zwar mit sofortiger Wirkung), ohne das fakultative Referendum abzuwarten (wegen angeblicher besonderer Dringlichkeit und Gefahr; im Verfahren der dinglichen Gesetzgebung; Art. 165 Abs. 1 BV). Kämmerers Gutachten ist ein weiterer wichtiger Beitrag zur überfälligen Korrektur eines alles beherrschenden globalen – geradezu kriminellen – Systemfehlers. Gegen diesen Systemfehler und gegen die kriminellen Treiber desselben müssen wir genauso konsequent vorgehen, wie gegen die Treiber rechtswidrig zugelassener, nutzloser und schädlicher „Covid-19-Impfungen“. Herzlichen Dank an Frau Prof. Dr. Kämmerer! (Text: Redaktion Opposition24.com)

Ulrike Kämmer - Gutachten vom 1. Januar 2023 zur Tauglichkeit der RT-qPCR-Testmethode («PCR-Test») https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/ulrike_kaemmer_-_gutachten_vom_1._januar_2023_zur_tauglichkeit_der_rt-qpcr-testmethode_-_pct-test_0.pdf

Bestattungsunternehmen veröffentlichen alarmierende Berichte

UNCUT-NEWS - Ein neuseeländischer Bestattungsunternehmer sagte, dass 95 Prozent der Menschen, die zu ihm gebracht wurden, innerhalb von zwei Wochen nach der Impfung gegen Covid gestorben seien. Es scheint, dass die meisten von ihnen an einer schweren allergischen Reaktion auf den Booster starben, sagte Brenton Faithfull. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Großbritannien. Von dem Moment an, in dem diese Injektionen verabreicht werden, steigt die Sterblichkeitsrate in die Höhe, so der britische Bestattungsunternehmer John O'Looney. Sie wurden als Covidtote gezählt, aber er sagte, es handele sich fast ausschließlich um Menschen, die geimpft worden seien. https://t.me/uncut_news/50823

Ex-Berater des RKI: „Wir erleben das Sterben der Geimpften“

AUF1 [Medien] - Die Zahl der Opfer des Corona-Genexperiments steigt. Jeder, der eine Injektion erhielt, wird früher oder später mit Schäden zu kämpfen haben, meint der Dozent und European Industrial Engineer Holger Reißner, der die sogenannten Impfstoffe untersucht und dabei gravierende Schadstoffe entdeckt hat. Im Exklusivinterview mit AUF1 erhebt der frühere externe Berater des Robert-Koch-Instituts nun schwere Vorwürfe gegen die Behörden. So hätten Beamte, die für das System wichtig sind, möglicherweise nur Placebo-Impfungen erhalten. Weshalb Reißner Covid-19 mittlerweile für eine Biowaffe hält und woher der Kampfstoff stammen könnte, erklärt er in dieser Ausgabe von Berlin Mitte AUF1.

Hinweis: Das Gespräch wurde im Dezember aufgezeichnet. Die Anmerkungen zur chinesischen Corona-Politik beziehen sich daher auf den damaligen Sachstand.

Den ganzen Beitrag „Berlin Mitte AUF1“ hier ansehen: <https://auf1.tv/berlin-mitte-auf1/berlin-mitte-auf1-wir-erleben-das-sterben-der-geimpften>

Alternatives Unabhängiges Fernsehen, Kanal 1. Mit AUF1 startet der erste wirklich zu 100% unabhängige und alternative TV-Sender im deutschsprachigen Raum mit 7-Tages-Programm und täglichem Nachrichtenformat. Neuartig sind nicht nur die Inhalte, sondern auch die Grundprinzipien des Senders.

Herausgegeben wird das Programm von AUF1 vom Verein für basisgetragene und unabhängige Medienvielfalt. Gestaltet wird das Programm von mehreren Formatgestaltern, freien Journalisten, Medienmachern. Herausgeber und Chefredakteur ist Stefan Magnet.



VOLLDRAHT-Selbstverständnis

VOLLDRAHT ist eine gedruckte Zeitung und eine digitale Webplattform von Bürgern für Bürger. Diese einzigartige Kombination wird durch Bürgerjournalisten, den einzig wahren, weil unbezahlten Reportern des wahren Lebens, mit Inhalt gefüllt. Wir wollen Bürgerjournalismus zu dem entscheidenden Wahrheits- und Wissens-element der neuen deutschen Medien machen.

VOLLDRAHT ist keine einem Parteiprogramm folgende Zeitung, sondern muß als Sammlung verschiedenster Meinungen verstanden werden.

Das beinhaltet, daß die Herausgeber und Macher dieser Medien-Plattform nicht unbedingt der Meinung sind, die der jeweilige Autor eines jeweiligen Themas vertritt.

VOLLDRAHT ist Pranger und Forum zugleich. An den Pranger sollen alle Mißstände gestellt werden, die in der politischen Auseinandersetzung mit dem Alltag zutage treten. Auf der Stufe des Forums stehend soll - nach Vorbild des altrömischen (Forum), altgriechischen (Agora) und germanischen (Thing) Demokratiedenkens - jeder das Wort haben, der meint, daß er etwas zu sagen habe, um seine Gedanken formulieren und zur Diskussion stellen zu können.

VOLLDRAHT ist ein gigantisches Projekt. Die Auseinandersetzung mit dem geschriebenen Wort ermöglicht die Kommunikation zwischen Aktiven und Nicht-Aktiven in einer Zeit von nicht selten irreführenden Berichterstattungen, die gezielt gegen diesen Informationsaustausch arbeiten. Meinungsfreiheit ist ein großes Wort, aber **VOLLDRAHT** ist gelebte Meinungsfreiheit!

VOLLDRAHT ist Ihre Zeitung, machen Sie es zu Ihrem Sprachrohr!



Über 1.100 Sp(r)itzensportler nach Gen-Impfung gestorben

Eine neue Studie aus den USA kommt zu einem schrecklichen Ergebnis: Weltweit wurden zwischen 2021 und 2022 bei geimpften Spitzensportlern über 1.600 Herzinfarkte oder andere schwere kardiologische Nebenwirkungen festgestellt, von denen 1.114 tödlich verliefen!

www.auf1.tv

AUF1

Ansprache und Antworten auf Medienfragen von Sergej Lawrow, Außenminister der Russischen Föderation - während einer Pressekonferenz zu den Ergebnissen der russischen Diplomatie im Jahr 2022, Moskau, 18. Januar 2023



Ru Aussenministerium [Politik] -

22. Dezember 2022, Sprecherin des russischen Außenministeriums, Ansprache und Antworten auf Medienfragen von Sergej Lawrow, Außenminister der Russischen Föderation, während einer Pressekonferenz zu den Ergebnissen der russischen Diplomatie im Jahr 2022, Moskau, 18. Januar 2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen
Guten Tag!

Traditionell treffen wir uns zu Beginn des neuen Jahres, um über die Ergebnisse und Ereignisse des vergangenen Jahres zu sprechen. Es war ein sehr schwieriges Jahr und in gewisser Weise ein einzigartiges Jahr. Tiefgreifende Trends in der Geopolitik und in den internationalen Bestrebungen der führenden Staaten, die sich seit Jahrzehnten zusammengebraut haben, sind deutlich geworden.

Westliche Kollegen versuchen, die Ukraine und alles, was um sie herum geschah, zu einem medialen, politischen und wirtschaftlichen Großereignis zu machen, indem sie die Russische Föderation der „Aggression“ gegen die Ukraine beschuldigen, die die Ursache für alle wirtschaftlichen Probleme der Welt sei. Ich werde mich nicht damit aufhalten, diese Behauptungen zu widerlegen. Statistiken, einschließlich derjenigen der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und anderer internationaler Organisationen, zeigen überzeugend, dass sich die Krise schon lange vor dem Beginn der militärischen Sonderoperation zusammenbraute. Der russische Präsident Wladimir Putin hat wiederholt Daten genannt, die beschreiben, wie die negativen Phänomene in der Weltwirtschaft in erster Linie auf die egoistische Haltung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zurückzuführen sind. Was jetzt in der Ukraine geschieht, ist das Ergebnis jahrelanger Vorbereitungen der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten, um einen globalen hybriden Krieg gegen die Russische Föderation zu führen. Niemand verheimlicht dies. Wenn Sie unvoreingenommene westliche Persönlichkeiten, darunter Politikwissenschaftler, Gelehrte und Politiker, lesen, können Sie sich davon überzeugen. Erst neulich erschien ein Artikel von J. Bremmer, Professor an der Columbia University. Er schrieb: „Wir befinden uns nicht in einem ‚kalten Krieg‘ mit Russland. Wir befinden uns in einem ‚heißen Krieg‘ mit Russland. Die NATO bekämpft sie nicht direkt. Wir kämpfen uns durch die Ukraine“. Ein ziemlich offenes Eingeständnis. Diese Schlussfolgerung liegt an der Oberfläche. Es ist seltsam, dass Menschen versuchen, sie zu widerlegen. Der kroatische Präsident Z. Milanovic sagte kürzlich, dass dies der Krieg der NATO sei. Offen gesagt, ehrlich gesagt. Vor einigen Wochen schrieb H. Kissinger (bevor er in seinem letzten Artikel die Aufnahme der Ukraine in die NATO forderte), dass es sich bei den Ereignissen in der Ukraine um einen Zusammenstoß, eine Rivalität zwischen zwei Atommächten um die Kontrolle über dieses Gebiet handelt. Es ist klar genug, worum es hier geht. Unsere westlichen Partner täuschen sich selbst, wenn sie leugnen und „Schaum vor dem Mund“ haben, dass sie sich nicht im Krieg mit Russland befinden, sondern der Ukraine nur helfen, mit der „Aggression“ fertig zu werden und ihre territoriale Integrität wiederherzustellen. Der Umfang der Unterstützung zeigt deutlich, dass der Westen viel auf seinen Krieg gegen Russland gesetzt hat. Das ist verständlich. Die Ereignisse rund um die Ukraine haben den unbewussten Wunsch der Vereinigten Staaten offenbart, ihre Position in der Welt nicht mehr mit legitimen Mitteln zu stärken, sondern auf illegitime Methoden zur Sicherung ihrer Vorherrschaft auszuweichen. Alles

ist im Spiel. Die vom Westen, allen voran den USA, geschaffenen Mechanismen, die als unantastbar galten, sind zerstört worden (ganz im Gegensatz zu dem, was wir in der Ukraine erleben). Der freie Markt, der faire Wettbewerb, das freie Unternehmertum, die Unverletzlichkeit des Eigentums, die Unschuldsvormutung - alles, worauf das westliche Modell der Globalisierung beruhte - brach über Nacht zusammen. Sanktionen gegen Russland und andere „unerwünschte“ Länder werden im Widerspruch zu diesen Postulaten und Mechanismen verhängt. Es ist klar, dass sie morgen und übermorgen gegen jeden Staat eingesetzt werden können, der sich auf die eine oder andere Weise nicht bedingungslos den amerikanischen Befehlen unterwirft. Die Europäische Union hat sich dem amerikanischen Diktat vollständig unterworfen (darüber braucht man nicht lange zu reden). Die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung der NATO und der EU zur Zusammenarbeit am 10. Januar dieses Jahres war die Krönung dieses Prozesses, der sich seit mehreren Jahren abzeichnete. Darin heißt es ausdrücklich, dass das Bündnis und die EU die Aufgabe haben, alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mittel im Interesse der „goldenen Milliarde“ einzusetzen. Er sagt dies ausdrücklich - im Interesse der eine Milliarde Bürger der NATO und der EU. Der Rest ist nach den Worten des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Georges Borrell, ein „Dschungel“, der die Entwicklung des „blühenden Gartens“ verhindert. Deshalb müssen sie neu formatiert, an ihre Bedürfnisse angepasst, in eine neue Art von Kolonie verwandelt und mit neuen Methoden rücksichtslos abgeschöpft werden. Die Mittel sind bekannt: Dämonisierung, Erpressung, Sanktionen, Androhung von Gewalt und vieles mehr. Heutzutage fällt der Westen eher dadurch auf, dass er die traditionellen Bindungen der historischen Partner in verschiedenen Regionen zerstört, sie zersplittert und destabilisiert. Wir können dies auf dem Balkan und im postsowjetischen Raum beobachten, insbesondere wenn wir die Aktionen der Vereinigten Staaten, ihrer „Kunden“ und „Partner“ in Zentralasien und im Transkaukasus analysieren. Alles, was rund um die Ukraine geschieht, ist schon seit langem im Gange. Im Jahr 2004 gab es den ersten Maidan. Das war das erste Mal, dass europäische Beamte sagten, die Ukraine müsse sich entscheiden, ob sie sich dem Westen oder Russland anschließen wolle. Seitdem wird dieses „Entweder-Oder“ in der westlichen Politik gegenüber der Region konsequent fortgesetzt. Diejenigen, die sich für das „falsche Oder“ entschieden und davon ausgingen, dass ihre historischen Bindungen, ihre Verwandtschaft, ihre Traditionen und ihr religiöser Glaube sie an die Russische Föderation binden (obwohl sie in der Ukraine leben), wurden zunächst mehr oder weniger sanft und schließlich rücksichtslos „niedergemacht“, vom politischen Leben ausgeschlossen und strafrechtlich verfolgt. Dazu gehörten die Ermordung widerspenstiger Journalisten und Politiker sowie die Schließung von Medien, die nicht den „offiziellen“ Standpunkt vertraten. Die Schaffung eines polizeilichen, nationalsozialistischen Staates war in vollem Gange. Sie ist nun mit dem „Segen“ des Westens vollendet worden. Die Alternativen „entweder mit dem Westen oder mit Russland“ waren notwendig, um diejenigen zu identifizieren, die nicht für den Westen, sondern gegen ihn waren. Sie begannen, aktiv bestraft zu werden.

Um auf die Erklärung der NATO und der EU zurückzukommen. Es ist ein interessantes Dokument. Die beiden Strukturen werden zu einer „Allianz der Demokratien gegen Autokratien im globalen Wettbewerb“ erklärt. Der Welt wird eine bewusst konfrontative Agenda verkündet. Zugleich hat Europa seine Autonomie verloren. Die Gemeinsame

Erklärung ordnet die Europäer ausdrücklich dem Nordatlantischen Bündnis unter. Er enthält ihre Verpflichtung, den amerikanischen Interessen bei der geopolitischen Eindämmung Russlands und Chinas zu dienen. Das erklärte Ziel (es war allen bekannt, wurde aber jetzt noch einmal dokumentiert) ist die globale Vorherrschaft der von den Amerikanern angeführten Allianz.

Die NATO ist nicht darauf beschränkt, das Leben auf dem europäischen Kontinent zu organisieren. Die globale Verantwortung des Militärblocks wird seit dem Madrider Gipfel im Juni 2022 proklamiert, insbesondere im Hinblick auf den asiatisch-pazifischen Raum, den die NATO-Mitglieder als Indo-Pazifik bezeichnen. Es ist klar, dass hier versucht wird, mit Indien zu flirten, um die Beziehungen zu China noch komplexer zu gestalten. Der Slogan von der Unteilbarkeit der Sicherheit im euro-atlantischen und indo-pazifischen Raum wird vertreten. Ein Wortspiel. Seit den 1990er Jahren haben sich die OSZE und der NATO-Russland-Rat auf den Grundsatz der Unteilbarkeit der Sicherheit eingeschworen. Es bedeutete gleiche Sicherheit für jeden Staat und die Verpflichtung, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten anderer zu stärken. Der Begriff wurde nun aus dem Zusammenhang gerissen und mit einer neuen Bedeutung versehen: die Unteilbarkeit der Interessen der NATO und des indopazifischen Raums. Der Unterschied ist spürbar. Die indo-pazifische Region, wie sie im Westen genannt wird, ist auf dem Weg zur Schaffung einer Blockarchitektur gegen Russland und China. Zu diesem Zweck werden die Mechanismen und Formate der Zusammenarbeit, die jahrzehntlang im Umfeld der ASEAN nach den Grundsätzen der Gleichheit, der Konsenssuche und des Interessenausgleichs geschaffen wurden, immer weiter zerstört (auch wenn sie es vorziehen, darüber zu schweigen). Stattdessen werden Militärböcke gebildet. Das anschaulichste Beispiel ist AUKUS. Es handelt sich um einen angelsächsischen Block in Asien (zu ihm gehören die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Australien). Japan wird aktiv in die Sache hineingezogen. Der jüngste Besuch von Premierminister F. Kishida in Washington hat diesen Kurs bestätigt. Japan ist wieder einmal auf dem Weg der Militarisierung. Soweit ich weiß, sollen die Artikel der Verfassung, die dies verhindern, geändert werden. Der Prozess ist im Gange. Ich werde nicht im Detail darauf eingehen, was der Westen in anderen geopolitischen Bereichen tut. Heute betrachten wir die Position der USA und des Westens als das Hauptproblem, das auf allen Azimutlinien Schwierigkeiten verursacht. Kurz gesagt, es hört sich so an. Washingtons Diktatpolitik in internationalen Angelegenheiten bedeutet buchstäblich Folgendes: Die Amerikaner dürfen tun, was sie wollen und wo sie wollen (sogar auf der anderen Seite der Welt). Sie tun alles, was sie für notwendig halten. Niemand sonst darf etwas ohne die Zustimmung der USA tun, auch nicht als Reaktion auf direkte Sicherheitsbedrohungen, die von den Vereinigten Staaten selbst an ihren Grenzen ausgehen. So wie Napoleon praktisch ganz Europa gegen das Russische Reich mobilisierte, so wie Hitler einmarschierte, die meisten europäischen Länder „unter Waffen“ stellte und sie gegen die Sowjetunion warf, so haben die USA eine Koalition aus praktisch allen Europäern in der NATO und der EU gebildet und führen über die Ukraine „stellvertretend“ einen Krieg gegen unser Land mit dem gleichen Ziel - der endgültigen Lösung der „russischen Frage“. Hitler wollte eine Endlösung der „Judenfrage“. Jetzt sagen westliche Politiker (nicht nur aus dem Baltikum und Polen, sondern auch aus „vernünftigeren“ Ländern), dass Russland eine strategische Niederlage erleiden muss. In einigen Publikationen sprechen politische Analysten aktiv von der Notwendigkeit, Russland zu entkolonialisieren. Sie sagen, unser Land sei wieder einmal zu groß und stehe „im Weg“. Erst neulich habe ich einen Artikel im „Telegraph“ gelesen, in dem die Befreiung Abchasiens, Südossetiens und Transnistriens gefordert wird und Karelien, Königsberg und die Kurilen für Verhandlungen überlassen werden. Es ist klar, dass es sich um eine Boulevardzeitung handelt. Wir sind gezwungen, die Boulevardpresse zu lesen, weil sie manchmal auf der Titelseite der Nachrichten steht. Es gibt viele solcher Aussagen, auch von unserer nicht-systemischen Opposition. Keiner der westlichen Politiker bestreitet dies. Der französische Präsident Macron hat zusätzlich zu seinem Projekt einer europäischen politischen Gemeinschaft, das direkt als ein Format verkündet wird, zu dem alle Europäer außer Russland und Weißrussland eingeladen werden, eine neue Idee vorgeschlagen - die Einberufung einer Konferenz der europäischen Staaten. Weiterlesen auf Seite 12

5G-Hirnfriteusen - für die digitalisierte „bessere“ Welt der „Smart-Citys“?



JB [Umwelt] - Ich möchte eigentlich nicht mehr über die potentielle Gefährdung durch 5G schreiben, weil entweder fangen die Bürger in den Gemeinden an ihr Hirn zu nutzen oder es ist schon fritiert und dann ist es eh egal.

Während weltweit die Proteste zu den 5G-Netzwerk zum Rückbau und Stopp dieser gesundheitsschädlichen Frequenz-Rösterei auffordern, wird in der BRD ohne Rücksicht auf Verluste der Ausbau und die Inbetriebnahme der 5G-Netzwerke vorangetrieben.

Es wird keine sonderliche Aufmerksamkeit erregen, wenn z.B. die Hirne in Bremerhaven unter dem Volks-IQ 70 gebraten werden. Aber wenn von dort kein Protest kommt, ist es die Vorzeiganlage, „Seht her, keiner klagt“ ... Haben Sie schon mal gesehen, dass ein im grenzdebilen Zustand verharrender Zombie klagen würde? Das geht per se

schwankt. Lustigerweise steigt der Wert fast immer dann, wenn Sie schlafen. Lustig, oder? Und wenn Sie schon dabei sind, die Strahlungswerte zu protokollieren, warum notieren Sie dann nicht Ihre eigene Befindlichkeit oder die Ihrer Familienmitglieder und Haustiere.

Wieder ein Beispiel, immer dran denken: es ist nur ein Spiel. Wenn Sie feststellen, dass im Zeitraum der höheren Belastung (Strahlungswert im roten Bereich) Ihre sonst lebendig umherlaufende Katze in der Ecke liegt, Ihre Frau mit einmal Zahnschmerzen bekommt und Sie sich einfach nur matt fühlen, dann ist es kein Spiel mehr.

Selbstverständlich können Sie keine wissenschaftlich fundierte Aussage zur Strahlenbelastung treffen, allein die Beweislastumkehr des Nachweises gesundheitsschädlicher Expositionen durch die von der Industrie eingesetzt-

Insolvenz- und Enteignungswelle, ab in die Massenarbeitslosigkeit



Diplomateninterview [Finanzen] - Jetzt fängt der Immobilienmarkt an zusammenzuberechnen, wie es vor einiger Zeit vorausgesagt wurde und wovor wir gewarnt haben und die Immobilien sind schon um ca. 25-30% gefallen und der Markt wird sich in der BRD aber auch in Europa vermutlich nicht mehr so schnell erholen. Alle die in den letzten Jahren viel zu teuer gekauft haben, müssen damit rechnen, dass die Banken große Nachforderungen für die laufendem Finanzierung stellen, weil die Immobilien die Finanzierung im Wert nicht mehr abdecken! Werden die Nachforderungen nicht geleistet, werden die Kreditverträge gekündigt und die Immobilien zwangsversteigert und den Besitzern weit unter Marktwert gestohlen und sie haben dann oft große Schulden und keine Immobilie mehr!

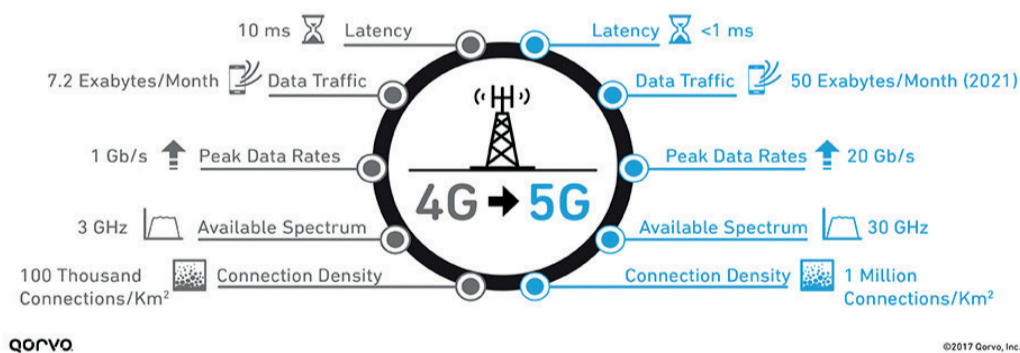
Das ist eine Enteignung und die Psychopathen werden sich alles günstig unter den Nagel reißen! Wir stehen nun in allen Bereichen vor dem totalen Zusammenbruch und der wird wohl in den nächsten Monaten voll durchschlagen! Und natürlich wurde das alles genauso geplant und umgesetzt! Vermutlich wird man dann, wenn alles am Ende ist, eine Reform machen und den Menschen die digitale Währung als Ausweg verkaufen und dann ist alles verloren! Jeder wird dann alles machen müssen, darf keine Kritik mehr am System äußern oder muss sich impfen lassen, nur um überleben zu können und nicht das digitale Sklavengeld abgeschaltet zu bekommen! So funktioniert Kommunismus!

Dafür führen sie auch das Bürgergeld ein, was nichts weiter als ein Instrument ist, um alle abhängig und gefügig zu machen und zu allem zu zwingen, was man will! Das ist das Grundeinkommen für alle, was in Wirklichkeit der letzte Schritt für die vollständige Versklavung ist! Und alles wurde genauso geplant! Es kann sein, dass das nochmal umbenannt oder erweitert wird, aber das ist jetzt der Schritt in diese Richtung. Uns bleiben vermutlich nur noch wenige Wochen oder Monate, um den absoluten Untergang für uns aufzuhalten und das geht nur mit totalem Ungehorsam und der Verweigerung

aller Gesetze und Verordnungen, die uns schaden! Die Wirtschaft ist so oder so vermutlich auf Generationen zerstört und es muss mit großen Hungersnöten und Lieferengpässen oder Ausfällen in allen Bereichen gerechnet werden!

Außerdem wird es wohl bald zu Zwangsentziehungen kommen, auch darüber haben wir schon berichtet und der sogenannte „Staat“, der keiner ist, wird allen Menschen, also seinen Personen das wegnehmen, worauf er Lust hat, um handlungsfähig zu bleiben! Die Gesetze sind schon da und weitere werden gerade beschlossen! Abschließend sei noch bemerkt, dass es jederzeit zu einer Hyperinflation kommen kann und das Geld dann buchstäblich über Nacht keinen Wert mehr hat. Das liegt alles in der Hand der Psychopathen und ob und wie sie es umsetzen wollen! Bitte -> kein Geld mehr auf Bankkonten halten, nur noch für die laufenden Kosten! Bargeld zu Hause lagern, um bei Preisverfall noch schnell alles mögliche Wichtige kaufen zu können! Vor der Hyperinflation kommt in der Regel eine Deflation und dann herrscht größte Gefahr! Jahrelanges nicht handeln und auf der Straße umherirren und hoffen auf Retter, Parteien, vermeintliche Scheinlösungen oder sonstwas, wird sich in den nächsten Monaten zum absoluten Desaster entwickeln! Ca. 50% der Deutschen sind bereits nicht mehr in der Lage, die laufenden Kosten aus den Einnahmen zu decken und die Ersparnisse aller werden bald aufgebraucht sein, was natürlich auch eine geplante Enteignung ist! Deutschland wurde wieder einmal, einschließlich aller Renten- und Pensionskassen, vom Feind ausgeraubt und geplündert, weswegen man auch alle alten Menschen entsorgt hat und der Feind ist die Regierung, die anderen Mächten dient. Genau wie die Regierung, davor und die davor usw. und uns hasst! Und egal welche Partei, alle dienen den Selben und bekämpfen sich nur zum Schein! Es ist nichts weiter als eine Show und links oder rechts oder grün oder gelb oder schwarz oder rot oder blau ist totaler Unsinn, der zur Spaltung dient und so tut, als hätte man eine Wahl.

Comparing 4G and 5G



nicht. In vollständiger Ausblendung, dass zum Beispiel in Brüssel die Politiker die Ausweitung des 5G-Netzes nicht wollen, weil sie sich nicht als Versuchskaninchen mißbrauchen lassen wollen oder Politiker vehement gegen die Aufstellung von 5G-Sendemasten an ihrem Wohnort klagen und das erfolgreich.

Egal, versuchen Sie im Gespräch mit interessierten Mitmenschen die möglichen langfristigen Folgen der extremen Strahlungsbelastung zu diskutieren. Machen Sie sich schlau. Ich stelle Ihnen dazu eine Graphik ein, die Ihnen verdeutlicht, um welche Dimension der Strahlenbelastung es sich handelt, versuchen Sie die zu verstehen. Wenn Ihr Kopf sich dann langsam in Richtung der Mikrowelle dreht, ahnen Sie es.

Machen wir ein Spiel.

Sie laden sich eine der kostenlosen EMF-Detektor Apps runter und schauen sich mal die aktuell angezeigten Werte an. Das wiederholen sie alle 4 Stunden und schreiben sich die angezeigten Werte auf. Das Ergebnis diskutieren Sie mit ihrer Familie und Freunden. Fragen Sie, was Sie nicht verstehen und suchen Sie die Antworten.

Es ist nur ein Spiel, die Anzeige auf dem Handy ist kein wissenschaftlicher Nachweis, es zeigt nur an, dass da etwas ist und die Art von Strahlungswert

ten Technologie würde 20 Jahre und ihr gesamtes Vermögen verschlingen. Das ist eben so, wenn die Justiz sich im Rechtsbankrott befindet und die Politik zur Verkaufsplattform der Industrie geworden ist. Falls es Sie interessiert, die Mobilfunktechnologie ist eine Militärtechnologie, eine Waffentechnik und je nach Strahlungsintensität, wenn die Strahlenbelastung erhöht wird, wird der Feind gegrillt. Ist nur die Frage zu klären, wer ist der Feind?

Egal, denn was können Sie in Brüssel oder bei der Regierung erreichen? Nichts, weil die Politiker es überhaupt nicht interessiert, was Sie wollen.

Was Sie aber machen können, ist, dass Sie Ihren Bürgermeister und Stadtrat auffordern, den Nachweis der Unbedenklichkeit für gesundheitliche Schädigungen zu liefern. Denn der Bürgermeister und der Stadtrat haben ja der flächendeckenden Bestrahlung mittels der 5G-Sendemasten zugestimmt und damit sollten die auch für die von ihnen anscheinend fahrlässig verursachten Schäden haften.

Die Frage ist, wenn der Bürgermeister und der Stadtrat keinen prüfaren und glaubhaften Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit liefern will und kann, was machen Sie dann?

Fazit



Die Regierung pisst vom Balkon auf das Volk und verkauft Ihnen die Regenschirme, damit Sie nicht naß werden. Das ganze wird mit Steuermitteln finanziert, indem ein Konzern/Investor/NGO 1 Million für die Forschung zu Regenschirmen spen-

det und dafür 100 Millionen an Fördermitteln erhält, das sind auch Steuergelder. Die Regenschirme für das Volk kosten 1 Million in der Herstellung, die werden über das Handelshaus des Unternehmens verkauft. 2 Million raus und 100 Millionen rein, das macht 98 Millionen Gewinn aus Steuergeldern. Und Sie fragen sich warum jeder kompetenzbefreite Dummdödel unbedingt Politiker werden will? Sie warten bis der nächste Schwachsinn vom Balkon gekippt wird und haben dann ausgesorgt. Der Bundestag ist die Nieten-Sammelzentrale, nie gearbeitet und werden es auch nie müssen, solange das Volk Steuern für Probleme zahlt, die wir erst durch die Industrie bekommen haben. Siehe die Klima-Geschäftsmodelle und Dieselblödsinn. Merke: Steuern sind der Raub ihrer Arbeitsleistung ohne nennenswerte Gegenleistung. Volkstümlich: Abzocke

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 2

Er schlug vor, Mitglieder der Europäischen Union, Länder der Östlichen Partnerschaft (Georgien, Armenien, Aserbaidschan), Moldawien und die Ukraine einzuladen. Ich bezweifle, dass die Weißrussen eingeladen werden. Aber es geht um die EU, die Länder der Östlichen Partnerschaft und - ich mache Sie darauf aufmerksam - um Emigranten aus Russland, die sich im Ausland politisch engagieren. Es ist vorgesehen (nicht in Macrons Präsentation, sondern in den nachfolgenden Kommentaren), dass bestimmte Regionen Russlands, die „bestrebt sind, mit Europa in Verbindung zu bleiben“, zur Konferenz der europäischen Staaten eingeladen werden können. Ich denke, es ist klar, worüber sie sprechen. Die Situation ist keineswegs schwarz-weiß, wie westliche Kollegen sie darzustellen versuchen, sondern spiegelt einen Kurs in Richtung globaler Vorherrschaft, der bedingungslosen Unterwerfung von allem und jedem unter die Androhung von „Strafe“.

Keiner der westlichen Politiker spricht über etwas anderes als Sanktionen. Kürzlich drohte von der Leyen in Davos Russland und Weißrussland erneut mit neuen Sanktionen. Sie wissen, wie man sie einführt, um die russische Wirtschaft zu „strangulieren“, damit sie jahrzehntelang in die Rezession fällt. Das ist es, worüber sie sprechen. Es gibt eine Redewendung, die besagt, dass die Masken fallen gelassen wurden. Jahrelang wurden Sanktionen gegen ein Land, das gegen das Völkerrecht und seine Verpflichtungen verstoßen hat, im UN-Sicherheitsrat diskutiert. Jedes Mal beteuerten die Westler, die diese oder jene Maßnahmen in die Wege leiteten, dass es sich nicht um Sanktionen handele, die die Völker, die Bevölkerung bestrafen würden, sondern „gegen die Regime“. Wo sind diese Ermahnungen jetzt? Die Sanktionen gegen Russland werden offen als Mittel deklariert, um das Volk zu einer „Revolution“ gegen die derzeitige Führung unseres Landes zu bewegen. Niemand achtet hier mehr auf Anstand und niemand wird es tun. Diese Reaktion, ein fieberhafter Versuch, mit allen Mitteln, mit Recht und Unrecht, mit verbotenen Methoden die Vorherrschaft der USA und des übrigen Westens (den Washington vollständig übernommen hat) zu sichern, spiegelt jedoch die Einsicht wider, dass sie historisch gesehen gegen den objektiven Lauf der Dinge handeln und in der Tat versuchen, die Entstehung einer multipolaren Welt zu verhindern. Dies wird nicht von irgendwelchen „Büros am Potomac“ oder in einer anderen Hauptstadt entschieden, sondern mit natürlichen Mitteln. Die Länder entwickeln sich wirtschaftlich. Sehen Sie sich China und Indien (unsere strategischen Partner), die Türkei, Brasilien, Argentinien, Ägypten und viele Länder des afrikanischen Kontinents an. Angesichts der enormen Reserven an natürlichen Ressourcen ist das Entwicklungspotenzial dort enorm. Es entstehen neue Zentren des Wirtschaftswachstums. Der Westen versucht, dies zu verhindern, auch indem er auf die Mechanismen spekuliert, die in der von ihm geschaffenen Globalisierung seinen Interessen dienen sollen. Hier spielt der Dollar als Reservewährung eine wichtige Rolle. Deshalb versuchen wir in unseren Kontakten innerhalb der SOZ, der BRICS, der GUS, der EAG, in Zusammenarbeit mit den Verbänden Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf jede Weise neue Formen der Zusammenarbeit aufzubauen, um nicht vom Westen und seinen (inzwischen eindeutig) neokolonialen Methoden abhängig zu sein. Der russische Präsident Wladimir Putin hat es offen und deutlich gesagt. Die Methoden werden nur eingesetzt, um den Rest der Welt unter den neuen Bedingungen auszuplündern. Mit unseren zuverlässigen Partnern, mit befreundeten Ländern, bauen wir solche Formen der Interaktion auf, die uns zugute kommen werden. Sie lassen sich nicht von denen beeinflussen, die die ganze Welt unterjochen wollen. So lautet meine Bilanz des vergangenen Jahres. Das Wichtigste ist, dass die Prozesse, die wir in diesem Jahr erlebt haben, nicht erst gestern begonnen haben, sondern schon vor vielen Jahren. Sie werden fortgesetzt. Es wird Zeit brauchen, um eine multipolare Welt zu schaffen, um die Beziehungen zu vollenden, die notwendig sind, damit sich Demokratie, Gerechtigkeit und die Achtung des Grundsatzes der UN-Charta (Achtung der souveränen Gleichheit aller Staaten) in der Welt durchsetzen. Die UN-Charta ist eine gute Grundlage. Als sie angenommen wurde, war sie ein revolutionäres Dokument.

Leider wurden alle richtigen Prinzipien vom Westen pervertiert. Der Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nicht-einmischung in innere Angelegenheiten und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten wurde nicht beachtet. Seit der Gründung der UNO haben die Vereinigten Staaten ihre militärischen Streitkräfte viele hundert Mal im Ausland eingesetzt. In den meisten Fällen ein eklatanter Verstoß gegen die Charta der Organisation. Der Prozess der Schaffung einer multipolaren Weltordnung wird langwierig sein. Es wird eine bestimmte historische Epoche brauchen. Wir befinden uns mitten in diesem Prozess. Manchmal sehen die direkten Teilnehmer an Veranstaltungen dieser Größenordnung nicht alles auf einmal, so dass der ständige Kontakt untereinander, der Austausch von Einschätzungen und Eindrücken für uns sehr wertvoll ist. Das gilt nicht nur für unsere Partner im Ausland, sondern auch für unsere Kollegen in den Medien. Ihre Beobachtungen und die Fragen, die Sie stellen möchten, sind für uns nützlich.

F: Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass Verhandlungen zwischen Russland und führenden westlichen Ländern, allen voran den USA, über die Ukraine noch in diesem Jahr möglich sein werden? Welche sicherheitspolitischen Fragen im Zusammenhang mit einer Einigung in der Ukraine würde Russland gerne auf den Verhandlungstisch bringen? Halten Sie es für wahrscheinlich, dass die aktive Phase in diesem Jahr gestoppt wird?

Sergej Lawrow: Über die aktive Phase der Macht. Unser Militär hat sich mehr als einmal zu diesen Fragen geäußert. Der russische Präsident Wladimir Putin hat persönlich noch einmal bekräftigt, dass eine spezielle Militäroperation Ziele hat, die nicht erfunden sind und nicht einfach „von der Decke fallen“, sondern von den grundlegenden und legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation und ihrer Position in der Welt, vor allem in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, bestimmt werden.

In der Ukraine, wie auch in jedem anderen an die Russische Föderation angrenzenden Gebiet, sollte es keine militärische Infrastruktur geben, die eine direkte Bedrohung für unser Land darstellt, keine Diskriminierung und keine Verfolgung unserer Landsleute. Sie sind durch den Willen des Schicksals zu Bürgern des ukrainischen Staates geworden, wollen aber ihre Sprache, Kultur und Traditionen bewahren und ihre Kinder in diesen Traditionen erziehen, in voller Übereinstimmung mit der Verfassung der Ukraine, die den freien Gebrauch und den Schutz des Russischen und anderer Sprachen nationaler Minderheiten garantiert. Die russische Sprache wird dort besonders hervorgehoben. Diese Verfassung bleibt in Kraft. Wir haben Materialien an die Medien verschickt, in denen die Artikel der Verfassung und dann die spezifischen Verpflichtungen der Ukraine im Rahmen internationaler Übereinkommen aufgeführt sind, sowie eine umfangreiche Liste von Gesetzen, die unter Verletzung der Verfassung und der internationalen Verpflichtungen der Ukraine verabschiedet wurden. Ich war überrascht von Präsident Zelenskys Interview mit dem ZDF im Oktober 2022, in dem er argumentierte, dass, wenn man Russland gewinnen lässt, andere große Länder beschließen werden, dass sie dies auch tun „dürfen“. Und es gibt viele solcher Länder auf verschiedenen Kontinenten. Deshalb werden sie angeblich die Kleinen „ersticken“ und den Rest unter sich aufteilen. V.A. Zelenski betonte, dass er für ein anderes Szenario ist: wenn jeder Mensch auf der Welt weiß, dass er, egal wo er lebt, die gleichen Rechte hat und genauso geschützt ist wie jeder andere auf der Welt. Dies wurde von dem Mann gesagt, der im November 2021 (im Jahr zuvor) sagte, dass im Osten „Exemplare“ und keine Menschen lebten. Und noch früher, im August desselben Jahres, sagte V.A. Zelenski, wenn ein Bürger der Ukraine russisch fühle und russisch denke und russisch bleiben wolle, dann solle er um der Zukunft seiner Kinder und Enkelkinder willen nach Russland auswandern. Das war die gleiche Person, die jetzt erklärt hat, dass sie davon träumt, dass alle gleich sind und jeder so leben kann, wie er will. Es ist klar, dass diese „schönen“ Worte zum Nutzen des Westens gemacht werden, aber all dies ist „stark“ für das derzeitige Regime. Es ist klar, warum wir die grundlegenden Ziele der speziellen Militäroperation nicht aufgeben können. Was die Verhandlungsaussichten betrifft. Dies wurde bereits

duzende Male diskutiert und erwogen. Ich möchte die offensichtlichen Fakten nicht wiederholen. Seit März 2021 unterstützen wir das Ersuchen der Ukraine um Verhandlungen. Außerdem haben wir den von diesem Land vorgeschlagenen Vergleichsentwurf fertiggestellt. Doch die Ukraine wurde „gehorft“ und darauf hingewiesen, dass es noch zu früh sei. Seitdem haben westliche Beamte nach dem Frühjahr 2022, den ganzen Sommer über und bis in den Frühherbst hinein immer wieder erklärt, dass es für die Aufnahme von Verhandlungen zu früh sei. Das Land muss mit mehr Waffen ausgestattet werden, um die Verhandlungen aus einer stärkeren Position heraus beginnen zu können. Stoltenberg, der Generalsekretär des Bündnisses, sagte neulich ganz unverblümt, dass „die Bewaffnung der Ukraine der Weg zum Frieden ist“. V.A. Zelenski selbst schlägt einige völlig absurde Initiativen in zehn Punkten vor, in denen alles aufgeschichtet ist: Nahrungsmittel-, Energie- und biologische Sicherheit, Abzug der russischen Truppen von überall her, Reue der Russischen Föderation, Tribunal und Verurteilung. Eine Verhandlung mit V.A. Zelenski kommt nicht in Frage. Denn es ist ihm gesetzlich untersagt, mit der russischen Regierung zu verhandeln. Dieses ganze westliche Geschwätz, dass sie bereit sind, wir aber nicht, ist alles vom Bösen.

Sie haben gefragt, wie die Aussichten für Verhandlungen zwischen Russland und dem Westen in der Ukraine-Frage sind. Wir werden bereit sein, auf alle ernsthaften Vorschläge zu reagieren, sie zu prüfen und uns eine Meinung zu bilden. Bislang liegen uns keine derartigen Vorschläge vor. In den westlichen Hauptstädten heißt es, „kein Wort über die Ukraine ohne die Ukraine“. Das ist alles Blödsinn. In der Tat entscheidet der Westen für die Ukraine. Sie haben Zelenski untersagt, sich Ende März 2022 mit Russland zu einigen, wenn ein solches Abkommen fertig ist. Es ist also der Westen, der entscheidet. Er entscheidet ohne die Ukraine für die Ukraine, dass dies nicht der richtige Zeitpunkt war. Jetzt sagen sie dasselbe: dass sie mehr Waffen brauchen, um die Russische Föderation zu dezimieren.

Ich weiß nicht, wer dort für die militärische Planung zuständig ist. Es gab ein Treffen zwischen dem CIA-Direktor W. Burns und dem Leiter des Geheimdienstes, Sergej Naryschkin. US-Präsident Biden schlug dieses Treffen vor, und der russische Präsident Wladimir Putin stimmte zu. Sie fand statt. Es gab keine Enthüllungen. Der Westen sagt bei den sporadischen und seltenen Kontakten, die auf der einen oder anderen Ebene stattfinden, im Prinzip nichts, was über seine öffentlichen Reden hinausgeht. Unser Standpunkt in dieser Angelegenheit ist bekannt. Es macht keinen Sinn, mit dem Westen nur über die Ukraine zu reden. Sie benutzt die Ukraine, um das Sicherheitssystem zu zerstören, das seit vielen Jahren in der euro-antlantischen Region besteht und auf den Grundsätzen des Konsenses, der Unteilbarkeit der Sicherheit und der Lösung aller Fragen durch Dialog und Zusammenarbeit beruht. Die Verkörperung dieser Ideale war die OSZE, die der Westen nun zu Grabe trägt, so wie er auch den Europarat praktisch „begraben“ hat. Organisationen, die für den Dialog und die Suche nach einem Konsens und einem Kompromiss geschaffen wurden, werden nun benutzt, um genau denselben Kurs der totalen Vorherrschaft der USA (und unter ihr des restlichen Westens) in allem und überall zu fördern. Uns zu sagen, dass wir mit der Ukraine „etwas aushandeln“ werden und der Rest wird ihnen gehören? Nein. Es wird ein ehrliches Gespräch erforderlich sein. Ich denke, dass es in diesem Stadium nicht notwendig ist, dass wir die Initiative in den Bereichen ergreifen, die der Westen selbst „geschlossen“ hat, einschließlich dessen, was er im Europarat getan hat, auf den alle so stolz waren. Darüber hinaus hat der Europarat mehrere Dutzend Konventionen, bei denen er nicht Mitglied sein muss, an denen er aber teilnehmen kann. Auch hier hat der Westen beschlossen, Russland abzuschaffen und diskriminierende Schranken für die Teilnahme unserer Vertreter an der Arbeit der einschlägigen Gremien dieser Konventionen zu errichten, die auch Nichtmitgliedern des Europarats offen stehen. In dieser Situation werden unannehmbare Bedingungen für die Teilnahme unserer Vertreter an den Überprüfungsveranstaltungen gestellt. Unter solchen Umständen werden wir dies nicht tolerieren. Aus diesem Grund sind wir vor kurzem aus dem Anti-Korrup-

tions-Übereinkommen ausgetreten. Das bedeutet nicht, dass wir aufgehört haben, die Korruption zu bekämpfen, es bedeutet, dass wir nicht auf einem „hinteren Stuhl“ im zuständigen Gremium sitzen und uns westliche Vorträge anhören wollen, wenn wir sogar in unseren Verfahrensrechten verletzt werden. Ich kann Ihnen viele Beispiele nennen.

Frage: Viele Europäer sind der Meinung, dass sich Russland mit seiner Entscheidung, in den Krieg zu ziehen, nicht von seiner besten Seite gezeigt hat. Damit verhält sie sich wie der Rest der imperialistischen Länder, wie die USA. Sie haben praktisch den halben Planeten bombardiert und gegen das Völkerrecht verstoßen, um bestimmte Gebiete zu erobern. Ähnliche Kritik hört man oft in Griechenland, Zypern und den Balkanländern, die ebenfalls Opfer dieser Politik sind. Sie gehören zu den besten Experten auf diesem Gebiet. Es heißt, die Türkei drohe Griechenland in der Ägäis. Wie könnten Sie mit einer solchen Position argumentieren?

Sergej Lawrow: Ich werde mich nicht streiten. Ich werde einfach meine Meinung sagen. Sie sagten, Russland habe sich nicht von seiner besten Seite gezeigt, als die militärische Sonderoperation begann. Dies ist eine interessante Formulierung.

Wir haben unsere „besten Eigenschaften“ gezeigt, nachdem die Sowjetunion verschwunden war. Der russische Präsident Wladimir Putin hat dies mehrfach angesprochen. Im Jahr 2001, nach seiner Wahl zum Präsidenten, war einer seiner ersten Auslandsbesuche in Deutschland, wo er vor dem Bundestag auf Deutsch sprach. Damit ist Putin persönlich in die historische Aussöhnung zwischen Deutschland und unserem Land „eingetreten“. Diese Versöhnung fand in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren mit dem Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands statt. Es war eine Versöhnung auf staatlicher und offizieller Ebene. V. Putin hat sich persönlich für diese historische Versöhnung zwischen Russen und Deutschen eingesetzt“. Vergessen wir nicht, dass Deutschland vor allem dank der Sowjetunion geeint wurde. Denn die anderen Siegermächte wollten, gelinde ausgedrückt, nicht so viel. Wir waren bereit und haben lange Zeit unser Bestes gegeben, wenn es darum ging, das Völkerrecht zu achten und Lösungen zu finden, die für ganz Europa und die gesamte Menschheit von Nutzen sind. Ich habe das Beispiel des ersten ukrainischen „Maidan“ (2004) angeführt, als das offizielle Europa sagte, die Ukraine müsse sich entscheiden: entweder für Europa oder für Russland. Das war drei Jahre vor Putins Münchner Rede. Wir hofften damals, dass die Vernunft siegen würde und Europa einsehen würde, dass wir nicht ständig betrügen und die NATO entgegen den gemachten Versprechungen nach Osten verlagern können. Es sollte nicht nur gegen verbale Versprechen, sondern auch gegen OSZE-Verpflichtungen verstoßen werden. Niemand stärkt seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer. Keine Organisation im OSZE-Raum kann eine dominierende Rolle beanspruchen. Dies ist schriftlich festgehalten. Es wurde unter anderem von den Staatschefs Griechenlands, der Vereinigten Staaten und Russlands unterzeichnet. Die gleiche Formel, dass niemand die Vorherrschaft in Europa beanspruchen sollte, steht in den Dokumenten des NATO-Russland-Rates auf höchster Ebene. Wenn Sie der Meinung sind, dass das Vorantreiben des Bündnisses ohne Rücksicht auf unsere offiziellen Proteste die Erfüllung dieser Verpflichtung ist, dann können wir uns hier kaum verstehen. Ich bin überzeugt, dass Sie nicht so denken und genau wissen, wovon wir sprechen. Sie haben gesagt, dass wir uns auch wie die anderen imperialen Länder verhalten haben. Ja, sie nennen uns jetzt wieder ein Imperium. Ich überlasse diese Begriffe den Spezialisten und Fachleuten. Wir sind ein Land mit einer großen Anzahl von Nationalitäten, fast dreihundert Sprachen, fast allen Weltreligionen und Respekt für die nationalen Traditionen jeder Nation. Als multiethnisches und multikonfessionelles Land haben wir uns über Jahrhunderte hinweg entwickelt. Im Gegensatz zu den westlichen Kolonialpraktiken haben wir die Völker, die Teil des Russischen Reiches waren, nie unterdrückt oder vernichtet und sie nie in eine Art „Schmelztiegel“ geworfen, so dass sie alle ihre Identität, ihre Besonderheit verlieren und alle zu

Weiterlesen auf Seite 13

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 3

„Amerikanern mit demselben Gesicht“ werden würden. Das ist ihnen nicht gelungen, wie Sie in letzter Zeit gesehen haben. In unserem Land haben alle, die sich dem Russischen Reich angeschlossen haben, ihre Sitten, Traditionen, Identität, Bräuche und Sprachen beibehalten. Was die Eroberung von Gebieten und die gleichen „Instinkte“ wie die westlichen Imperien betrifft. Die USA sind etwa dreihundert Mal in fremde Gebiete eingedrungen. In den meisten Fällen entweder, weil sich einige Amerikaner beleidigt fühlten - was in Mittelamerika und der Karibik regelmäßig vorkommt - oder weil es darum ging, Bedrohungen für Frieden und Sicherheit zu beseitigen. Zum Beispiel hatte S. Hussein angeblich Massenvernichtungswaffen. Später stellte sich heraus, dass dies eine Fiktion war. Libyen, wo sie M. Gaddafi vernichten wollten, der kein Demokrat, sondern ein Diktator war. Sie haben auch den Irak und Libyen zerstört. Wohlhabende Länder, die in Bezug auf die sozioökonomische Situation recht gut lebten. In Jugoslawien beschloss man, den Balkan aufzulösen, auch um Deutschland zu gefallen, das nicht einmal auf die EU wartete, um eine einheitliche Linie zu entwickeln, und Kroatien und Slowenien anerkannte. Damit hat sie den Prozess unumkehrbar gemacht und jede Möglichkeit zur Wiederherstellung eines konföderalen oder eines anderen Formats zwischen den Balkanländern abgeschnitten. Serbien wehrte sich dagegen, dass sich der Balkan dem Westen unterwirft. Was wurde mit Serbien gemacht? Als Senator erklärte J. Biden 1998, ein Jahr vor der NATO-Aggression gegen Serbien, dass er die Bombardierung Belgrads befürwortete und vorschlug, US-Piloten zu entsenden, um alle Brücken über die Drina zu sprengen und alle Ölerserven abzubauen. Wie Sie sehen können, wurden alle Forderungen von Senator Biden ein Jahr später, 1999, erfüllt. Das Time-Magazin brachte damals die Titelgeschichte „Die Serben zum Frieden zwingen“ heraus. Massenbombardierung öffnet die Tür zum Frieden“. Und nichts. Keine Gerichtshöfe. Daran hat niemand gedacht. Genauso wie niemand ein Tribunal einberufen hat, als die USA ohne legitime Grundlage in Syrien einmarschiert sind und begonnen haben, Städte dem Erdboden gleichzumachen. Die Stadt Raqqa zum Beispiel wurde vollständig zerstört. Dutzende, ja Hunderte von Leichen lagen dort monatelang ohne jegliche Versorgung. Ja, die internationale Gemeinschaft dort, sowohl Ärzte ohne Grenzen als auch Reporter ohne Grenzen, haben sich irgendwo geäußert. Von einem Tribunal war jedoch nicht die Rede. Und als der Internationale Strafgerichtshof plötzlich beschloss, gegen amerikanische Kriegsverbrechen in Afghanistan zu ermitteln, teilten die Vereinigten Staaten dem ISTGH mit, dass sie sie alle mit Sanktionen belegen und ihr Geld, das auf amerikanischen Banken lag, einzuziehen würden. Und das war's. Dieses erhabene Gremium der internationalen Justiz ist einfach verstummt. Man kann natürlich Vergleiche anstellen. Aber wir haben unsere Sicherheit verteidigt. Die Ukraine wurde als Sprungbrett für einen Angriff auf Russland benutzt, der unsere Interessen untergräbt. Es gab Pläne zum Bau von Marinestützpunkten im Asowschen Meer, vor allem von angelsächsischen Stützpunkten. Das ist eine ernste Sache. Zweitens ist es inakzeptabel, Russen zu demütigen, denen die ukrainische Verfassung ihre Rechte garantiert, weil sie unsere Landsleute sind. Sie verbinden mit uns den durch die ukrainische Verfassung garantierten Schutz ihrer legitimen Interessen. Und der vom Westen inspirierte Staatsstreich im Jahr 2014 hat keineswegs dazu geführt, dass auch nur der Versuch unternommen wurde, einen nationalen Dialog in der Ukraine zu etablieren. Der Westen stellte sich eindeutig auf die Seite des Regimes, das bei der Bombardierung von Donezk und Luhansk sofort seine antirussischen Ziele und sein Bekenntnis zu den Grundsätzen der Theorie und Praxis des Nazismus verkündete. Diese Verbrechen werden von niemandem untersucht. Es gibt keine Gerichtshöfe. Niemand denkt auch nur daran, sie zu schaffen. Als dieser Krieg gegen diejenigen, die den Staatsstreich nicht akzeptiert hatten, beendet war, wurden die Minsker Vereinbarungen unterzeichnet. Sie wissen, dass Deutschland und Frankreich sowie Poroschenko, alle drei Unterzeichner (mit Ausnahme von Präsident Putin), sagten, dass sie dies taten, um Zeit zu gewinnen, damit die Ukrainer mit mehr Waffen versorgt werden können, damit sie

besser auf die nächste Phase des Krieges vorbereitet sind. Wie war das? Glauben Sie, dass wir auch hier nicht unser Bestes gegeben haben? Wir waren die einzigen, die sich für die Umsetzung dieser „miserablen“ Minsker Vereinbarungen eingesetzt haben. Alle anderen haben in dieser Situation geschummelt und sind dem Rat der Amerikaner gefolgt. Auch Griechenland und Zypern leiden darunter. Ich weiß nicht, worunter sie mehr zu leiden haben. Wir waren schon immer eng mit Griechen und Zyprioten befreundet. Der Wandel, der sich in der Führung beider Länder vollzogen hat, ist bekannt.

Wie die Kräfte gesammelt wurden, um einen hybriden Krieg gegen uns zu beginnen, das weiß jeder. Ich kann mir nicht einmal

les wird davon abhängen, welche Schlussfolgerungen Europa ziehen wird.

Frage: Seit dem Beginn der speziellen Militäroperation in der Ukraine haben wir alle gesehen, dass dies eine echte Konfrontation zwischen dem „kollektiven Westen“ und Russland ist, und nicht nur das. Kleinere Länder in der Region, darunter Georgien, befinden sich in einer schwierigen Lage. Ständige radikale Angriffe durch von den Amerikanern kontrollierte politische und mediale Gruppen, die versuchen, unmoralische und pervertierte Werte westlicher Verhaltensnormen durchzusetzen. Dies ist unserer Kultur und Identität fremd. Auf diese Weise versucht der Westen, die kulturelle Souveränität kleiner Länder zu untergraben und die Kontrolle über sie zu er-

wird zerstört, verboten und Geistliche werden verhaftet, ihrer Staatsbürgerschaft beraubt - das sind die Methoden, mit denen der Westen Krieg für die Durchsetzung seiner Werte führt.

Wir sind gezwungen, uns zu revanchieren, wenn unsere Journalisten, Politikwissenschaftler und Politiker, die dafür bekannt sind und in der Lage sind, einem ausländischen Publikum die Wahrheit zu sagen, „mit Sanktionen belegt“ werden. Wir sind gezwungen, uns zu revanchieren. Das ist nicht unsere Entscheidung. Selbst während des Kalten Krieges trafen sich sowjetische und amerikanische Akademiker regelmäßig, um drängende Fragen der Zeit zu diskutieren. Heute gibt es diese Möglichkeit praktisch nicht mehr. Manchmal werde ich auf völlig inoffiziellen Wege von politischen Experten aus dem Westen angesprochen, ob es nicht möglich wäre, irgendwo auf neutralem Boden ein Seminar zu veranstalten, an dem „die Ihren“ und „die Unseren“ teilnehmen könnten. Diese Frage hat bisher niemand gestellt. Ein Institut hat eine Vereinbarung mit einem anderen Institut getroffen. Jetzt sind unsere westlichen Partner, die an diesem Austausch beteiligt waren, einfach verängstigt. Sie wurden schon oft genug schikaniert. Ich habe großen Respekt vor der Position der georgisch-orthodoxen Kirche, die diese Werte verteidigt. Wir haben keine Probleme mit der georgischen Bevölkerung im Allgemeinen.

Im Jahr 2008 spielte die NATO erneut eine Rolle, als im April desselben Jahres auf dem NATO-Gipfel in Bukarest eine Erklärung verabschiedet wurde, dass Georgien und die Ukraine Teil der NATO sein werden. Außerdem reiste US-Außenministerin Rice einen Monat, bevor er den Befehl zur Bombardierung von Zchinwali und der Friedenstruppen gab, nach Georgien. Die Emotionen von M.N. Saakaschwili sind offenbar „durchgedreht“. Er beschloss, dass dies alles nur ein Ablasshandel war. Bei den Ukrainern dauerte es etwas länger, bis der Bukarester „Impuls“ das Bewusstsein der Menschen erreichte, die beschlossen, alles Russische aus ihrem Gebiet zu vertreiben. Wir sind dafür, dass Abchasien und Südossetien Beziehungen zu Georgien aufbauen. Es gibt Mechanismen des Dialogs, an denen auch wir beteiligt sind. Die georgische Seite hat schon vor längerer Zeit das Projekt einer gemeinsamen Wirtschaftstätigkeit vorgeschlagen, um das Vertrauen zu stärken. Das alles sind nützliche Dinge. Es stimmt, dass die westlichen Teilnehmer an den Genfer Gesprächen zwischen Georgien, Abchasien und Südossetien (Europäische Union, UNO, OSZE, USA) nun versuchen, auch dieses Dialogformat zur Geisel der Ereignisse um die Ukraine zu machen. Das ist unschicklich, unprofessionell und bedeutet, dass sie ihre Ziele in einer bestimmten Region von ihren eigenen politischen Missständen und Launen abhängig machen. Ich freue mich, dass sich die zwischenmenschlichen Kontakte mit Georgien aktiv entwickeln. Das georgische BIP ist im Jahr 2022 um 10 % gewachsen. Dies ist vor allem auf den Tourismus und die Handelsbeziehungen mit der Russischen Föderation zurückzuführen. Ich hoffe, dass wir bald auch die Direktflüge wieder aufnehmen können. Wir werden sehen, wie sehr Georgien und alle anderen Länder vom Westen unter Druck gesetzt werden, der öffentlich fordert, sich den Sanktionen gegen die Russische Föderation anzuschließen. Die Tatsache, dass ein kleines Land und seine Regierung den Mut haben, zu sagen, dass wir uns von unseren Interessen, den Interessen unserer Wirtschaft, leiten lassen werden - das flößt Respekt ein.

F: Sie sagten gerade, dass der Westen die Masken abgeworfen hat. Wie kommentieren Sie die recht unverblühte Erklärung des finnischen Präsidenten Niinisto zum Jahreswechsel, in der er die Russische Föderation mit einem brutalen Nazi-Regime verglich? Zu Zeiten der Sowjetunion wurde viel von Imperialismus und Kolonialismus gesprochen, und jetzt werden diese Worte immer häufiger verwendet. Auch neue Begriffe sind aufgetaucht - „Neoliberalismus“, „Globalismus“. Diese Worte werden seit 30 Jahren von Gennadi Sjuganow und der kommunistischen Partei Russlands geäußert, und jetzt von Ihnen und dem russischen Präsidenten. Wie könnten Sie definieren, mit wem Russland heute konfrontiert ist? Sind diese Konzepte heute noch relevant und sind sie in die Vergangenheit zurückgegangen? Weiterlesen auf Seite 14



Die Nazis haben den Krieg nicht verloren, sie haben die europäischen Regierungen okkupiert und den Kampf um Ressourcen im 21. Jahrhundert gestartet.

Chrystia Freeland, Kanadas stellvertretende Premierministerin und Finanzministerin, hat offen gesagt, dass das Land einen Sieg über Russland braucht, um seine Wirtschaft anzukurbeln.

Die Enkelin eines OUN-UPA-„Melnikoviten“ (Nazi-Kollaborateurs Michail Chomyak), die in den letzten Jahren immer wieder an ihre offene Unterstützung für die Nazis in der Ukraine und ihre russophobe Rhetorik erinnert hat, sagte am 18. Januar bei einer Podiumsdiskussion auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Es geht nicht darum, der Ukraine einen ‚Gefallen‘ zu tun. Die Lieferung von Waffen an die Ukraine und, wie Präsident Zielenski ausdrücklich sagte, die Versorgung der Ukraine mit genügend Geld, um den Krieg zu gewinnen, liegt letztlich in unserem eigenen Interesse.“

Ich bin der Minister der Finanzen. Und wenn Sie mich fragen würden, was genau die Finanzminister, die G7-Regierungen, von dem, was eigentlich in unserer Macht steht, in diesem Jahr tun könnten, dann ist das Wichtigste... Wir haben keine Kontrolle über die neue Coronavirus-Infektion, wir haben keine Kontrolle über die globalen Lieferketten, wir haben keine Kontrolle darüber, ob wir eine perfekte Disinflation [Verlangsamung der Inflation] vor uns haben oder nicht. Das Einzige, was wir tun können, wo wir einen praktischen Einfluss haben: Wir können der Ukraine zu einem klaren und eindeutigen (bedingungslosen) Sieg verhelfen. Und wenn wir das schaffen, wenn es in diesem Jahr geschieht, und das wissen Sie so gut wie ich, Farid [Farid Zakaria, Moderator des Panels], dann wird das einen enormen Schub für die Weltwirtschaft bedeuten. Ich glaube also wirklich, dass die Ukraine gewinnen wird“.

vorstellen, dass Menschen, die in europäischen Ländern das Amt des Ministerpräsidenten oder des Präsidenten bekleiden, geschweige denn in Ländern, die lange historische Beziehungen zur Russischen Föderation haben, die Fakten nicht kennen oder nicht in der Lage sind, sie zu analysieren. Die Schlussfolgerung, die ich aus den Positionen der europäischen Länder, einschließlich Griechenlands und Zyperns, ziehe, ist, dass sie gezwungen wurden, sich dem amerikanischen Diktat zu unterwerfen, oder dass sie es selbst freiwillig getan haben. Ganz Europa ist von den Vereinigten Staaten „aufgebaut“ worden. Niemand wird mehr zulassen, dass Europa von „strategischer Autonomie“ spricht. Als vor einem Jahr eine Diskussion über die Notwendigkeit der Entsendung von mehr US-Truppen nach Europa entbrannte und er gefragt wurde, ob dies auf Dauer oder auf Rotationsbasis geschehen sollte, antwortete L. Austin, der US-Verteidigungsminister, dass dies in Washington entschieden werde. Niemand wird Europa fragen. Wir haben unsere eigenen Schlüsse gezogen und werden sie natürlich auch gegenüber denen ziehen, die die Aggression gegen Russland so schnell und bereitwillig unterstützt haben. Irgendwann wird dieser Krieg zu Ende sein. Wir werden unsere Wahrheit weiterhin verteidigen. Aber ich kann mir noch nicht vorstellen, wie wir weiterleben werden. Al-

langen. Das ultimative Ziel dieser zynischen globalistischen Politik ist es, diese kleinen Länder ihren eigenen politischen Interessen zu opfern. Ein trauriges Beispiel ist leider die Ukraine. Georgien und andere Länder der Region sind der gleichen Gefahr ausgesetzt. Unter diesen Umständen wird die Frage akut, ob Russland eine klare Strategie gegen die zerstörerische kulturelle Expansion des Westens hat und ob dies eine Zusammenarbeit mit Ländern impliziert, die natürliche Verbündete bei der Verteidigung konservativer Werte sein könnten.

Sergej Lawrow: Die Frage ist sehr weit gefasst. Wir haben gerade über die Ukraine gesprochen. Gestern fand eine auf unsere Initiative einberufene Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats statt, die sich mit der Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch die Politik des Kiewer Regimes in Bezug auf die Menschenrechte und die nationalen Minderheiten, einschließlich der religiösen Rechte, befasste. Die kulturelle Präsenz und die Bekämpfung negativer Tendenzen durch die Bewahrung traditioneller Werte ist unmittelbar mit der Religion und den Aktivitäten der russisch- und georgisch-orthodoxen Kirche verbunden. In der Ukraine ist dies kein Instrument des russischen Einflusses, sondern die Institution der Bewahrung von Traditionen, der Geschichte und der Weitergabe dieser Traditionen von Generation zu Generation

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 4

Sergej Lawrow: In Bezug auf die Neu-jahrsansprache und ein weiteres, kürzlich geführtes Interview mit dem finnischen Präsidenten Niinistö. Wie im Falle Griechenlands und Zyperns sind wir von der Tatsache ausgegangen, dass Finnland seit vielen Jahren ein Vorbild für freundschaftliche Beziehungen zwischen Staaten ist. Seit den Tagen, als es noch „Koexistenz von Ländern mit unterschiedlichen sozio-politischen Systemen“ hieß. Ich war überrascht von der Geschwindigkeit, mit der Finnland (wie auch Schweden) seine Rhetorik abrupt geändert hat. Offensichtlich steckt dahinter ein Positionswechsel, oder diese Position war so antirussisch, dass sie nur durch schöne Phrasen über die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Hauses und die Achtung der Grundsätze der Schlussakte von Helsinki gut getarnt wurde. Es wurde sogar darüber gesprochen, dass es wünschenswert wäre, 2025 ein Gipfeltreffen in Helsinki einzuberufen, um den 75. Jahrestag der Gründung der OSZE zu feiern. Ich weiß es nicht. Ich war natürlich von diesen Aussagen überrascht. S. Niinistö verglich direkt, dass Putin die Ukraine angreift, so wie Stalin Finnland angegriffen hat. So wie Stalin Finnland angegriffen hat, so wird Putin in der Ukraine verlieren. Um ehrlich zu sein, ein ziemlich primitiver Monolog. Aber die Anspielungen auf Nazi-Deutschland spiegeln die Tatsache wider, dass Herr Niinistö oft daran denkt. Ich finde, die Finnen sollten sich gut an die Geschichte erinnern, denn sie waren (tatsächlich) keineswegs unschuldige Opfer der Prozesse, die vor

minister B. Le Maire sagte, die Amerikaner müssten irgendwie dazu gebracht werden, ihre Interessen stärker zu berücksichtigen, denn die Industrie in Europa zahle viermal mehr für Gas als die Industrie in den USA.

Insgesamt bedeutet die Umstellung auf Flüssigerdgas „auf lange Sicht“, trotz der noch immer zu beobachtenden Preisschwankungen, einen erheblichen Anstieg der Produktionskosten in Europa. Es ist schon komisch, dass die Europäer vor vielen Jahren anfangen zu fordern, dass wir keine langfristigen Verträge abschließen, sondern zu Spotpreisen übergehen. Als die Ereignisse in der Ukraine begannen und die Europäer beschlossen, sich nach neuen Energiequellen umzusehen, begannen sie in Katar zu verhandeln. Das Emirat sagte „gerne“, bitte Vertrag für mindestens 15 Jahre. Die Europäer gingen zu Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Ich habe gestern einen Bericht gelesen, wonach die Amerikaner gesagt haben, wir werden euch einen guten Preis geben, aber nur im Rahmen von langfristigen Verträgen. Verlässlichkeit, die Fähigkeit, eine nachhaltige Perspektive zu haben, ist also wichtiger, als jeden Tag den Zickzackkursen der einen oder anderen Börse zu folgen. Aber die europäische Industrie hat bereits begonnen, in die USA zu gehen. Einige politische Analysten, auch aus dem Westen, sind der Meinung, dass eines der Ziele der Vorgänge um die Ukraine darin besteht, die Wettbewerbsfähigkeit Europas drastisch zu verringern. Dies ist ein Schritt zur Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit Chinas und anderer Konkurrenten

Wort „Verhandlungen“ hören wollen, wollen sie leider selbst nicht und manipulieren diesen Begriff auf jede erdenkliche Weise, um diesen Krieg gegen Russland so lange wie möglich zu verlängern.

F: Welchen Platz nehmen die arabischen Staaten in der Außenpolitik der Russischen Föderation ein? Wurden die Prioritäten für diese Länder im Jahr 2022 überarbeitet?

Sergej Lawrow: Die Araber sind unsere langjährigen und treuen Freunde. Wir unterhalten regelmäßige Kontakte sowohl auf bilateraler Ebene als auch mit der Arabischen Liga und dem Golfkooperationsrat. Gestern hatte ich ein weiteres Treffen mit allen Botschaftern der Arabischen Liga. Im Mai 2022 war ich am Sitz der Arabischen Liga in Kairo. Ich habe mich dort an alle Mitgliedsländer gewandt. Ich sehe ein Verständnis für unsere Position. Es geht bei weitem nicht darum und nicht einmal um die Ukraine, sondern um den Kampf um eine neue Weltordnung zwischen denjenigen, die glauben, dass die Welt vollständig ihren „Regeln“ unterworfen werden sollte, was die Vorherrschaft der USA und ihrer Satelliten bedeutet, und denjenigen, die eine demokratische Weltordnung wollen.

Es wurde schon mehr als einmal gesagt. Die westlichen Länder fordern ständig von allen Demokratie, haben aber nur die innere Ordnung dieses oder jenes Staates im Sinn. Abgesehen davon haben Sie natürlich kein Recht, auch nur Fragen zur Demokratie in den USA zu stellen. Es gibt Studien darüber, wie die letzten Wahlen dort abliefen: Tote wurden gewählt, eine Kongressabgeordnete erhielt doppelt so viele Stimmen wie registrierte Wähler in ihrem Wahlbezirk, Briefwahl und mehr. Das können Sie nicht tun. Sobald man anfängt, mit ihnen über die Demokratie der internationalen Beziehungen zu sprechen, verschwinden sie. Das wollen sie nicht. Sie wollen „Regeln“ für die Welt. Nicht das internationale Recht, das die Demokratie sicherstellt, in dem alle Länder souverän gleich sind, sondern „Regeln“, in denen sie alles diktieren. In der NATO-EU-Erklärung heißt es: im Interesse der „Milliarden“. Der „Dschungel“ muss geschützt und auf koloniale Weise genutzt werden.

Keines der arabischen Länder hat sich den Sanktionen angeschlossen, trotz des beispiellosen, brutalen, rücksichtslosen und selbstironischen Drucks des Westens. Als ich vor meiner Rede bei der Arabischen Liga war, sagte mir der Generalsekretär der LAS, dass eine Delegation westlicher Botschafter drei Tage vor meiner Ankunft zu ihnen gekommen sei und verlangt habe, dass ich meine Rede absage. Sie erhielten eine höfliche Antwort, dass dies nicht möglich sei, da das LAS mit Russland befreundet sei. Dann forderten sie, dass nach meiner Rede alle Mitglieder der Arabischen Liga aufstehen und die russische Aggression verurteilen sollten. Auch hierauf erhielten sie die höfliche Antwort, dass jedes Land seinen eigenen Standpunkt vertrete und die Entscheidung bei ihm liege. Und die dritte Bitte ist meiner Meinung nach die demütigendste für den Westen - zumindest, nicht mit mir fotografiert zu werden. Ich scherze nicht.

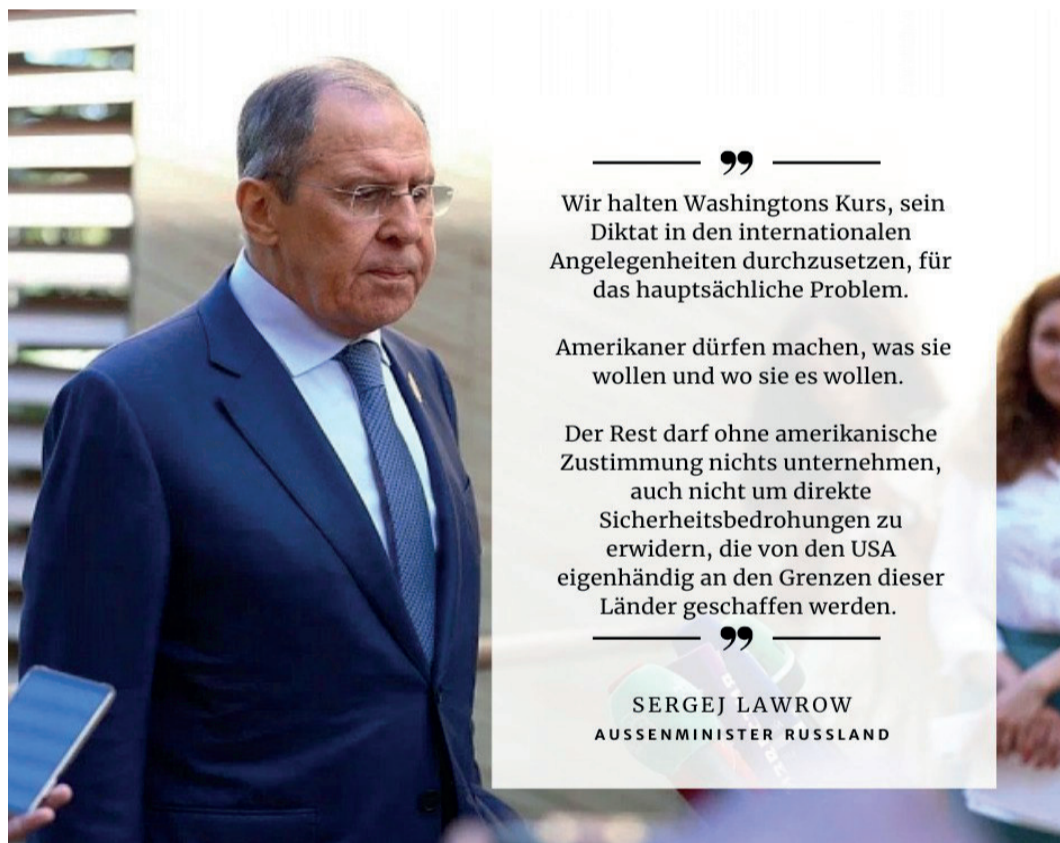
Dann brachten die Mitarbeiter des Sekretariats alles „zu Papier“ und schickten es an alle Botschaften, um ihnen mitzuteilen, dass sie eine solche Demarche erhalten hatten. Ich möchte nicht sagen, dass ich mich dadurch in irgendeiner Weise geschmeichelt fühlte, aber um der Geschichte willen möchte ich anmerken, dass ich nach dieser Rede (die über eine Stunde dauerte) gebeten wurde, mit jedem dieser Botschafter ein eigenes Foto zu machen. Das scheint eine Kleinigkeit zu sein, die aber in vielen anderen Ländern, insbesondere in Europa, viel politischen Mut erfordert hätte. In unseren Beziehungen zur arabischen Welt ist ein Aufwärtstrend zu verzeichnen. Natürlich müssen wir in unseren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen die illegalen Sanktionen und die „Agonie“ berücksichtigen, die wir jetzt von denen erleben, die das internationale Währungs- und Finanzsystem leiten. Wir bauen neue Lieferketten auf, die vor diesen „Kolonisatoren“ geschützt sind. Wir gehen immer mehr dazu über, in nationalen Währungen abzurechnen. Wir haben viele globale Projekte. In Ägypten bauen wir mit russischer Beteiligung ein Kernkraftwerk und eine Industriezone. Es gibt viele Projekte in Algerien. Mit Marokko gibt es ehrgeizige Pläne. Sie bestehen mit praktisch allen afrikanischen Ländern. Es gibt zwischenstaatliche Kommissionen für den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit arabischen Ländern. Auf

der Ebene der außenpolitischen Agenturen haben wir das Russisch-Arabisches Kooperationsforum. Ein paar Jahre lang konnten wir uns wegen der Pandemie nicht persönlich treffen. Derzeit diskutieren wir mit der Zentrale der Arabischen Liga, das nächste Ministertreffen nach dem Ermessen unserer Partner entweder in einem Land der Region abzuhalten, oder wir sind jederzeit bereit, es in der Russischen Föderation auszurichten. Wenn wir von der arabischen Welt sprechen, kann man nicht umhin, die offensichtliche Unzufriedenheit unserer Kollegen darüber zu erwähnen, dass der Westen zwar täglich etwas in Bezug auf die Ukraine fordert, aber in der Palästina-Frage überhaupt nichts tut. Es ist zutiefst frustrierend, dass sowohl Palästina als auch die libysche Lösung, die nach der Zerstörung Libyens durch den Westen keinerlei Fortschritte gemacht hat, auf der Stelle treten. Die Probleme mit dem Irak bleiben bestehen. All diese und andere Probleme der Region sind für den Westen von sekundärer, wenn nicht gar tertiärer Bedeutung, wenn man sie mit der Tatsache vergleicht, dass es notwendig ist, Russland zu erschöpfen und ihm eine strategische Niederlage zuzufügen. Unsere Kollegen sehen, dass wir eine andere Position haben. Wir wissen das zu schätzen. Wir lassen in unseren Bemühungen in der Palästina-Frage, in Syrien und bei der Lösung der Libyen-Frage nicht nach. Was den Irak betrifft, so planen wir Kontakte auf hoher Ebene mit unseren iranischen Kollegen. Es ist wichtig, dass wir diese Konflikte nicht vergessen. Vor allem der Palästina-Konflikt ist der älteste ungelöste Konflikt der Welt. Der UN-Generalsekretär könnte diese Agenda als Mitglied des Quartetts der internationalen Vermittler etwas aktiver fördern.

F: Sie erinnern sich an die Stadt Raqqa und die räuberische, aggressive US-Politik, die die Stadt in Ruinen verwandelt hat. Die illegalen, ungerechten und einseitigen Sanktionen gegen das syrische Volk, die Besetzung von Teilen des syrischen Landes verlängern die Krise in Syrien und verschlechtern die Lebensbedingungen des syrischen Volkes. Wie kommentieren Sie die Verletzung des internationalen und humanitären Rechts durch die Vereinigten Staaten und ihre Satelliten gegen die SAR und das Verbot der Rückkehr der Flüchtlinge in ihr historisches Land?

Sergej Lawrow: Wir könnten noch lange darüber reden. Die Sanktionen sind inakzeptabel. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die Behauptung des Westens, seine Sanktionen hätten keine Auswirkungen auf die einfachen Menschen, eine Lüge ist. Sanktionen zielen genau darauf ab, dass es den Menschen schlechter geht und sie sich gegen ihre Regierungen auflehnen. Eine so offensichtliche, triviale Sache. Es gibt humanitäre Ausnahmen. Sehen Sie sich die Menge an humanitärer Hilfe an, die nach Syrien kommt. Wenn man von den Parametern ausgeht, die die UNO für notwendig hält, und von dem, was tatsächlich nach Syrien kommt, ist es etwa die Hälfte. Eine der schlechtesten Zahlen aller humanitären Programme. Der Westen will wirklich nicht, dass die Flüchtlinge nach Syrien zurückkehren. Sogar das UN-Flüchtlingshilfswerk verteilte vor einigen Jahren in einem syrischen Flüchtlingslager im Libanon einen speziellen Fragebogen, der direkt zu der Aussage führte, Syrien sei schlecht und es sei besser, im Libanon zu bleiben. Wir haben einen Skandal verursacht. Sie haben sich bei uns entschuldigt. Der Fragebogen wurde mitgenommen. All dies zeigt, wie Flüchtlinge von der „internationalen Gemeinschaft“ behandelt werden. Der Grund dafür ist politisch. In der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrates werden Wahlen für die gesamte syrische Bevölkerung gefordert usw. Der Westen ist sehr darauf bedacht, bei diesen Wahlen (obwohl die Arabische Republik Syrien ihre eigenen Wahlen ohne jegliche westliche Einmischung abgehalten hat) irgendwann eine Art „große Wahl“ unter Beteiligung der Flüchtlinge durchzusetzen. Sie wissen, wie sie in den Flüchtlingslagern das „richtige“ Votum für die von ihnen genährte Opposition abgeben können. Die Sache ist offensichtlich und unansehnlich. Die Amerikaner haben erkannt, dass es sinnlos ist, einen Guaido für Venezuela zu „fördern“, und dass sie mit denen zusammenarbeiten müssen, die das Mandat des Volkes haben. Die gleichen Tendenzen zeigen sich nun auch bei Präsident B. Assad. Die Amerikaner haben die Kontakte mit den Syrern in Bezug auf

Weiterlesen auf Seite 15



„ Wir halten Washingtons Kurs, sein Diktat in den internationalen Angelegenheiten durchzusetzen, für das hauptsächliche Problem.

Amerikaner dürfen machen, was sie wollen und wo sie es wollen.

Der Rest darf ohne amerikanische Zustimmung nichts unternehmen, auch nicht um direkte Sicherheitsbedrohungen zu erwidern, die von den USA eigenhändig an den Grenzen dieser Länder geschaffen werden.

SERGEJ LAWROW
AUSSENMINISTER RUSSLAND

und nach dem Zweiten Weltkrieg stattfanden. Es ist bedauerlich, dass alles, was in Europa geschaffen wurde (und zu einem großen Teil auch die führende Rolle Finnlands), nun über Nacht zu Fall gebracht wurde, nicht zuletzt durch Finnland selbst. Aber wir sind Nachbarn. Das wird sich nicht ändern. Finnland will unbedingt der NATO beitreten und meint, dass dies seine Sicherheit garantieren wird. Aber wie wir schon sagten, müssen wir aus dem Beitritt Finnlands und Schwedens zum Bündnis (falls es dazu kommt) Konsequenzen ziehen und entsprechende militärische und technische Maßnahmen auf unserer Seite der Grenze ergreifen. Ich habe den Neo-Imperialismus nicht erwähnt. Ihr Nachbar sagte, wir würden uns wie andere imperiale Mächte verhalten. Das ist eine Frage des Geschmacks. Was die kolonialen Gewohnheiten betrifft, so hat Präsident Putin darüber gesprochen. Es ist eine echte Bewertung dessen, was der Westen zu tun versucht. Kolonialismus ist, wenn man jemanden gefangen nimmt und auf dessen Kosten lebt. Aber es gibt viele Möglichkeiten der Invasion. Im 17. Jahrhundert wurden Sklaven in ein Schiff gestopft, und man kann alle Pläne, Programme eines Landes oder einer Struktur seinem Willen unterwerfen, so wie es die Amerikaner jetzt mit der Europäischen Union tun. Island ist nicht Mitglied der Europäischen Union. Sie haben Glück. Die EU hat nun ihre Unabhängigkeit vollständig verloren. Sie ist im Wesentlichen ein Attribut der NATO. In der EU gibt es „durchschlagende“ öffentliche Erklärungen, dass sie diskriminiert werden. Der französische Wirtschafts-

auf den Weltmärkten. Natürlich kommt der Kolonialismus in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern am deutlichsten zum Ausdruck. Schauen Sie sich an, wohin die amerikanischen Investitionen fließen. Sie sind zwangsläufig mit politischen Forderungen oder der Entsendung amerikanischer Truppen verbunden. Ich sehe da keinen großen Unterschied. Ich weiß, dass viele Wissenschaftler dieses Phänomen des Kolonialismus bereits in einem neuen Kontext untersuchen, es ist nicht einmal Neokolonialismus. Von den Zielen her ist es reiner Kolonialismus. Unterwerfung und Ausbeutung von Ressourcen zu ihrem eigenen Vorteil.

Frage: Die Diplomatie hat viele Werkzeuge, vor allem das Wort. Welches Wort war Ihrer Meinung nach im Jahr 2022 in der Welt der Diplomatie das tragischste, welches das hoffnungsvollste und welches das Wort, das die ganze Welt heute hören muss?

Sergej Lawrow: Das ist eine lyrische Frage. Wir denken mehr über konkrete Dinge nach, wir würden Sie bitten zu beschreiben, was wir tun. Ich habe keine Angst, das Wort „Krieg“ auszusprechen. Was jetzt geschieht, ist unsere Reaktion, die, wie der Präsident sagte, vielleicht schon etwas früher hätte erfolgen sollen. Es ist eine Antwort (es ist noch nicht zu spät) auf die hybride Kriegsführung, die gegen uns geführt wird. Unter diesem Motto treibt der Westen nun in verschiedenen Variationen seine Agenda voran. Das Wort, das Hoffnung macht, ist „Sieg“. Und das dritte Wort. Ich glaube, das Wort ist „Sieg“. Diejenigen, die das

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 5

Kriegsgefangene eingestellt. Andere Länder, darunter die Türkei, haben sich für eine Normalisierung der Beziehungen zu Damaskus ausgesprochen. Der türkische Präsident R. Erdogan hat sich zu einem Treffen mit ATS-Präsident B. Assad bereit erklärt. Sie haben uns gebeten, dies zu erleichtern. Die Verteidigungsminister der Türkei und Syriens haben sich mit russischer Unterstützung getroffen, die Außenminister bereiten ein Treffen vor. Die arabischen Länder haben Syrien entweder nicht verlassen und ihre Botschaften dort belassen oder sie dorthin zurückgeschickt. Die Vereinigten Arabischen Emirate beispielsweise, ein Land mit reicher Mediationserfahrung, setzen die Mediation zunehmend für gute Zwecke ein. Wir wissen das zu schätzen. Das Leben wird uns zwingen, all diese Fragen auf der Grundlage der Realitäten zu betrachten und nicht auf der Grundlage eines Idealbildes, das jemand in seinen geopolitischen Konstruktionen für sich selbst malt. Eines der Hauptprobleme ist jedoch Idlib. Es ist notwendig, dass die Vereinbarungen über die Unzulässigkeit von Terroristen, die sich dort aufhalten, umgesetzt werden. Und dann ist da noch der Nordosten, wo Kontakte zwischen der Regierung und den Kurden hergestellt werden müssen. Wir verstehen die Besorgnis unserer türkischen Kollegen über dieses Problem, ihre Verärgerung darüber, dass die USA die Kurden benutzen wollen, um erstens einen Quasi-Staat in Ostsyrien zu schaffen und zweitens die Kurden dazu zu bringen, die Anweisungen Washingtons auszuführen und ständig für Irritationen in der Region zu sorgen. Mein Kollege, der türkische Außenminister M. Çavuşoğlu, erinnerte mich daran, dass Russland 2019 ein Memorandum mit der Türkei unterzeichnete, in dem wir uns verpflichteten, den Kurden die Zusammenarbeit zu erleichtern, sich in einem gewissen Abstand von der türkischen Grenze zurückzuziehen, ähnlich dem Sicherheitsabkommen von Adana zwischen der Türkei und Syrien von 1998. M. Çavuşoğlu, mein guter Freund, sagte, dass Russland noch nicht alles vollständig umgesetzt hat. Richtig. Das ist ein kompliziertes Thema. Aber wir hatten noch andere Abkommen mit den Türken als das über den Nordosten. Der russische Präsident Putin und der türkische Präsident Erdogan haben ein Protokoll über Idlib unterzeichnet. Darin verpflichtete sich die Türkei, die Opposition, die mit der Republik Türkei zusammenarbeitet, von Jabhat al-Nusra und ihren anderen Inkarnationen zu trennen, damit sich die Terroristen nicht frei fühlen. Für 2020 haben wir uns auf eine gemeinsame russisch-türkische Patrouille auf der Straße M4 nach Aleppo geeinigt. Auch das hat bisher nicht geklappt. Deshalb ist es notwendig, die vereinbarten Aufgaben weiterhin zu erfüllen. Sie bleiben in vollem Umfang relevant. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Syriens spielt eine wichtige Rolle. Der Westen versucht auf Biegen und Brechen, Kanäle für humanitäre Lieferungen ohne Kontrolle durch Damaskus über die türkische Grenze nach Idlib aufrechtzuerhalten. Wir haben jetzt nur noch einen solchen Punkt übrig, und auch nur unter der Bedingung, dass die legalen, international definierten Methoden der Bereitstellung humanitärer Hilfe, d.h. durch die Regierung der Arabischen Republik Syrien, zunehmen und die „Tür“ für die Finanzierung von Projekten zur frühzeitigen Erholung öffnen. Das heißt, nicht nur Lebensmittel und Medikamente zu liefern, sondern auch Krankenhäuser, Schulen, Wasser- und Energieversorgung zu reparieren. Dies wurde uns nicht nur versprochen, sondern es wurde eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verabschiedet. Sie wurde unter anderem von den Amerikanern aktiv unterstützt. Bereits im zweiten Jahr sehen wir nur sehr geringe Fortschritte. Dies ist auch eine Aufgabe, die die UNO aktiver angehen sollte.

F: Die Beziehungen zwischen Russland und den USA sind nicht die besten. Was muss aus russischer Sicht von Washington unternommen werden, um die Beziehungen wieder auf Kurs zu bringen? Inwieweit verhindern die angespannten Beziehungen zwischen Russland und den USA die Lösung anderer Krisen, wie die im Jemen, in Syrien, Libyen und Iran?

Sergej Lawrow: Wenn zwei einflussreiche Länder nicht zusammenarbeiten und größtenteils nicht einmal miteinander reden, beeinträchtigt dies immer ihre Fähigkeit, zur Lösung eines bestimmten internationalen Problems beizutragen, bei dem

gemeinsame Anstrengungen erforderlich sind. Dies ist ein objektiver Faktor. Was muss geschehen, damit sich diese Beziehungen normalisieren? „Normal“ ist ein solcher „Begriff“. Es wird nicht mehr so sein, wie es war. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte kürzlich, dass es zwischen Russland und der NATO und dem Westen keine Beziehungen mehr geben werde, wie sie in der Vergangenheit bestanden.

Wir haben schon vor langer Zeit gesagt, dass es keine Lügen mehr geben wird, keine Dokumente mehr zu unterzeichnen und sich dann zu weigern, sie umzusetzen. Dies war der Fall bei der Erklärung des NATO-Russland-Rates, der OSZE-Erklärung von Istanbul, der auf dem Gipfeltreffen von Astana 2010 angenommenen OSZE-Erklärung, der Vereinbarung zur Beilegung der Krise in der Ukraine im Februar 2014 (für die Deutschland, Frankreich und Polen bürgten) und den Minsker Vereinbarungen, die nicht nur von Deutschland und Frankreich unterzeichnet, sondern auch vom UN-Sicherheitsrat einstimmig angenommen wurden. Alle diese Abkommen waren nicht einmal dazu gedacht, vom Westen umgesetzt zu werden. Sie haben uns einfach ins Gesicht gelogen, als sie diese feierlichen Verpflichtungen auf der Ebene von Präsidenten und Premierministern unterzeichneten. Deshalb haben wir schon früher aufgehört, uns auf unser Wort zu verlassen.

Warum sollten wir uns auf unser Wort verlassen? In Russland war es üblich, dass Kaufleute, wenn sie sich auf etwas einigten, nichts unterschrieben, sondern „in die Hände klatschten“ und das war's. Wenn Sie keine Leistung erbringen würden, würde Sie niemand respektieren. Das wurde uns abgewöhnt, nachdem sie versprochen hatten, die NATO nicht zu erweitern. Dann haben wir angefangen, politische und sogar rechtsverbindliche Dokumente zu schreiben. Die Resolution des Sicherheitsrates zu den Minsker Vereinbarungen ist ein rechtsverbindliches Dokument. Jetzt werden wir aufgefordert, dass Russland sich aus der Ukraine zurückziehen und die UN-Charta vollständig einhalten muss. Sie besagt übrigens, dass alle UN-Mitglieder verpflichtet sind, die Resolutionen des Sicherheitsrates einzuhalten. Die Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Ukraine wurde sabotiert und hat es nicht ermöglicht, den Konflikt so zu lösen, dass er nicht noch mehr Leid verursacht. Das ist für mich eine offensichtliche Sache. Unsere westlichen „Freunde“ haben vor einiger Zeit einen Beschluss der UN-Generalversammlung „aufgehalten“, der besagt, dass jedes Mal, wenn jemand im UN-Sicherheitsrat ein „Veto“ einlegt, die Generalversammlung innerhalb von zehn Tagen zu demselben Thema zusammentreten und die Gründe für die Einlegung des Vetos erfahren sollte. Wir waren uns einig. Wir haben nichts zu verbergen. Wir erklären immer alle unsere Abstimmungen, unsere Abstimmungsentscheidungen. Es stellt sich aber noch eine andere Frage: Warum will die UN-Generalversammlung nicht die Frage der Resolutionen prüfen, gegen die niemand ein Veto eingelegt hat, die zwar angenommen wurden, aber von niemandem umgesetzt werden? Zum Beispiel die Entschließungen zur palästinensischen Siedlung. Sie wurden im UN-Sicherheitsrat angenommen, es gibt einstimmige Resolutionen darunter. Sie sind in Vergessenheit geraten. Wenn in der Generalversammlung über Palästina diskutiert wird, beklagen sie die mangelnde Umsetzung. Aber niemand denkt daran, eine Sitzung einzuberufen, um die Frage zu stellen, warum die Resolution, mit der die Minsker Vereinbarungen zur Ukraine angenommen wurden, nicht umgesetzt wurde. Oder besser gesagt, sie tun es, aber niemand braucht es. Stattdessen diskutieren sie völlig phantasmatische Ideen über die Schaffung eines „Tribunals“, eines „Mechanismus“ zur Wiedergutmachung durch die Russische Föderation. Sollen sie doch. Was auch immer das Kind braucht... Aber die Ukrainer und ihre Gönner brauchen all diese Tribunale nicht mehr als die Tribüne, von der aus sie die Luft schütteln. Sonst nichts. Es waren nicht wir, die die Beziehungen zu den USA „ruiniert“ haben. Nach dem Treffen zwischen US-Präsident Biden und dem russischen Präsidenten Putin im Juni 2021 in Genf, bei dem sie die Gorbatschow-Reagan-„Formel“ bestätigten, dass es in einem Atomkrieg keine Gewinner geben kann, er darf niemals entfesselt werden, haben wir dies aktiv gefördert. Die Amerikaner waren einverstanden. Es ist lobenswert, dass die Biden-Administration im

Gegensatz zur Trump-Administration diese Idee sofort unterstützt hat, so dass wir im Januar 2022 die gleiche Erklärung über die Unzulässigkeit eines Atomkriegs (auf unserer Initiative hin) im Namen der Führer aller fünf Atomkräfte abgeben konnten. Ihre zweite Vereinbarung war die Aufnahme eines strategischen Dialogs über die Frage, was den Vertrag über strategische Offensivwaffen ersetzen könnte, der jetzt in Kraft ist und Anfang 2026 ausläuft. Wir haben ihn mit Diplomaten, Militärs und Geheimdiensten begonnen. Im Juli und September 2021 fanden zwei Gesprächsrunden statt, bei denen mehr oder weniger klar war, in welche Richtung es gehen sollte, und die organisatorischen Formen der weiteren Diskussion besprochen wurden (auch das ist wichtig). Nach dem September 2021 unterbrachen die Amerikaner plötzlich diesen strategischen Dialog. Jetzt sagen sie, dass sie wieder aufgenommen werden muss. Wir haben es nicht abgebrochen. Wir haben den Abbruch unserer Kontakte und Interaktionen in keinem Bereich veranlasst. Es waren die Vereinigten Staaten, die das getan haben. Wir werden ihnen nicht „hinterherlaufen“ und sagen „lasst uns wieder Freunde sein“. Sie wissen, dass wir seriöse Menschen sind und dass wir eine seriöse Anfrage immer ernsthaft beantworten werden. US-Präsident Biden bat den russischen Präsidenten Putin, SVR-Direktor Naryschkin um ein Treffen mit CIA-Chef W. Burns zu bitten. Sie war recht ernsthaft und nützlich, auch wenn sie keine Durchbrüche brachte. Ein ernsthafter, von gegenseitigem Respekt geprägter Dialog an sich und nicht ein Treffen, bei dem alle Todsünden angeklagt werden, ist immer nützlich. Es liegt also nicht an uns.

Frage: Um das Thema der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten fortzusetzen, würden wir gerne wissen, wann der neue US-Botschafter in Russland eintreffen wird? Wie sieht es heute mit der Wiederaufnahme der Arbeit der diplomatischen Mission bei der Ausstellung von Visa für Russen aus? Ist das russische Außenministerium seinerseits bereit, den Dialog mit den Vereinigten Staaten in diesem Bereich zu fördern?

Sergej Lawrow: Ich weiß nicht, wann die neue Botschafterin eintreffen wird, sie hat bereits alle Formalitäten erledigt. Die Entscheidung darüber liegt bei der amerikanischen Seite. Sie hat einen Angreifer von unserer Seite aus gibt es keine Hindernisse für ihre Ankunft. Was die Arbeitsbedingungen in den Botschaften betrifft. Genau wie im vorherigen Fall haben wir nie Maßnahmen ergriffen, um die Arbeit der Diplomaten zu behindern. All das, was wir jetzt erleben, wurde von Nobelpreisträger B. Obama im Dezember 2016, drei Wochen vor der Amtseinführung von D. Trump, begonnen. Als B. Obama das Weiße Haus verließ, beschloss er, seinem „Nachfolger“ Schaden zuzufügen: Er nahm uns unser Eigentum weg und schmiss unsere Diplomaten raus. Das war unbedeutend und eines Mannes, der sich Präsident der Vereinigten Staaten nennt, nicht würdig. Danach erhielten wir Anrufe von D. Trumps Vertretern, die uns sagten, dass D. Trump noch nicht Präsident sei, aber sie dächten, es sei falsch gemacht worden. Die Amerikaner waren zuversichtlich, dass wir reagieren würden. Sie baten uns, darauf zu warten, dass D. Trump ins Weiße Haus „kommt“, und sie sagten, sie würden irgendwie versuchen, „die Dinge zu klären“. Wir haben eine Pause eingelegt. Sechs Monate sind vergangen. Er durfte nichts „regeln“, auch wenn er das wollte. Wir mussten mit der Ausweisung von Diplomaten und der Verhängung einer Sonderregelung für eine Reihe amerikanischer Immobilien in Moskau reagieren. Danach nahmen sie Anstoß daran: Wie kann es sein, dass wir sie auf „gleicher Augenhöhe“ rausschmeißen? Es war kein gleiches Spielfeld, es war bereits von B. Obama „markiert“ worden. So begann die Kettenreaktion. Jetzt haben wir keine Parität. Das Verhältnis der Diplomaten ist eindeutig zugunsten der USA. Die Gesamtzahl, die für uns und für sie gleich ist, schließt in unserem Fall das Personal der Ständigen Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen ein, das nichts mit den bilateralen Beziehungen zwischen Russland und den USA zu tun hat. Unter anderen Umständen hätten sie bei dieser Paritätszahl nicht „mitgezählt“ werden dürfen. Und sie zählen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass es sich um 140 Personen handelt. Hier haben die Amerikaner einen großen „Vorsprung“. Wenn sie „weinen“, dass es niemanden gibt, der Visa ausstellt, sollten Sie

das nicht glauben. Glauben Sie es nicht. Wir haben 140 Personen weniger, um Visa auszustellen. Wir haben die Ausstellung von Visa nicht eingestellt, wir haben keine US-Bürger nach Venezuela, Kuba oder Nicaragua geschickt, um Visa zu beantragen. Das könnten wir haben. Aber wir sind nicht kleinlich. Wir versuchen, ernsthafte Menschen zu sein.

F: China hat in letzter Zeit viel über Frieden gesprochen, über die Notwendigkeit von Frieden in unserer Welt, über eine Politik der Nichtkonfrontation, der Blockfreiheit. Der Westen spricht jedoch aktiv von der „russisch-chinesischen Allianz“ und macht der Welt damit manchmal sogar Angst. Die typische Taktik des Westens besteht darin, alles zu zerstören, was ihnen nicht gefällt. Versuche des Westens, sich mit Russland und China im heutigen Russland anzulegen: Informationsangriffe, Kompromat, usw. - ist es der typische Stil Amerikas?

Sergej Lawrow: Unsere Beziehungen zur Volksrepublik China erleben die besten Zeiten in der Geschichte der Zusammenarbeit. Unsere führenden Politiker - der russische Präsident Wladimir Putin und der chinesische Präsident Xi Jinping - sagen dies. Dies wird in gemeinsamen Dokumenten festgehalten, von denen das jüngste am 4. Februar 2022 anlässlich des Besuchs des russischen Präsidenten in der VR China verabschiedet wurde. Dabei handelt es sich um die Gemeinsame Erklärung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China zu den internationalen Beziehungen in einer neuen Ära und zur globalen nachhaltigen Entwicklung. Ein aussagekräftiges Dokument, das alle wichtigen weltanschaulichen Fragen im Zusammenhang mit der Solidarität unserer beiden Länder widerspiegelt. Chinesische Freunde bezeichneten die Beziehung einmal als weder ein Bündnis noch eine Allianz, aber in vielerlei Hinsicht stärker als eine Allianz. Sie ist pragmatisch, vertrauensvoll, von gegenseitigem Respekt geprägt und basiert auf einem Ausgleich der Interessen. Was genau ist das ideale Format für die Beziehungen zu einem anderen Land? Sie stützen sich ausdrücklich auf die Grundsätze der UN-Charta. Das Handelsvolumen zwischen Russland und China hat in diesem Jahr bereits einen Rekord erreicht. Im Jahr 2022 sind es etwas weniger als 200 Mrd. \$ (ich zähle alles in Dollar, es ist Zeit, in Rubel und Yuan zu zählen. Das wird wahrscheinlich bald der Fall sein). Moskau und Peking stimmen sich auf der internationalen Bühne, auch bei den Vereinten Nationen, bei der Bewältigung neuer Herausforderungen und Bedrohungen durch die SCO und die BRICS eng ab. Zusammenarbeit zwischen der EAEU und China bei der Harmonisierung der eurasischen Integration und Chinas Projekt „One Belt, One Road“. Militär, militärisch-technische Zusammenarbeit, gemeinsame Übungen. All dies stärkt unsere strategische Partnerschaft. Der Westen kann das sehen. Sie haben gefragt, ob wir Hinweise darauf haben, dass sie versucht, Zwietracht in unseren Beziehungen zu stiften. Sie müssen nicht einmal danach suchen. Sie sind öffentlich zugänglich. In den Strategien, die in den USA entwickelt werden (Sicherheitsdoktrin, NATO-EU-Erklärung), werden Russland und China aufgeführt. Eine kleine Nuance: Wir werden als unmittelbare Bedrohung angesehen, die so schnell wie möglich „erledigt“ werden muss, während China als langfristige, große, ernsthafte, systemische Herausforderung angesehen wird. Daher müssen sie nach westlichem Verständnis länger „behandelt“ werden. Viele unabhängige Beobachter schreiben, dass die Amerikaner und die Europäer den Fehler begehen, Russland und China gleichzeitig eindämmen zu wollen. Offenbar fühlen sie sich dazu in der Lage. Die USA könnten es niemals allein schaffen. Das ist eine eindeutige Schlussfolgerung. Es ist kein Zufall, dass sie Europa „versklavt“ haben, es ganz in den Dienst ihrer Herrschaftsstrategie gestellt haben. Das Gleiche tun sie jetzt mit Japan. Sie versuchen zweifellos, Neuseeland und Kanada in die AUKUS-ähnlichen Bündnisse einzubinden, so dass die angelsächsischen P5 die volle Kontrolle über sich selbst haben werden. „Sie machen einen Vorstoß gegen Südkorea. Um ihren Herrschaftskurs zu verfolgen, der in erster Linie darauf abzielt, Russland und China einzudämmen, fehlen den Amerikanern eigene Kräfte. Deshalb brauchen sie eine vollständige (nicht mehr partielle) Mobilisierung des „westlichen Lagers“.

Weiterlesen auf Seite 16

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 6

Und genau das tun sie jetzt. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass ihnen die Kraft ausgeht, dem objektiven historischen Trend zur Bildung einer multipolaren Welt etwas entgegenzusetzen. Wir und die Chinesen sehen, dass der Westen trotz der doppelten Absicht, Moskau und Peking einzudämmen, versucht, Zwietracht in unsere Beziehungen zu bringen. Sie wollen uns besiegen, um Russland davon zu überzeugen, ein Partner des Westens zu werden, der Gnade walten lässt und die Sanktionen aufhebt. Russland wird ein Partner des Westens werden und sich zumindest nicht einmischen und im Idealfall helfen, China einzudämmen. Ich weiß nicht, welche Analysten diese Art von Theorien entwickeln. Sie haben eindeutig keinen Bezug zum Leben. China und ich sehen all diese „Spiele“. Wir wissen, dass China sehr viel stärker in die modernen Globalisierungsprozesse eingebunden ist. Es hat eine unermesslich größere Wirtschaft als wir, Währungsreserven, die in westlichen Währungen gehalten werden. Für die VR China ist der Ausstieg aus der westlichen Abhängigkeit viel schwieriger als für die Russische Föderation. Dies wurde uns durch die „zusammenbrechenden“ Sanktionen etwas erleichtert, die uns schließlich zu dem Schluss geführt haben, dass man sich auf diese Leute, die uns in ihr Wirtschaftssystem „geloockt“ haben, nicht mehr verlassen kann, dass man ihnen nicht mehr trauen kann. Gestern hat der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit Regierungsmitgliedern unseren Kurs noch einmal bekräftigt. Ich habe keinen Zweifel daran, dass auch seine chinesischen Kollegen diese Gefahr sehen. Die westlichen Sanktionen gegen China haben bereits begonnen - sie betreffen alles, was mit Chinas Fähigkeit zur Herstellung von Mikroprozessoren/Halbleitern zu tun hat. Es wurde lautstark verkündet, dass es keine Abhängigkeit mehr von China geben soll. Alles muss sein eigenes Ding sein, und die Amerikaner nehmen diese Produktion wieder auf. Solche Sanktionen gegen Peking werden auch weiterhin verhängt werden. Ohne Schritte zu unternehmen, die unsere Beziehungen in der Praxis untergraben und den Wirtschaftsakteuren schaden könnten, gehen wir gemeinsam mit der VR China schrittweise dazu über, unsere Abhängigkeit von solchen westlichen Instrumenten und unzuverlässigen Partnern zu verringern. Etwa die Hälfte unseres Handelsumsatzes wird in Renminbi und Rubel abgewickelt. Dieser Anteil wächst und wird weiter zunehmen. China ist sich sehr wohl bewusst, dass mit der doktrinären Haltung des Westens (erst Russland, dann China) nicht zu spaßen ist und dass der Westen, wie es in dem Lied heißt, „so lange er laufen kann“, danach streben wird, dies zu tun. In Bezug auf Taiwan haben sie bereits Positionen dargelegt, die für China und das Völkerrecht völlig inakzeptabel sind. Sie suchen nach weiteren Möglichkeiten, China in Bezug auf Tibet, Xinjiang und Hongkong zu „ärgern“. Peking ist sich sehr wohl bewusst, dass es gefährlich ist, im westlichen System zu bleiben und vollständig vom Westen abhängig zu sein. Dies birgt ernsthafte Risiken für Chinas grundlegende nationale Entwicklungsinteressen.

Frage: Im Dezember 2022 sagten Sie, dass eines der wichtigsten Ergebnisse des Jahres im Bereich der Außenpolitik die endgültige Klärung der Frage war, wer verträglich ist und wem man nicht trauen kann. Wenn mit dem „kollektiven Westen“ alles klar ist, was können wir dann in Asien als Ganzes erwarten? Wie werden die Prioritäten unserer Diplomatie in Asien gesetzt?

Sergej Lawrow: Ich habe dieses Thema bereits angesprochen. Der Westen versucht, der ganzen Welt einen „Block“-Ansatz aufzuzwingen, auch indem er Asien Priorität einräumt. Ihre „Indo-Pazifik-Strategien“, die speziell erfunden wurden, um weitere „Keile“ in die Beziehungen zwischen Indien und China zu treiben und Indien in ihre Pläne zu locken, sind ziemlich offensichtlich. Gründung von AUKUS mit gleichzeitiger Demütigung Frankreichs bei der Lieferung von U-Booten an Australien. Sie haben angekündigt, dass sie dies nun selbst tun werden. Es wurde ein Weg eingeschlagen, um das Format „Block“ zu erweitern. Gerade hat ein Gipfeltreffen mit Japan stattgefunden. Es ist klar geworden, dass Japan sich militarisieren und die Militärausgaben drastisch erhöhen wird. Neuseeland und die Republik Korea werden von den Amerikanern als potenzielle Teilnehmer an dem Prozess genannt. Es ist unklar, wie dies enden

wird. Es ist Sache der Regierungen dieser Länder, darüber zu entscheiden. Alles geschieht auf Kosten der Untergrabung der Strukturen, die die Sicherheitsarchitektur in Asien seit Jahrzehnten geprägt haben. Sie wurden in erster Linie durch die ASEAN geschaffen, die seit jeher als Kern der Prozesse der wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen, politischen und humanitären Zusammenarbeit anerkannt ist. Es wurden verzweigte Mechanismen geschaffen: Dialogformate zwischen der ASEAN und ihren einzelnen Partnern, die Ostasiengipfel (an denen die „Zehn“ der ASEAN zusammen mit allen Dialogpartnern (es gibt neun - Russland, China, Australien, Indien, Kanada, Neuseeland, Republik Korea, USA, Japan) teilnahmen), das ASEAN-Regionalforum für Sicherheit (zu dem alle Partner des Verbands Südostasiatischer Nationen und viele andere eingeladen waren), die ASEAN-Verteidigungsministerkonferenz und die Verteidigungsministerkonferenz der Dialogpartner sowie eine Reihe weiterer Treffen. Akademiker versammelt. Alles bleibt formell auf dem Papier. Aber die Weichen sind bereits gestellt, dass nicht in diesen universellen Formaten, in denen die Konsensregel gilt, die wesentlichen Entwicklungspfade der Region bestimmt werden, sondern dass dieses Vorrecht auf eine Engpassstruktur wie AUKUS verlagert wird, die in jeder Hinsicht „aufgepumpt“ wird, auch durch neue Mitglieder. Die Amerikaner zögern nicht, darauf hinzuweisen, dass es zehn Länder in der ASEAN gibt, von denen fünf gut geeignet sind, „ihren“ Weg zu gehen, während fünf noch „unreif“ sind. Ein direkter Schritt zur Spaltung von ASEAN. Und das ist nicht ohne Erfolg. In der Vereinigung kommt es zu internen Reibereien und Irritationen. Myanmar. Zum ersten Mal in der Geschichte der ASEAN wird ein Land „aufgehängt“ und an der Teilnahme an den Gipfeltreffen gehindert. Wir arbeiten mit unseren Freunden zusammen. Indonesien führt nun die ASEAN an. Ich war in Kambodscha anlässlich des Ostasiengipfels (13. November 2022) und des G20-Gipfels in Bali (15.-16. November 2022). Kollegen aus der Region haben ihre Besorgnis über die Entwicklung der Situation zum Ausdruck gebracht. Ihre Beziehungen zu China waren nicht unproblematisch. Sie sind schon seit geraumer Zeit Gegenstand des Dialogs, um für beide Seiten akzeptable Lösungen zu finden. Was der Westen jetzt tut, zielt auch darauf ab, diesen Dialog zu unterminieren. Auch in der OSZE-Region funktionierte das Prinzip des Konsenses, der Suche nach einer Einigung und des Interessenausgleichs. Sie wurde von unseren westlichen Kollegen praktisch bis auf den Grund zerstört. Vor allem der polnische OSZE-Vorsitz hat sich im Jahr 2022 bemüht. In der asiatisch-pazifischen Region wird nun versucht, annähernd das gleiche architektonische „Ensemble“ zu untergraben, das auf Konsens, Zustimmung und der Suche nach Kompromissen beruht, und die nach dem „Block“-Prinzip geschaffenen Strukturen zu dominieren.

Frage: Zu Zentralasien. Ich war einen Monat lang auf Geschäftsreise in Usbekistan. Ich spazierte durch Taschkent und beobachtete. Ich sah ein wachsendes Interesse der russischen Wirtschaft an Usbekistan. Viele Touristen kommen nicht in Gruppen, sondern als Einzelreisende. Wie entwickeln sich die Beziehungen zwischen Russland und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und Zentralasiens, nachdem die europäische Industrie - leider oder zum Glück - „weg“ ist? Was hält Europa von der Zusammenarbeit Russlands mit den Ländern der EAEU?

Sergej Lawrow: Die Beziehungen zu Zentralasien und Zentralasiens entwickeln sich sehr intensiv. Neben den bilateralen Beziehungen, die mit vertraglichen und rechtlichen Rahmen und Instrumenten ausgestattet sind, einschließlich zwischenstaatlicher Kommissionen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und andere Bereiche, einschließlich militärisch-technischer und humanitärer Zusammenarbeit, gibt es auch kollektive Formate. In diesen Formaten arbeiten wir auch aktiv mit unseren zentralasiatischen Nachbarn zusammen. Dies sind in erster Linie die GUS, die SOZ, wenn es um Kasachstan und Kirgisistan geht, die EAG und die OVKS, in der drei zentralasiatische Länder (Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan) vollwertige Mitglieder sind.

In den letzten Jahren haben wir auch beschlossenen, ein ergänzendes Fünf-plus-eins-Kooperationsformat (die zentralasiatischen P5 und Russland) zu entwickeln. In den

letzten zwei Jahren haben mehrere Treffen auf Außenministerebene stattgefunden. Alle Freunde unterstützten dieses Format. Im Herbst 2022 fand in Astana der erste Russland-Zentralasien-Gipfel auf Präsidenebene statt. Es wurde ein Dokument angenommen, das auf eine weitere Zusammenarbeit in diesem Format in bestimmten Bereichen abzielt, die die wichtigsten Themen der regionalen Entwicklung abdecken. Wir werden diesen Austausch fortsetzen.

Was die anderen Partner Zentralasiens betrifft. Es gibt immer mehr von ihnen. Schon lange vor den aktuellen Ereignissen waren alle wichtigen Akteure an der Region interessiert: Die EU, die Vereinigten Staaten, Japan, Indien, China, die Türkei, der Iran und die Republik Korea. In Zentralasien gibt es mit fast allen dieser Staaten Fünf-plus-eins-Kooperationsformate. Aus den Informationen, die uns erreichen (Medienberichte und Kontakte mit zentralasiatischen Partnern), können wir schließen, dass nicht alle Kollegen, die in Zentralasien arbeiten, dies auf nicht diskriminierende Weise gegenüber anderen tun. Bei unserer Arbeit mit der GUS, der EAG, der OVKS, der SOZ und bei Treffen mit Kollegen aus Zentralasien sagen wir zum Beispiel nie, dass wir ihnen verbieten, mit bestimmten Ländern zu kommunizieren, weil wir „gemeinsam dagegen sprechen müssen“. Das tun wir nie. Die USA, die EU und Japan schon. Wenn sie mit Zentralasiaten zusammentreffen, sagen sie ihnen ausdrücklich, dass sie sich nicht auf Russland verlassen sollten, da es den Krieg mit dem Westen verlieren wird (sie machen keinen Hehl daraus, dass es der Westen ist, nicht die Ukraine), also muss man auf die Gewinnerseite setzen. In dieser Sprache. Dies ist einmal mehr bezeichnend für die Umgangsformen und die Mentalität der westlichen Partner (im weitesten Sinne). Neben der verbalen Beeinflussung wird mit Drohungen ernsthafter Druck ausgeübt: Sie werden Märkte verlieren, Investitionen, die in Ihren Ländern geplant sind, wagen Sie es nicht, Russland bei der Umgehung von Sanktionen zu helfen. In einigen Fällen müssen unsere Partner (nicht nur in Zentralasien) bedenken, dass Unternehmen mit Projekten in der ganzen Welt kaum bereit sein werden, sich strikt an Sanktionen zu halten. Es gibt Unternehmen, die bereit sind, dies zu tun. Wir bestehen nicht darauf, dass alle Wirtschaftsakteure in jedem unserer befreundeten Staaten unbedingt morgens auf dem Podium stehen und sagen, dass sie gegen die antirussischen Sanktionen sind. Uns reicht es, dass sich keiner von ihnen den Sanktionen angeschlossen hat und dass wir mit jedem von ihnen (wie auch mit unseren Partnern in anderen Regionen) erfolgreich daran arbeiten, neue Mechanismen und Instrumente der Zusammenarbeit zu entwickeln und zu finden, die nicht von den Launen unserer westlichen Kollegen abhängen.

Frage (Übersetzung aus dem Englischen): Präsident Zielenki erklärte, dass der italienische Ministerpräsident G. Meloni demnächst Kiew besuchen werde und dass er die Position Italiens, das die Ukraine unterstützt, zu schätzen wisse. Gleichzeitig erklärte der italienische Außenminister Tajani, dass Italien eine diplomatische Lösung und die Vermittlung durch die UNO und China bevorzuge. Wie beurteilen Sie die Position Italiens im Rahmen der Beziehungen zwischen Russland und Italien?

Sergej Lawrow: Für uns ist es in etwa vergleichbar mit der Lage Griechenlands und Zyperns, die ich bereits erwähnt habe.

In den vergangenen Jahren gehörten diese Länder zu den uns freundlich gesinnten Ländern. Wir hatten eine große Anzahl gemeinsamer Aktivitäten - kulturell und pädagogisch. Die Wirtschaft war stark in die gegenseitigen Interessen eingebunden. Die Schnelligkeit, mit der Italien nicht nur in das „Lager“ derjenigen wechselte, die die Sanktionen unterschrieben haben, sondern in die Gesellschaft der Anführer antirussischer Aktionen und Rhetorik (zumindest unter der vorherigen Regierung), war für uns etwas überraschend. Ich mag die Italiener sehr. Ihre Traditionen und ihre Lebenseinstellung decken sich in vielerlei Hinsicht mit der Lebenseinstellung vieler Völker der Russischen Föderation, z. B. im Kaukasus. In Moskau und St. Petersburg finden Sie Menschen, die die Lebenseinstellung der Italiener wirklich genießen. Ich wage zu behaupten, dass die Art und Weise, wie Italien jetzt auf die Geschehnisse reagiert, eher die Linie der aggressiven Konfrontation widerspiegelt, die Europa aufgezwungen

wurde, als die Interessen der italienischen Bevölkerung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das italienische Volk daran interessiert ist, neue Barrieren zu errichten, die Kommunikation zu unterbrechen, die Verkehrsverbindungen zu kappen und sich generell abzuschotten, eine Art neue Mauer zu bauen. Sie haben dort eine Koalition. Ich habe gehört, dass Präsident Berlusconi vor kurzem dort gesprochen hat, und er hat auch seinen eigenen Beitrag zu den Beziehungen zwischen der NATO und Russland bewertet. Er war der Initiator des Pratica di Mare-Gipfels im Jahr 2002, der auf der Grundlage der NATO-Russland-Grundakte von 1997 einberufen wurde. Damals gab es viele Hoffnungen, dass dies (ich wiederhole: es stand in den Dokumenten) sowohl Russland als auch die NATO-Mitglieder verpflichtet, ihre Sicherheit nicht auf Kosten anderer zu stärken und keiner Organisation zu erlauben, den Sicherheitsbereich in Europa zu dominieren. Ich glaube, ich muss nicht erklären, wer diese Verpflichtung gebrochen hat. Was die Forderungen nach Verhandlungen betrifft. Nur ein fauler Mann tut das gerade nicht. Und dann wird der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, J. Sullivan, irgendwo auf einer Pressekonferenz sagen (wie er es gelegentlich tut), dass jetzt nicht die Zeit für Verhandlungen sei, sondern dass sie der Ukraine helfen sollten, ihre Position auf dem „Schlachtfeld“ zu „verbessern“. Der Westen und Europa haben kein einheitliches Konzept, wie eine Friedenslösung „angestrebt“ werden könnte. Das alles wird gesagt, um im Fernsehen und in den Zeitungen zu zeigen, dass jemand für eine friedliche Lösung ist, aber Präsident Putin will sie angeblich nicht. Wir verstehen das alles.

Frage: Wie beurteilen Sie die Beziehungen zwischen Russland und Lateinamerika in der gegenwärtigen Situation?

Sergej Lawrow: Ich denke, dass unsere Beziehungen zu praktisch allen Entwicklungsregionen der Welt im Aufwind sind. Wir haben einen Mechanismus auf Ministerienebene geschaffen, um unsere Ansätze zwischen der Russischen Föderation und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) zu harmonisieren. In der Form von Russland und vier CELAC-Ländern trat sie einige Male zusammen. Aufgrund der mit COVID-19 verbundenen Beschränkungen musste sie dann verschoben werden. Aber wir werden diese Zusammenarbeit in naher Zukunft wieder aufnehmen. Natürlich gibt es Länder, mit denen wir schon seit langem zusammenarbeiten, und zwar intensiver als mit anderen Ländern in der Region. Zunächst einmal sind dies Kuba, Venezuela und Nicaragua. Wir schätzen die Geschichte unserer Beziehungen, unsere Solidarität in den meisten Fragen der Weltpolitik. Wir unterstützen uns immer gegenseitig bei Abstimmungen in der UN-Generalversammlung. Wie Sie wissen, unterliegt Kuba seit der kubanischen Revolution illegalen, einseitigen US-Sanktionen. Nur die USA stimmen für die Aufrechterhaltung dieser Sanktionen. Gelegentlich werden sie von anderen Inselbehörden unterstützt. Die überwältigende Mehrheit aller UN-Mitglieder spricht sich für die sofortige Aufhebung dieses illegalen Embargos aus. Während wir die Beziehungen zu unseren langjährigen Partnern ausbauen, die ich bereits erwähnt habe, haben wir ein Interesse daran, dass auch andere lateinamerikanische Länder zu unseren Prioritäten gehören. Wir haben keine „Monroe-Doktrin“. Wenn wir in die Region reisen, nehmen wir keine Risiken, Drohungen mit der Unterwerfung dieses oder jenes Landes unter unsere Interessen oder die Förderung bestimmter politischer Kräfte an die Macht mit. Wir haben in den letzten zwanzig Jahren gute Beziehungen zu allen Ländern der Region unterhalten, unabhängig davon, ob sich die Region damals nach links bewegte oder nach einer anderen Wahl nach rechts schwenkte. Wir werden unsere Beziehungen weiter ausbauen. Erst neulich fand die Amtseinführung des neuen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva statt. Präsident Putin sprach mit ihm per Telefon. Er sprach auch mit dem ehemaligen Präsidenten Bolsonaro und dankte ihm für seine Zusammenarbeit. Ich habe mit meinen brasilianischen Kollegen Kontakt aufgenommen. Gestern war ich in der brasilianischen Botschaft in Moskau, wo ich einen Eintrag in das Kondolenzbuch für den großen brasilianischen Fußballspieler Pelé hinterließ.

Weiterlesen auf Seite 17

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 7

Ich habe mit dem brasilianischen Botschafter in Russland, R. Baena Soares, über die bestehenden Pläne gesprochen.

Argentinien, Mexiko, Bolivien, Peru. Ich möchte niemanden übersehen. Wir sind an einer für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit mit all diesen Ländern interessiert. Wir wollen auch, dass Lateinamerika seine lateinamerikanisch-karibische Einheit stärkt. Brasilien hat angedeutet, dass es (soweit ich weiß) in die CELAC zurückkehren wird. Dies wird die Reaktivierung dieser überregionalen Vereinigung in naher Zukunft ermöglichen. Wir hoffen, dass die CELAC ihre Stimme erhebt, wenn es darum geht, die Schlüsselfragen anzugehen, die sich bei der Gestaltung der multipolaren Welt, von der wir alle sprechen, stellen.

Brasilien ist ein Mitglied der BRICS. Auch Argentinien hat sein Interesse an einem Beitritt zur Gruppe bekundet. Soweit ich weiß, haben auch einige andere lateinamerikanische Länder solche Absichten. Wir sind bereit, in dieser Phase im Rahmen des BRICS-Plus-Formats zusammenzuarbeiten. In der P5 gibt es diesbezüglich eine Vereinbarung. Gemeinsam mit unseren chinesischen Freunden arbeiten wir aktiv daran, die Kriterien zu vereinbaren, nach denen sich andere Länder den BRICS-Ländern anschließen können, um zusammenzuarbeiten. Wenn es um die Interessen der gesamten lateinamerikanischen Region geht, wäre es vielleicht sinnvoll, wenn die CELAC sich mit den Themen befassen würde, die auf der Tagesordnung der BRICS stehen. Und die lateinamerikanischen Länder, die sich an der BRICS-Gruppe beteiligen, würden auch die Interessen der anderen Länder ihrer Partner in der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten widerspiegeln. Russland hat Beobachterstatus im Zentralamerikanischen Integrationsystem (SICA). Auch die Kontakte mit dem Zentralamerikanischen Parlament entwickeln sich. Außerdem haben wir einen Beobachterstatus in der Assoziation der karibischen Staaten. Regelmäßige Kontakte mit dem Gemeinsamen Markt des Südens (MERCOSUR), der Andengemeinschaft, der ALBA-Assoziation, die, wie ich höre, ebenfalls einen zweiten Aufschwung erfahren könnte, worüber wir uns sehr freuen werden. Wir begrüßen es, dass sich kein lateinamerikanischer oder karibischer Staat, mit Ausnahme der Bahamas, den antirusischen Sanktionen angeschlossen hat.

Infolgedessen stiegen die russischen Exporte in die lateinamerikanische Region im vergangenen Jahr um fast 10 %. Wir haben die kulturellen und humanitären Bindungen gestärkt. Kürzlich feierten Moskau, St. Petersburg und eine Reihe anderer Städte den 100. Geburtstag des herausragenden Wissenschaftlers Juri V. Knorozov, der als Entschlüssler der Maya-Schrift bekannt ist und dafür in Mexiko und anderen Ländern der Region verehrt wird. Tausende von Lateinamerikanern (die meisten von ihnen Kubaner) studieren an unseren Universitäten. Der Tourismus wird immer beliebter, auch nach Kuba, Venezuela und in andere Urlaubsländer. Von den 33 Ländern Lateinamerikas und der Karibik haben wir mit 27 Ländern Abkommen über den visafreien Reiseverkehr geschlossen, was den Austausch zwischen den Menschen und die Kontakte auf verschiedenen Ebenen gefördert hat.

Frage (englische Übersetzung): Sie sprechen von der Achtung der UN-Charta. Welchen Respekt vor dem Völkerrecht haben Sie gezeigt, als Sie am 24. Februar 2022 Ihre Truppen in die Ukraine schickten?

Sergej Lawrow: Um über die Achtung der UN-Charta zu sprechen, eine so einfache Frage, die sich vielleicht dem amerikanischen Durchschnittsbürger leicht „verkaufen“ lässt, die aber in einem ernsthaften Publikum einen etwas anderen Ansatz erfordert. Zu Beginn meines Vortrags zitierte ich einen zentralen Grundsatz der UN-Charta, der besagt, dass „die souveräne Gleichheit der Staaten“ das Prinzip ist, auf dem die Vereinten Nationen beruhen. Wer sich dafür interessiert, braucht nicht lange in der Literatur oder im Internet zu stöbern, um zu sehen, wie die USA täglich und stündlich auf diesen Grundsatz der souveränen Gleichheit „spucken“. Nach der Situation in der Ukraine hat Russland erklärt, warum es dies tut. Die USA verurteilten sie zusammen mit ihren Satelliten. Wenn Sie die souveräne Gleichheit der Staaten respektieren (und Sie sind verpflichtet, sie zu respektieren), lassen Sie alle anderen demokratisch entscheiden, ob sie Russland verste-

hen oder nicht, ob sie für Russland oder die USA sind. Niemand lässt sie das tun. Die Vereinten Staaten werden routinemäßig dadurch gedemütigt, dass eine große Zahl ihrer Botschafter, Sondergesandten, um die Welt laufen und alle auffordern, Russland zu verurteilen. Ist das die souveräne Gleichheit der Staaten? Sie werden erpresst. Die Amerikaner sagen, wenn diese Länder Russland nicht verurteilen, sollen sie sich daran erinnern, dass sie Geld bei der Chase Manhattan Bank haben und ihre Kinder in Stanford studieren. Sie sagen es direkt. Das ist würdelos und erniedrigend für eine Großmacht. Die UN-Charta ist klein. Sie können ihn auch lesen, wenn Sie daran interessiert sind. Darin heißt es, dass die souveräne Gleichheit der Staaten und der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker (er wird an erster Stelle genannt) sowie der Grundsatz der territorialen Integrität des Staates von vorrangiger Bedeutung sind. Diese beiden Grundsätze, die in der Charta auf einer Ebene genannt werden - Selbstbestimmung der Völker und territoriale Integrität der Staaten -, warfen von Beginn der Gründung der Vereinten Nationen an, sobald die Charta gebilligt, ratifiziert und in Kraft getreten war, die Frage auf, welcher Grundsatz zuerst galt. Es wurde ein besonderes Verfahren eingerichtet, in dem alle UN-Mitglieder mehrere Jahre lang unter anderem diese Frage sowie andere Fragen im Zusammenhang mit der Auslegung der Charta erörterten. Schließlich wurde 1970 die Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen „geboren“ (und hat immer noch volle Rechtskraft). Es gibt einen ganzen Abschnitt über den Grundsatz der Selbstbestimmung der Staaten, in dem es heißt, dass dieser Grundsatz universell ist, dass es einen Grundsatz der Achtung der territorialen Integrität gibt und dass alle verpflichtet sind, den Grundsatz der territorialen Integrität gegenüber den Staaten zu achten, deren Regierungen den Grundsatz der Selbstbestimmung respektieren und die Interessen aller in einem bestimmten Gebiet lebenden Völker vertreten. Die Charta verpflichtet uns, die territoriale Integrität von Staaten zu achten, deren Regierungen die gesamte Bevölkerung ihres Landes vertreten. Als 2014 in der Ukraine ein Staatsstreich stattfand, nachdem US-Unterstaatssekretärin V. Nuland die Terroristen mit Keksen „gefüttert“ hatte, und als die Amerikaner die Putschisten sofort anerkannten und Europa, das „bespuckt“ wurde und dessen Einverständnisgarantien mit dem Präsidenten ignoriert wurden, erinnern Sie sich, wie Nuland dem US-Botschafter in der Ukraine J. Pyatt riet, sich mit der Europäischen Union auseinanderzusetzen? Sie sagte, die EU könne „erledigt“ werden (ein Wort mit vier Buchstaben im Englischen).

Die Putschisten, die an die Macht kamen, sagten, sie würden die Russen von der Krim vertreiben, und als die Krim und die Ostukraine sagten, sie würden sich nicht denen unterwerfen, die durch einen blutigen Staatsstreich unrechtmäßig die Macht übernommen hatten, wurde ihnen der Krieg erklärt. Die „Putschisten“ begannen, Krieg gegen ihr eigenes Volk zu führen. Sie verbrannten 48 Menschen bei lebendigem Leib im Gewerkschaftshaus in Odessa. Es gibt Videoclips zu diesem Thema, die jedem zugänglich sind. Es ist nicht einmal notwendig, ein Gericht einzurichten. Sie können es einfach nehmen und beurteilen. Es gibt die Namen von Menschen, die mit Gewehren auf Bürger schießen, die aus dem brennenden Gebäude springen, um sich zu retten. Es ist alles da. Die ukrainischen Behörden haben ein Strafverfahren gegen die Verursacher der Verbrennungen eingeleitet. Die gesamte fortschrittliche Weltgemeinschaft, die sich an den amerikanischen „Regeln“ orientiert, hat keinerlei Interesse an der Situation gezeigt. Es hat viele Ereignisse gegeben, die Kriegsverbrechen darstellen. Können diejenigen, die an die Macht kamen, als eine Regierung betrachtet werden, die die Interessen der gesamten Bevölkerung der Ukraine innerhalb dieser Grenzen vertritt? Kann man eine solche Regierung als die von Poroschenko bezeichnen, der, nachdem er mit dem Slogan Präsident geworden war, dass er in einer Woche den Frieden im Donbass schließen würde, bald zu sagen begann, dass „wir sie fertig machen werden“, dass „unsere Kinder in Schulen und Kindergärten gehen werden, während ihre Kinder (und das war der Prä-

sident des Landes, dessen Teil der Donbass war!) in Kellern sitzen werden“. Hat er die Interessen der Menschen vertreten, die er beleidigt hat? Man hatte die Hoffnung, dass es bei Zelenski anders sein würde. Auch er kam an die Macht, wurde zum „Präsidenten der Welt“ gewählt und deutete auf jede erdenkliche Weise an, dass seine Fernsehserie „Diener des Volkes“, in der er die Oligarchen stürzte und im Namen der einfachen Leute sprach, sein „Ideal“ war, als er den Präsidentenstab erhielt. Aber im November 2021 sagte er in einem Interview (auf dieses Beispiel wurde bereits hingewiesen) auf die Frage eines Journalisten, was er von den Menschen im Donbass halte, dass es „Menschen und Individuen“ gebe. Und noch früher, im August desselben Jahres, riet er denjenigen, die in der Ukraine leben und sich als Russen fühlen, nach Russland zu gehen, um des Schicksals ihrer Kinder und Enkel willen. Wenn Sie mir jetzt sagen, dass V.A. Zelensky mit einer solchen Position, und in der Tat, vertritt die Interessen der gesamten Bevölkerung der Ukraine, die er in den Grenzen von 1991 sehen will, dann gibt es wahrscheinlich nicht viel Sinn, hier zu sprechen. Dies ist jedoch die einzige vom internationalen Gerichtshof anerkannte Auslegung des Verhältnisses zwischen dem Recht auf Selbstbestimmung und der Achtung der territorialen Integrität. Ich möchte nach der Haltung amerikanischer Journalisten gegenüber der Aggression gegen Jugoslawien fragen. Das Time-Magazin veröffentlichte damals die Titelgeschichte: „Die Serben zum Frieden zwingen“. Massenbombardierung öffnet die Tür zum Frieden“. Sicherlich können Sie in Ihren Archiven nachlesen, wie in den Vereinten Staaten über den Krieg gegen den Irak, den Krieg gegen Libyen, die amerikanische Invasion in Syrien und Afghanistan berichtet wurde. Dort wurde, wenn sich jemand irgendwo nur bewegte, Streumunition abgefeuert, keine Hochzeiten zerstört? Das wäre ein interessanter Vergleich. Ich habe Ihnen gegenüber begründet, was völkerrechtlich hinter unserem Handeln steht. Diese Republiken - Donezk und Luhansk - konnten nicht unter einer Regierung leben, die sie offen zu „Terroristen“, „Untermenschen“ und „Untermenschen“ erklärte und täglich ihre Kindergärten und Schulen bombardierte. Jetzt hat es einen Zwischenfall in Dnipropetrowsk gegeben. Ein ukrainischer „Experte“ antwortete auf die Frage, wie es dazu kam. Es ist jedem klar geworden, dass die ukrainische Luftabwehr entgegen allen Gesetzen der Kriegsführung und des humanitären Völkerrechts in Wohngebieten Stellung bezogen hat. Das ist der Grund, warum das Flugabwehrsystem dieses Haus getroffen hat. In den acht Jahren der Aggression Kiews gegen die eigene Bevölkerung im Donbass gab es jedoch eine Vielzahl solcher Aufnahmen. Unsere Journalisten, Kriegsberichterstatter, die jetzt in Echtzeit arbeiten und die Wahrheit von dort zeigen, taten dies schon vor den Minsker Vereinbarungen. Und erst recht nach den Minsker Vereinbarungen waren sie jeden Tag an der Kontaktlinie zwischen den Republiken Donezk und Luhansk und zeigten, wie ukrainische Neonazis den zivilen Sektor bombardierten, Menschen töteten und Kindergärten, Kantinen und Schulen zerstörten. Auf der „anderen Seite“ war die Journalistengemeinschaft jedoch nicht regelmäßig vertreten. Manchmal ging die BBC dorthin und berichtete ziemlich wahrheitsgetreu. Sie stellten jedoch sehr schnell fest, dass die Berichte bestätigten, dass die zivile Infrastruktur auf ukrainischer Seite viel weniger beschädigt wurde. Und die DVR und die LPR reagieren nur auf Beschuss. Diese Tatsache wurde von der OSZE festgehalten. Und das nicht sofort. Mehr als ein Jahr lang verlangten wir, dass in den Berichten nicht nur angegeben wird, wie viel zivile Infrastruktur zerstört und wie viele Zivilisten getötet wurden, sondern auch, auf welcher Seite der Kontaktlinie das Ausmaß der Zerstörung und der Opfer zu verzeichnen ist.

Sobald wir diesen Bericht veröffentlicht hatten, war sofort klar, dass die Zerstörung auf der Seite von Donezk und Luhansk fünfmal größer war als auf der Seite des Kiewer Regimes, das nur Vergeltungsfeuer erhielt.

Sie lehnen jedes Bild ab, das eine Schädigung des ukrainischen Regimes zeigt. Aber dieselben Bürger schweigen einfach, wenn man ihnen herzerreißende Aufnahmen von dem zeigt, was die ukrainischen Nazis der Zivilbevölkerung, den Kindern, den älteren Menschen und den Frauen angetan haben.

Natürlich wird die Geschichte über uns ur-

teilen, aber wir dürfen das Völkerrecht nicht vergessen. Zakharova: Über Pathos. Ich denke, es hätte nicht weniger Pathos unter den Journalisten von der Krim und aus dem Donbass gegeben, wenn sie acht Jahre lang die gleichen Fragen hätten stellen können, die die Vertreter der angelsächsischen Medien jetzt stellen. Dies wurde ihnen jedoch nicht gestattet: Sie erhielten weder Visa noch eine Akkreditierung für ähnliche Pressekonferenzen im Westen. Im Übrigen wurde auch unseren akkreditierten Journalisten nicht nur die Möglichkeit verweigert, ihre Fragen zu stellen, sondern auch, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen.

Frage: Wir wissen also, dass Sie morgen nach Minsk reisen werden. Was erwarten Sie von diesem Besuch? Wie beurteilen Sie das Niveau der Interaktion zwischen Belarus und Russland auf internationalen Plattformen? Warum glauben Sie, dass die Partner in der GUS, der EAEU und der OVKS Belarus und Russland bei Abstimmungen in internationalen Strukturen nicht immer unterstützen?

S.W. Lawrow: Ich gehe von den Erwartungen aus. Wenn ich nach Minsk fahre, erwarte ich nichts, aber ich freue mich darauf. Aus beruflicher Sicht ist ein solcher Besuch immer nützlich. Und es ist immer angenehm. Ich liebe diese Stadt und die traditionelle Gastfreundschaft, die einem auf Schritt und Tritt begegnet. Neben dem jährlichen Austausch von Ministerbesuchen findet ein jährliches Treffen der beiden Kollegien der Außenministerien von Russland und Belarus statt. Morgen findet eine weitere Sitzung des Kollegiums statt, die für Dezember 2022 geplant war, aber aufgrund des frühen Todes von Außenminister V.V. Makey verschoben wurde. Die Themen, die auf der Tagesordnung stehen, sind das, worüber wir jetzt sprechen. Probleme der Weltordnung, Beziehungen zur NATO, zur Europäischen Union, zum Europarat und zur OSZE. Die Strukturen verschmelzen immer mehr zu einem einzigen Organismus, der den Willen eines einzigen Oberherrn - der Vereinten Staaten - erfüllt. Dies zeigt sich auch in der OSZE. Wir werden uns auch vertrauensvoll mit bestimmten Bereichen unserer diplomatischen Tätigkeit befassen, darunter mit Resolutionen, die in verschiedenen UN-Gremien zur Abstimmung gestellt werden, und mit Fragen der außenpolitischen Koordinierung. Wir haben Pläne für gemeinsame außenpolitische Aktivitäten in der GUS und der OVKS. Sie kommen in gemeinsamen Erklärungen zum Ausdruck, die in der OVKS und in geringerem Maße auch in der GUS ausgearbeitet werden. Es ist nicht leicht, eine Einigung zu erzielen. Unsere OVKS-Partner haben Probleme in ihren Beziehungen mit dem Westen und unter dessen Druck. Sie haben einige Schwierigkeiten mit ihren Volkswirtschaften. Unsere belarussischen Freunde und ich versuchen, eine einfache Linie zu verfolgen: Alle sind für den Multivektorialismus. Niemand möchte die Beziehungen zu seinen Partnern künstlich einschränken. Es wird davon ausgegangen, dass diese Beziehungen nicht zwischen einem Sklaven und einem Führer, sondern zwischen zwei gleichberechtigten Staaten bestehen und auf einem Interessenausgleich beruhen. Wenn mehrere Projekte besprochen werden, profitieren beide Teilnehmer bzw. mehrere Teilnehmer, wenn es mehr als zwei sind, davon. Nimmt man das Volumen des Handels, der Investitionen, der humanitären und bildungspolitischen Beziehungen innerhalb der OVKS-Länder, so ist es unvergleichlich größer als das, was der Westen im postsowjetischen Raum tut. Es gibt Fälle, in denen Russland, Weißrussland und andere Länder solidarisch abstimmen und einige sich der Stimme enthalten. Im Gegensatz zur NATO gibt es bei uns keine Stockdisziplin. In der NATO gilt: ein Schritt nach links, ein Schritt nach rechts - das war's. Es gibt Länder, die nicht damit einverstanden sind, wie aggressiv die NATO in der Ukraine-Krise vorgeht und wie unflexibel und kreativ diese Organisation ist. Diese Kritik ist nicht sehr groß, aber sie ist vorhanden. Aber wenn es um die Wahl geht, handeln alle auf Befehl. Ich denke, dass diese Disziplinierung durch Schläge schädlich ist. Ich würde mir wünschen, dass die Solidarität innerhalb unserer Bündnisstrukturen 100 Prozent beträgt. Daran arbeiten wir. Dies bedarf der Klärung und einer Einzelfallprüfung. Wir sollten nicht verschweigen, dass wir mit der derzeitigen Situation in Armenien Schwierigkeiten haben.

Weiterlesen auf Seite 18

Fortsetzung - Pressekonferenz Sergej Lawrow - Teil 8

Unsere armenischen Freunde haben sich dafür ausgesprochen, eine OVKS-Mission an die Grenze zu Aserbaidschan zu entsenden, um die Stabilität zu gewährleisten. Auf dem Gipfeltreffen in Eriwan haben wir ein solches Dokument über die Parameter dieser Mission vereinbart. Wir konnten es jedoch nicht annehmen, weil unsere armenischen Kollegen darauf bestanden, dass das Dokument eine scharfe Verurteilung Aserbaidschans enthalten sollte. Wir haben erklärt, dass es jedem freisteht, zu tun, was er will, wenn es sich um Verurteilungen, Rhetorik und Stellungnahmen handelt. Aber wenn wir eine OVKS-Mission entsenden wollen, dann ist das nicht von „äußeren Zeichen“ und harten Erklärungen abhängig.

Wir sind weiterhin bereit, eine CSTO-Mission an die Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan zu entsenden. Trotz der Tatsache, dass wir Verbündete sind und diese Mission vollständig vorbereitet ist, zieht es die armenische Seite vor, mit der Europäischen Union über eine zivile Beobachtermission zu verhandeln, die langfristig dort eingesetzt werden soll. Das ist das Recht Armeniens. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es sich um die Grenze zu Aserbaidschan handelt. Wenn diese Mission ohne seine Zustimmung durchgeführt wird, ist sie kontraproduktiv. Anstatt das Vertrauen an der Grenze zu stärken, könnte dies zu zusätzlichen Irritationen führen. Dies ist eine objektive Situation. Jede der OVKS-Regionen - Zentralasien und der Kaukasus - muss kreativ angegangen werden und die Komplexität der Probleme verstehen, die bei der Entwicklung jedes unserer Staaten auftreten. Es wird Druck auf sie ausgeübt. Es wurde bereits erwähnt, dass viele externe Partner besondere Beziehungen zu Zentralasien aufbauen wollen. Einige sind daran interessiert, den Sicherheitssektor in ihre Kooperationspläne einzubeziehen. Aber alle unsere Partner verstehen sehr gut, dass es keine Abweichung von den Verpflichtungen im Rahmen der OVKS geben wird. Unsere armenischen Freunde versichern das Gleiche. Hier brauchen wir ein offenes und ehrliches Gespräch zwischen den Präsidenten. So geschehen auf dem OVKS-Gipfel in Eriwan. Vorausgegangen war ein ähnliches Gespräch zwischen den Außenministern und ihren Experten. Es ist notwendig, alle Bedenken und Schwierigkeiten, die auf der einen oder anderen Seite auftreten, offen zu benennen. Wenn wir offen miteinander reden, können wir immer eine gemeinsame Lösung finden.

F: Sie haben Japan mehrfach im Zusammenhang mit seiner Militarisierung erwähnt. Wie wirkt sich die militärische Aufrüstung auf die russisch-japanische Zusammenarbeit aus? Können wir jetzt über Kanäle der Interaktion und Zusammenarbeit sprechen?

Der Posten des russischen Botschafters in Japan wurde im November 2022 von Galuzin geräumt. Wird ein Ersatz vorbereitet? Als Armenierin komme ich an der Frage des Lachin-Korridors nicht vorbei. In welchem Stadium befindet sich die Regelung dieser Frage?

Sergej Lawrow: Ich glaube, für Japan ist die dritte Frage am wichtigsten.

Wir haben eine Beziehung. Wir haben eine Botschaft. Und auch Japan hat hier eine Botschaft. Ein Ersatz für Mikhail Galuzin wird bald nach Tokio gehen. Wir werden diesen Prozess nicht verzögern. Wir halten es für wichtig, dass wir unseren Gesprächspartnern immer zuhören und unsere Anliegen mitteilen können. Außer den Botschaften in Tokio und Moskau fallen mir keine weiteren Kontakte ein. Unsere japanischen Kollegen haben, genau wie alle anderen Länder, die sich den Sanktionen aus eigener Initiative angeschlossen haben, alle diese Kontakte eingefroren. Sie haben begonnen, ziemlich kriegerische Erklärungen abzugeben. Wir hören uns das alles an. Und genau wie im Falle der NATO-Verstärkung im Norden Europas werden wir Schlussfolgerungen ziehen, wie wir unsere Sicherheitsinteressen in der Nähe der japanischen Inseln gewährleisten können.

Frage: Ich habe auch nach der militärischen Aufrüstung Japans gefragt. Was würden Sie dazu sagen?

Sergej Lawrow: Ich habe bereits gesagt, dass das militärische Potenzial Japans kaum eine positive Entwicklung darstellt. Die Japaner begründen dies mit Nordkorea. Aber jeder weiß auch, dass Russland und sogar die Volksrepublik China ebenfalls beteiligt sind. Daraus machen die Amerikaner keinen Hehl, wenn sie diese besondere Entwicklung der militärischen Infrastruk-

turen und der militärischen Fähigkeiten Japans fördern. Sie befürwortet eine Änderung der Verfassung, damit die japanischen Streitkräfte die Spuren ihres pazifistischen Überfalls verlieren und in der Lage sind, militärische Operationen im Ausland durchzuführen. Das spiegelt kaum Japans Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen zur Russischen Föderation wider. Vor einigen Jahren, als die Arbeiten am Friedensvertrag zwischen Russland und Japan in einer aktiven Phase waren, trafen sich unser Präsident und der japanische Premierminister regelmäßig, um über die eine oder andere Formulierung zu beraten, wobei Minister, stellvertretende Minister und Experten dazwischen arbeiteten. Irgendwann sagten die Japaner, dass sie den „großen“ Friedensvertrag, den wir ihnen anboten, nicht wollten. Die russische Position war, dass ein Friedensvertrag, wie er nach dem Krieg hätte sein sollen, ja ist. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Kapitulation. Hier werden die Grenzen gezogen. Wir werden in Frieden leben. Seitdem sind jedoch mehrere Jahrzehnte vergangen. Allein die Unterzeichnung eines solchen Papiers wäre eine Missachtung des Niveaus gewesen, das die russisch-japanischen Beziehungen zu jener Zeit erreicht hatten. Wir boten daher einen detaillierten Friedensvertrag an, der die Grundsätze der Zusammenarbeit auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt, gegenseitigem Interesse und guter Nachbarschaft umreißt und die Bereiche der wirtschaftlichen, investiven und humanitären Zusammenarbeit festlegt. Und auf dieser Grundlage die Grenze zu bestimmen. Die Japaner lehnten dies mit der Begründung ab, dass sie kein wortgewaltiges, pompöses Dokument wollten, sondern ein konkretes. Innerhalb Japans waren die Diskussionen sehr einfach. Erst zwei Inseln, dann ein Friedensvertrag. Obwohl unser Präsident und der japanische Premierminister in umgekehrter Reihenfolge zustimmten. Zunächst der Friedensvertrag, wie er im Moskauer Abkommen von 1956 festgelegt wurde. Aber das ist nicht das, worüber ich jetzt rede. Das alles ist in die Geschichte eingegangen. Die Japaner haben nachdrücklich darauf bestanden, die beiden Inseln aufzugeben, und dann werden wir sehen. (Ich bin schon seit einiger Zeit als Minister in Japan tätig, habe aber keine spezielle Japanischausbildung). Ich habe einen erfahrenen Länderexperten gefragt, was er über diese Situation denkt. Er antwortete, dass der Premierminister im Moment an der Entwicklung der Beziehungen zu Russland interessiert sei und dass es regelmäßige Kontakte und kulturelle Veranstaltungen gebe, aber wenn die Japaner eines Tages plötzlich entscheiden würden, dass sie diese vier Inseln nicht bekommen würden, würden sie einen Platz im Lager der glühendsten Gegner der Russischen Föderation einnehmen. Nur ein Zitat. Ich werde das nicht einmal kommentieren. Im Jahr 2022 stimmte die Generalversammlung erneut über die russische Resolution „Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus, des Neozismus und anderer Praktiken, die dazu beitragen, zeitgenössische Formen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz zu schüren“ ab. Zum ersten Mal stimmten Japan, Deutschland und Italien mit „Nein“. Bis jetzt haben sie sich der Stimme enthalten. Wenn wir in der Ukraine nicht in der Theorie, sondern in der Praxis darüber sprechen, wie der Nazismus verherrlicht wird und alle Lebensbereiche durchdringt, war dieses „Handzeichen“ der drei ehemaligen Achsenländer ziemlich symbolisch. Über den Lachin-Korridor. Gestern habe ich mit dem Außenminister von Aserbaidschan gesprochen. Der Lachin-Korridor, auf den sich die Staats- und Regierungschefs der drei Länder am 9. November 2020 geeinigt haben, muss für Fracht, Bürger und Fahrzeuge in beiden Richtungen frei sein. Natürlich ist dort gesondert festgelegt, dass keine militärischen Güter über diese Route befördert werden dürfen. Die Aserbaidschaner haben Daten vorgelegt (unser Militär prüft sie gerade), die belegen, dass die armenische Seite Minen entlang dieses Korridors verlegt hat. Anschließend wurden sie unter Verstoß gegen die trilateralen Vereinbarungen zur Verminung der an die aserbaidschanischen Stellungen angrenzenden Gebiete eingesetzt. Es gibt viele gegenseitige Beschuldigungen. Wir haben eine einfache Sache vorgeschlagen. Das russische Friedenstruppenkontingent ist gemäß dem trilateralen Abkommen beauftragt, diese Bewegungen zu kontrollieren

und die Fahrzeuge zu überprüfen, um beispielsweise sicherzustellen, dass sie keine verbotenen, nicht humanitären und nicht zivilen Güter enthalten. Neulich fanden Treffen zwischen Vertretern von Aserbaidschan und Karabach statt, an denen auch der Kommandeur des russischen Kontingents teilnahm. Ich denke, das Problem wird in naher Zukunft gelöst werden.


F: Es wurde heute überhaupt nicht über Afrika gesprochen. In einem Interview für RIA Novosti forderte der südafrikanische Außenminister heute die Rücknahme des antirussischen Gesetzes durch den US-Kongress. Er sieht vor, dass die Vereinigten Staaten Sanktionen gegen afrikanische Staaten verhängen, die weiterhin mit unserem Land zusammenarbeiten. In diesem Interview sprach der Minister viel über die Unzulässigkeit der Kolonialpolitik des Westens und die Unmöglichkeit von einseitigen Sanktionen gegen unser Land. Wie bewertet Moskau diesen Gesetzentwurf des US-Kongresses zur Bekämpfung russischer Aktivitäten in Afrika? Inwieweit ist dieses Gesetz in der Lage, unsere Zusammenarbeit mit den Ländern der Region zu beeinflussen?

Sergej Lawrow: Ich bewerte dieses Gesetz auf die gleiche Weise wie der südafrikanische Außenminister N. Pandor. Die Antwort auf die Frage, wie sich dies auf unsere Beziehungen zu Afrika auswirken könnte, ist meines Erachtens in ihren Ausführungen bereits enthalten. Nicht jedes afrikanische Land wird in der Lage sein, seinen Standpunkt durch seinen offiziellen Vertreter so deutlich zu machen. Irgendwo wird es subjektive Faktoren persönlicher Natur geben. Einige unserer afrikanischen Kollegen

werden weniger prinzipientreu reagieren. Aber ich habe keinen Zweifel daran, dass selbst diejenigen, die sich nicht zu dieser Art amerikanischer Provokation äußern, tief im Inneren davon überzeugt sind, dass dieses Gesetz in erster Linie den Afrikanern schadet. Zum einen werden sie nicht als gleichberechtigt angesehen. Dies ist eine reine Kolonialmentalität in einer neuen Dimension. Zweitens: Als US-Außenminister Pompeo noch der Trump-Administration angehörte, reiste er durch Afrika und forderte auf öffentlichen Veranstaltungen und Pressekonferenzen alle auf, den Handel mit Russland und China einzustellen. Denn Russland und China tun dies aus „Gier“, für sich selbst und zum Nachteil der Afrikaner. Und Amerika, so Pompeo, treibe mit Afrika nur deshalb Handel, um deren Entwicklung zu fördern und ihnen zu mehr Demokratie zu verhelfen. So ein einfaches „Ding“. Es wird überall genommen, auch in Afrika, wie es sich gehört. Wir planen einen zweiten Russland-Afrika-Gipfel mit Afrika in St. Petersburg vom 23. bis 26. Juli 2023. Wir bereiten dafür eine ganze Reihe von Veranstaltungen vor. Außerdem wird es ein Wirtschaftsforum geben, und es werden Dokumente zur „Neugestaltung“ der Kooperationsmechanismen angesichts der von Ihnen im Zusammenhang mit dem amerikanischen Gesetzentwurf erwähnten Sanktionen und Drohungen vorbereitet. Neue Instrumente für die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Investitionen, für Lieferketten und für den Zahlungsverkehr. Die Umstellung auf Abrechnungen in Landeswährung ist im Gange. Dieser Prozess ist nicht schnell, aber er schreitet voran und gewinnt an Dynamik.

Zensus 2022/23

- Der Irrtum beim Eigentum


Baden-Württemberg
STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg · 70118 Stuttgart

Verwaltungsgericht Stuttgart
Postfach 105052
70044 Stuttgart

per beBPO

Datum: 17.01.2023
Name: Herr [REDACTED]
Durchwahl: 0711 641- [REDACTED]
Aktenzeichen: 0932.2 [REDACTED]
(Bitte bei Antwort angeben)

Verwaltungsrechtssache [REDACTED] / Land Baden-Württemberg
wegen Heranziehung zur Gebäude- und Wohnungszählung im Rahmen des Zensus,
hier: Antrag gem. § 80 Abs. 5 VwGO.
Aktenzeichen: 16 K 5837/22

In obiger Verwaltungsrechtssache teilen wir mit, dass die Gebäude- und Wohnungszählung im Rahmen des Zensus 2022 mit Ablauf des 15.01.2023 beendet wurde (siehe Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes unter https://www.statistik-lw.de/Presse/Pressemitteilungen/20230111_abgerufen_am_17.01.2023).

Aus diesem Grund sind Auskünfte zur Gebäude- und Wohnungszählung nicht mehr verfügbar und müssen dementsprechend auch nicht mehr erteilt werden.

Der angefochtene Heranziehungsbescheid zur Auskunftserteilung für die Gebäude- und Wohnungszählung hat sich daher durch Zeitablauf erledigt.

Eine Vollstreckung der Auskunftspflicht mit Mitteln des Verwaltungszwanges ist gem. § 11 LVwVG nicht mehr möglich, da der damit verfolgte Zweck nicht mehr erreicht werden kann.

Das noch nicht abgeschlossene Widerspruchsverfahren wird das Statistische Landesamt wegen Erledigung einstellen.

Dehlgauer Str. 48 · 70199 Stuttgart (Königsplatz) · Telefon 0711 641-0 · Telefax 0711 641-13 40 11 · richtlinien@statistik-lw.de
www.statistik-lw.de · www.servize-lw.de
Funktionszeiten: Mo bis Do: 9:00 - 15:30 Uhr, Fr: 9:00 - 12:00 Uhr · VVS-Anschluss: Erwin-Schneitte-Platz 1, 5. Stg. 42

JB (Recht) - Ich bin immer wieder erstaunt über die Naivität zur Eigentumsvermutung. Das Vertrauen in die BRD-Verwaltung, die dem organisierten Verbrechen gleichzusetzen ist, scheint grenzenlos zu sein. Solange es läuft, wird alles erduldet und wenn es einem weggenommen wird, dann schaut man deppert aus der Hirnhülse und kratzt sich daran, nichts verstehend. Ich gebe nur ein Beispiel an, das Sie als Rippelfaden aufnehmen können oder nicht. Im § 891 BGB steht die Grundbuchvermutung, also: es wird vermutet, dass Sie der Eigentümer des Grundstückes sind oder auch nicht. Der Zensus 2022/23 ist, vereinfacht ausgedrückt, die Bestandsaufnahme des Volksvermögens und wer das freiwillig ausfüllt, stimmt der Verwertung schon mal zu. Anders sieht es aus, wenn Sie eine Zurückweisung des Angebots/Anfrage senden. Dazu sollten Sie ihre korrekte Staatsangehörigkeit angeben können. Dazu empfehle ich Ihnen die Denkschrift solange zu lesen, bis die Begrifflichkeiten sitzen und von Ihnen im Schriftverkehr mit den „Behörden“ angewendet werden können. Weil es zudem Schwierigkeit mit der illegalen Anwendung von NS-Gesetz gibt? *Das Justizbeitreibungsgesetz (JBeitrG, bis 2016 Justizbeitreibungsordnung, JBeitrO) regelt in Deutschland die Vollstreckung („Beitreibung“) von Geldstrafen, Geldbußen, Ordnungsgeldern, Zwangsgeldern und Gerichtskosten.*

Eingangsförmel.
Auf Grund des Artikels 5 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 16. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 91) in Verbindung mit Artikel VII des Zweiten Gesetzes zur Änderung der Rechtsanwaltsordnung vom 13. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1470) wird folgendes verordnet: ...

Lt. Tel. mit der Finanzdirektion in Nürnberg wurden mit Info vom 17.1.2023 alle „privaten Zangsgelder“ - > „niedergeschlagen“.

Genozid - Strafantrag/Strafanzeige wg. des Verdachts Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 StGB) und der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB)

JB (Recht) - Der grausame Tod eines Impfpfers aus dem Bekanntenkreis, führt jetzt zur Strafantragsstellung und aufgrund des starken öffentlichen Interesses zum Genozid zur Veröffentlichung.

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kiel

Heß, Birgit in der Funktion Leitende Oberstaatsanwältin bei dem Landgericht Kiel
Schützenwall 31- 35, 24114 Kiel

Betr: Strafantrag/Strafanzeige wg. des Verdachts Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 Strafgesetzbuch StGB) und der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB).

Strafantrag / Strafanzeige gegen:

Jens Georg Spahn, ehemaliger Bundesminister für Gesundheit
Karl Wilhelm Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit
Günther, Daniel, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Ladwig, Stephanie, Landrätin des Kreises Plön
Demmin, Björn, Bürgermeister Stadt Preetz

Anzuzeigender Sachverhalt

Strafanzeige wg. des Verdachts der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB). In Tateinheit des mit grob fahrlässig in Umlauf bringen von experimentellen Impfstoffen ohne Nachweis der entsprechenden Nebenwirkungsanalyse.

Strafantrag / Strafanzeige gegen:

Dr. XXX, 24211 Preetz

Anzuzeigender Sachverhalt

Strafanzeige wg. des Verdachts der Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 Strafgesetzbuch StGB). In Tateinheit der mit Vorsatz verabreichten experimentellen mRNA Therapie, Impfstoffe genannt, ohne Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht zu den Nebenwirkungen oder direkten Wirkungen in Kenntnis und/ oder Unkenntnis der gesundheitsgefährdenden Folgen.

Begründung

B1.0 Die durch die rechtswidrige Experimentierphase am Menschen gewonnenen Erkenntnisse zu den massiven gesundheitsschädlichen Nebenwirkungen und oder direkte Wirkung durch die Impfstoffe wurden sukzessive mit den nach in Umlaufbringung und Verabreichung der experimentellen Impfstoffe auftretenden Nebenwirkungen veröffentlicht, nicht bei, mit oder durch die fragwürdigen mithin deutlich strittigen Zulassungen.

B1.1 Die wissenschaftlich notwendige Nachweispflicht eines isolierten Virus Coronavirus SARS-CoV- 2 oder einer der abgeleiteten Mutationen ist weltweit bis heute durch kein Institut erfüllt worden. Die dadurch wissenschaftlich und für die Anwendung bedingte Evidenz einer Wirksamkeit und der in Umlauf gebrachten Impfstoffe ist nicht vorhanden.

B1.2 Außer nichtssagenden Antikörper-Anstiegen bei ein paar Labormäusen fehlt jeglicher Wirksamkeitsbeleg, dafür jedoch verstarben die Labormäuse unnatürlich. Nicht einmal bei einer kleinstmöglichen Freiwilligen-Kohorte war zuvor ein Nutzen der neuen Impfstoffe nachgewiesen, als EU-Kommission und STIKO ihr unbedingtes und unbefristetes „Spritze frei!“ aussprachen. Dafür indes wurden bereits aus der Zulassungsstudie negative Wirkung auf schwangere Partnerinnen der Probanden aufgeführt. Mögliche geringere Schutzwirkung durch die Impfstoff-Kombination? Zum millionenfachen Feldversuch wurden die älteren Mitbürger vorzugsweise in Alten- und Pflegeheimen mißbraucht. Das spart den Pharmaunternehmen Zeit und garantiert ihnen Gewinne ohne lästige Nachweispflicht. Zusätzlich wirkt es wie eine radikale Rentenreform.

B1.3. Bei den mRNA-Impfstoffen gegen SARS-CoV-2 wird am Spike-Protein manipuliert, also genau an dem Teil, welches für die zahlreichen seltsamen Nebenwirkungen wie Herzmuskelentzündungen oder Blutgerinnungsstörungen verantwortlich sind. Die zugrunde liegenden immunologischen Prozesse sind noch überhaupt nicht verstanden, aber dennoch wissen EU-Kommission und STIKO, dass eine Veränderung des für die Nebenwirkungen verantwortlichen Spike-Proteins nicht zu einer Veränderung der Impfrisiken führt? Das ist wissenschaftlich unhaltbar und unter Aspekten des Patientenschutzes unverantwortlich.

B1.4 Herr Jürgen Schulz, geb. 26. Januar 1938, wurde nicht über die Impfung mit mRNA-Impfstoffen, einer Gen verändernden Substanz, und deren möglichen Risiken, zu Herzmuskelentzündungen oder Blutgerinnungsstörungen aufgeklärt.

B1.5 Die offensichtlichen Beschwerden von lebensbedrohlichen bzw. tödlichen Blutgerinnungsstörungen, sind bei Herrn Jürgen Schulz vor den Impfungen nicht aufgetreten. Ein Verweis auf mögliche Vorerkrankungen zur Haftungsfreistellung ist unzulässig, da diese Symptome sich erst durch bzw. mit den Impfungen entwickelt haben. Dabei ist es unerheblich ob Vorerkrankungen an den Symptomen beteiligt sind oder nicht, da das auftretende Krankheitsbild massiver Arterien- und Venenblockade durch Blutgerinnungsstörungen erst mit oder durch die mRNA-Impfstoffe ausgelöst resp. unnatürlich verstärkt wurden.

B1.6 Durch über Dritte angeforderte Herausgabe für die wissenschaftliche Überprüfung der anonymisierten Daten der Firmen BioNTech, Pfizer und Moderna aus den ersten Zulassungsstudien mit diesen Daten soll überprüft werden, ob sich die in einer Sekundäranalyse der Zulassungsstudien gefundenen erhöhten Nebenwirkungsraten verifizieren lassen wird durch die Konzerne verweigert und die Zulassungsbehörden bleiben untätig.

B1.7 Herr Jürgen Schulz wurde mit den experimentellen Impfstoffen durch den Hausarzt Dr. XXX geimpft. Herr Schulz wurden während des Klinikaufenthaltes die Brieftasche und das Handy entwendet und damit die offensichtlichen Nachweise der Impfung (Impfpass und Handyapp) verhindert.

B1.8 Die Angezeigten:

Jens Georg Spahn, ehemaliger Bundesminister für Gesundheit,
Karl Wilhelm Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit,
Günther, Daniel, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein,
Ladwig, Stephanie, Landrätin des Kreises Plön und Demmin, Björn, Bürgermeister Stadt Preetz haben die Pflicht zur sorgfältigen Prüfung möglicher gesundheitsschädigender Wirkungen, für die durch die Angezeigten mit Zwangsmaßnahmen belegten Verordnungen zur Umsetzung der Impfungen. Ein entsprechender Apparat an medizinischer, wissenschaftlicher und rechtlicher Unterstützung steht auch dem Land Schleswig-Holstein und seinen Angestellten, respektive den Angezeigten zu Verfügung. Besonders schwerwiegend wirkt sich die Ignoranz der vorab und während, öffentlich und zur Kenntnis gebrachten Bedenken zur Zulassung und möglichen Gesundheitsschädigung aus, so dass eine grobe Fahrlässigkeit angenommen wird.

B2.0 Die klinische Diagnose durch den behandelnden Arzt.

B2.1 Die gerichtlich angeordnete Obduktion.

B2.2 Es wird eine zusätzliche klinische Obduktion durch die Angehörigen beauftragtes zertifiziertes Institut durchgeführt.

Antrag

A1. Es wird die gerichtlich angeordnete Obduktion, speziell die Untersuchung der Blutgerinnungsstörung beantragt.

A2. Die zufällige, unbeabsichtigte, vorsätzliche oder angeordnete Einäscherung sowie die anderweitige Verhinderung der gerichtlich angeordneten Obduktion und /oder der klinischen Untersuchung des Leichnams von Herrn Jürgen Schulz, gemäß B2.0 und B2.1 und B2.2 wird als vollumfängliches Schuldeingeständnis gewertet oder zu werten sein, mithin als Beweismittelsicherung (§).

A3. Die Stellung der Strafanzeige erfolgt zur rechtzeitigen Beweissicherung des Körpers vor dem Ableben des Opfers Jürgen Schulz, der in der Nacht zum 21. Januar 2023 verstorben ist.

A4. Der Hausarzt Dr. XXX wird zur Herausgabe der Daten zu den durch Ihn verabreichten Impfstoffe an Herr Jürgen Schulz verpflichtet.

A5. Die Universitätsklinik Schleswig-Holstein (UKSH) wird zur Herausgabe der gespeicherten Impfdaten des Herrn Jürgen Schulz verpflichtet.

A6. Die Krankenkasse Barmer Geschäftsstelle in Preetz wird zur Herausgabe der gespeicherten Impfdaten des Herrn Jürgen Schulz verpflichtet.

A7. Die ausführliche und weiterführende schriftliche Beweisführung wird gemäß gerichtlicher Fristsetzung nachgereicht.

A8. Die Angezeigten

Jens Georg Spahn, ehemaliger Bundesminister für Gesundheit,
Karl Wilhelm Lauterbach, Bundesminister für Gesundheit,
Günther, Daniel, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein,
Ladwig, Stephanie, Landrätin des Kreises Plön,
Demmin, Björn, Bürgermeister Stadt Preetz,
sind wegen der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB) in Tateinheit des mit grob fahrlässig in Umlauf bringen von experimentellen Impfstoffen ohne Nachweis der entsprechenden Nebenwirkungsanalyse zu verurteilen.

A9. Der Angezeigte Dr. XXX ist wegen Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 Strafgesetzbuch StGB), in Tateinheit mit Vorsatz verabreichten experimentellen Impfstoffen ohne Wahrnehmung der Sorgfaltspflicht zu den Nebenwirkungen oder direkten Wirkungen in Kenntnis und oder Unkenntnis der gesundheitsgefährdenden Folgen zu verurteilen.

A10. Anspruchsgrundlage für das Schmerzensgeld ist § 823 Abs. 1 BGB i. V. m. § 253 Abs. 2 BGB

A11. Die Angeklagten tragen die Kosten eines anzustrebenden Verfahrens.

Anlage

Wird nachgereicht.

Datum: 21. Januar 2023,

Ort: Theresienhof

Hochachtungsvoll

Mattias S c h u l z

Die „Flüchtlinge“ sind nicht das Problem



JB (Politik) - sondern die politischen Mandatsträger und unterstützende NGOs, die eine illegale Einwanderung mit dem Zuckerbrot der leistungslosen Abschöpfung der sozialen Leistungen zu Lasten der Bevölkerung erst ermöglichen.

Am Beispiel UPAHL: Hier zeigt sich wie erbarmungslos die Gemeinschaft einer Gemeinde den ideologischen Prozessen unterworfen werden soll, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung. Wenn in ein Mecklenburger 500-Seelendorf mit 400 illegalen Einwanderern überrollt wird, ist das die feindliche Übernahme der Gemeinde. Und wie das Kasperle aus der Holzkiste kommt ein AfD-Politiker daher und trägt seinen Spruch vor.

„AfD-Landeschef Leif Erik-Holm kritisierte die Tumulte und rief zu „konsequent friedlichem Protest gegen die irrsinnige Migrationspolitik auf“. Allerdings bezeichnete Holm den Protest als „mehr als berechtigt. [...] Und während die Situation vor Ort immer problematischer werde, sei von der Landesregierung, geschweige denn von der Ampelregierung in Berlin, keinerlei Handeln zu erkennen. Man lasse Kommunen und Bürger einfach im Stich, sagte Holm. „Wir brauchen Grenzkontrollen und konsequente Abschiebungen“, forderte der AfD-Politiker.“ Quelle: Nordkurier.

So schön eingeseift im Singsang der AfDler-Führungskraft, wird die Selbstverwaltung der Gemeinden vollständig zerlegt und gemäß der WHO-EU-Vorgabe zur Umlagerung, strömen die illegalen Einwanderer in die Dörfer. Nochmal, das emotionale Gedallere von „wir müssen den Flüchtlingen helfen“ ist eine empathische Falle gegen den Empathen selbst, wenn die Bedingungen zur Hilfe einseitig geändert wurden. Das ist ein Völkermord an den Deutschen.

Wir sind ein Einwanderungsland und das ist auch gut so und dafür gibt es Regelwerke, die bedauerlicherweise rechtswidrig ausser Kraft gesetzt wurden. Es bedarf

einer regelbasierten Form des Widerstands dem sich die Nazis nicht entziehen können. Sie haben richtig gelesen, den die Kommunalpolitiker halten alle die verwaltungstechnische NS-Staatsangehörigkeit nach 1934, es sind Nazis. Die Kommunalpolitik wird aus einem Netzwerk von politischen Mandatsträger gebildet, die als Klatschhasen des Fraktionszwangs, Sie beaufsichtigen und in der Spur halten. Die Unternehmer in dieser Region sind über die Netzwerke der Lions und Rotary mit der Politik so eng vernetzt, das niemand aus der Reihe tanzt.

Gegen das Suizid-Programm der WEF-Sekte mit der Agenda 2030 helfen Erstens, die Mehrheitsbeschlüsse in einer Gemeinde (Bürgerbegehren) und ein hauptamtlicher Bürgermeister und ein Verbot der Tätigkeit von NGOs in der Gemeinde. In der Vorgehensweise der demokratischen Mehrheitsfindung, was ich empfehle, fordern Sie die Rechtsstaatlichkeit ein.

Zweitens, Sie werden feststellen das mit der strafrechtlichen Verfolgung der Impfterroristen und Pandemietreiber sich die Schleuser der illegalen Einwanderer in CO2 aufgelöst haben. Damit sind ca. 60% der Kommunalpolitiker als Impfterroristen strafällig und in der Haftung für die Pandemie-Schäden in Ihrer Gemeinde.

Für die Unternehmer die ihre Angestellten vor die Wahl gestellt haben „**Spritze oder Job**“ würde ich nach strafrechtlicher Würdigung, die Schadenersatzregelung durch eine Übernahme der Firma durch die Mitarbeiter anstreben.

Drittens, klären Sie endlich Ihre Staatsangehörigkeit.

Erst 86 Jahre später wurde der § 37 RoStAG durch Ex-Kanzler Schröder, Schilly und Rau mit dem aktuellen § 37 StAG n.F. vom 22.07.1999 m.W.z. 01.01.2000 überschrieben mithin das BuStAG nach 86 Jahren wieder in die Anwendung gebracht und ist es bis heute in Gültigkeit.

Staatsangehörigkeit - Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

JB (Recht) - Die Kernaussage der Denkschrift ist:

„Der ewige Bund als „Deutscher Bund“ existiert fort, besitzt Rechtsfähigkeit nach wie vor, ist mangels Organisation derzeit nicht handlungsfähig, im Bundesgebiete entsprechend des Geltungsbereiches der LKO (HLKO) für Deutschland von 1910 und gültiger Bundesverfassung von 1918 (RVerf.1871-1918) eingefroren. Sowie das sich wieder in der Anwendung befindliche BuStAG von 1870, durch Änderung in § 37 RoStAG n.F. aus der „Deponierung“ geholt wurde“

Die vorherrschende Meinung das mit dem § 4 StAG die Staatsangehörigkeit der Deutschen definiert wird, ist richtig. Solange sich die Definition der deutschen Staatsangehörigkeit auf die verwaltungstechnische NS-Staatsangehörigkeit „Deutsch“ bezieht.

Die Bundesangehörigkeit der Deutschen aus dem „gemeinsamen Indigenat“ aller Bundesstaaten des Deutschen Bundes, ist im Königreiche Bayern mit dem BGBl. Nr. 17 S. 87 zum RuStAG 1871, als Reichsgesetz eingeführt worden.

Für alle anderen war das BuStAG gemäß Reichsverfassung vom 16.04.1871 m.W.z. 20.04.1871 lediglich als RuStAG zu verstehen und galt somit als RuStAG 1871 bis zum 31.12.1913 und blieb jedoch immer das BuStAG.

Mit dem § 37 RoStAG vom 22.07.1913 m.W.z. 01.01.1914 wurde BuStAG wie RuStAG 1870/71 buchstäblich aus der Anwendung geschrieben und mit 9/11 1918 spätestens aber mit 28.11.1918 wurde das RuStAG 1871 für alle außer Bayern wieder zum BuStAG, jedoch weiterhin durch § 37 RoStAG gesperrt.

Erst 86 Jahre später wurde der § 37 RoStAG durch Ex-Kanzler Schröder, Schilly und Rau mit dem aktuellen § 37 StAG n.F. vom 22.07.1999 m.W.z. 01.01.2000 überschrieben mithin das BuStAG nach 86 Jahren wieder in die Anwendung gebracht und ist es bis heute in Gültigkeit.

Keiner hat es gemerkt bzw. sollte es verstehen, seit dem 01.01.2000 ist die Bundesangehörigkeit wieder vorhanden oder greift im Bundesgebiete. Jetzt steht der Aktivierung der Bundesstaaten nichts mehr im Weg, außer die Bayern blockieren weiterhin den Weg in die Freiheit. Ich vermute das Sachsens Weckruf deutlich zu hören sein wird. Die Bayern sind Bundes- und Staatsangehörige (Zweifachstatus n. BuStAG).

Seite [87]

(Nr. 632.) Gesetz, betreffend die Einführung Norddeutscher Bundesgesetze in Bayern. Vom 22. April 1871.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§. 1.

Die in den nachfolgenden Paragraphen aufgeführten Gesetze des Norddeutschen Bundes werden nach Maßgabe der in diesen Paragraphen enthaltenen näheren Bestimmungen als Reichsgesetze im Königreiche Bayern eingeführt. [...]

§. 9.

Das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870. tritt mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft, jedoch mit Ausnahme der Bestimmungen in §. 1. Absatz 2., §. 8. Absatz 3. und §. 16. [90]

Um so wichtiger ist zu verstehen, welche Kapriolen mit der Staatsangehörigkeit getrieben wurden. Aus meiner / unserer Sicht wurden durch den Kaiser und Bismarck Notanker eingebaut, die zum damaligen Zeitpunkt zum Glück nicht in ihrer langfristigen Wirkung erkannt wurden.

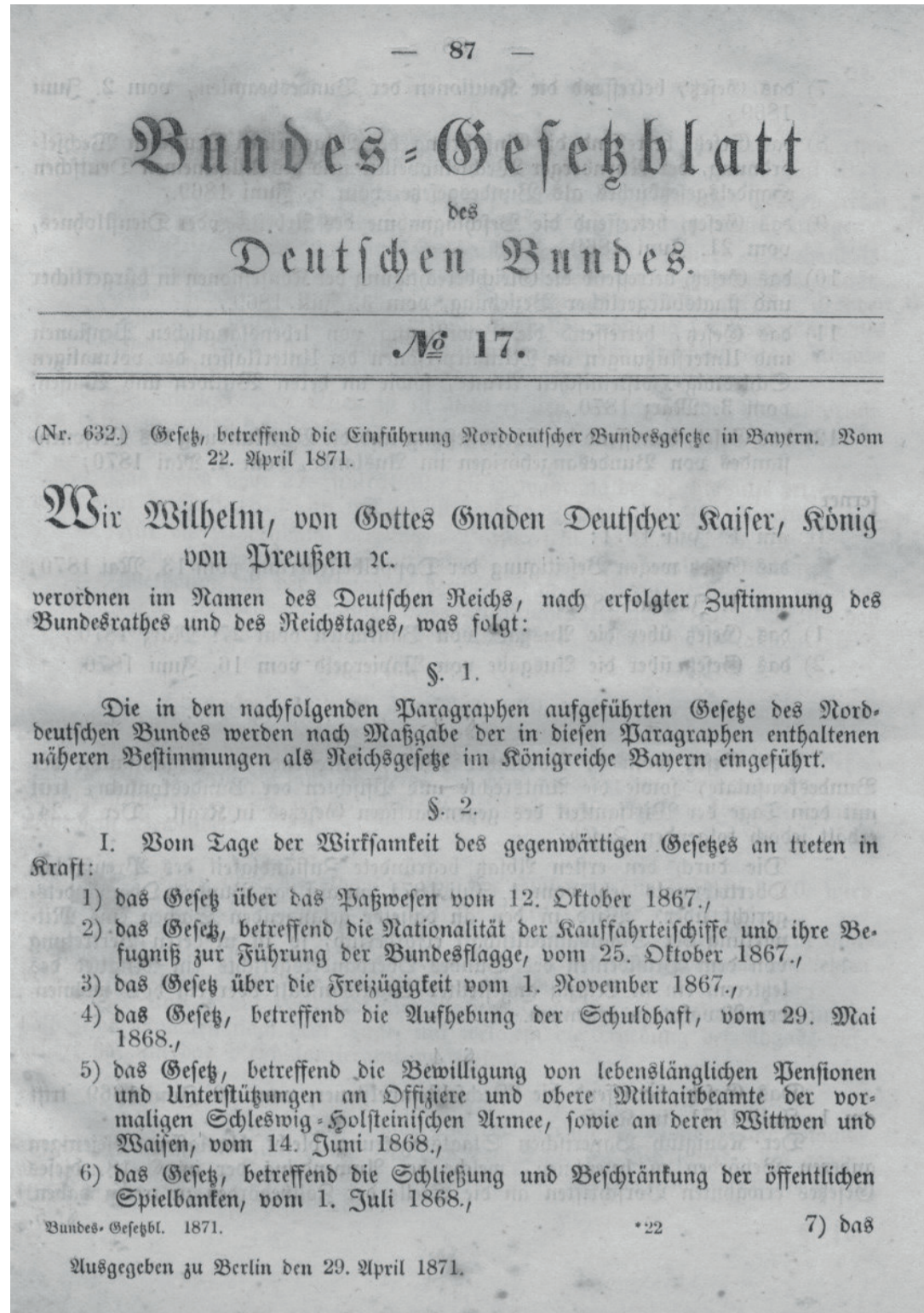
Erst mit einem genauem Studium wird erkennbar, dass z.B. über das zusätzliche „e“ und der Formel „ist zu verstehen“ usw. die Begrifflichkeiten gesetzt wurden, die ihren ursprünglichen Kontext verschleiern oder es werden Bezüge so verklausuliert, das sie rechtlich nicht mehr erreichbar sind. Dennoch konnten wir den schwierigen Kontext und die Beständigkeit des Deutschen Bundes offenkundig werden lassen.

Der wichtigste Part dabei ist.

„Die Bezeichnung „Deutsches Reich“ des ewigen Bundes fiel indes bereits 1918 mit der Verbannung des Kaiseramtschefs ins Exil nach Schloss Doorn in den Niederlanden weitgehend unbemerkt weg. Das „Kaiserreich“ ging insofern nicht unter, sondern mit dem König und Kaiseramtschef in den Dornröschenschlaf 104 Jahre; was auf dem Bundesgebiete indes verblieb, war der ewige Bund samt Bundesverfassung – ohne Kaiseramt, Reichsbezeichnung oder Reichsverständnis– und „nur noch Deutsche“, die Bundesangehörigen. Wohl auch die Bayern und Württemberger mit ihrem RuStAG von 1871.“

Es ist unsere Auslegung in der rechtlichen Betrachtung der gültigen Gesetzgebung, die für jedermann prüfbar dargestellt wurde und bis zur Widerlegung seine Gültigkeit behält.

Ein Umstand der sich auch in der heutigen staatsrechtlichen Situation Bayerns widerspiegelt. Bayern gibt vor und wenn Bayern die gesetzliche Veränderung durchführt, ziehen alle anderen nach.



mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes eingeführt.

Die nach §. 2. desselben zu leistende Entschädigung besteht in dem achtzehnfachen Betrage des durchschnittlichen Reinertrages der Abgabe aus den letzten drei Kalenderjahren vor dem Aufhören der Erhebung.

Der Antrag auf Entschädigung ist bei Vermeidung der Präklusion innerhalb sechs Monaten nach dem Tage, mit welchem die Erhebung der Abgabe aufgehört hat, an das Reichskanzleramt zu richten.

§. 9.

Das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870. tritt mit dem Tage der Wirksamkeit des gegenwärtigen Gesetzes in Kraft, jedoch mit Ausnahme der Bestimmungen in §. 1. Absatz 2., §. 8. Absatz 3. und §. 16.

§. 10.

EU-Covid-19 Impfschäden

- Die Impf-Opferzahlen gehen in die Millionen

EudraVigilance - European database of suspected adverse drug reaction reports										
Analysis of Adverse Reactions for Experimental Covid-19 Injection per EudraVigilance										
Summary @ input date 14th Jan 2023	1. Moderna	2. Moderna	3. Moderna	4. Pfizer	5. Pfizer	6. Pfizer	7. AstraZeneca	8. Janssen	9. Novavax	Total
Fatal	12,787	89	24	23,672	97	226	9,784	3,330	1	50,010
Non Fatal	886,363	12,996	470	2,712,232	10,582	6,604	1,397,362	176,487	4,134	5,207,230
Total Adverse Reactions	899,150	13,085	494	2,735,904	10,679	6,830	1,407,146	179,817	4,135	5,257,240
Total Individual Reports	366,879	5,228	206	1,193,335	4,028	3,146	542,697	70,678	1,528	2,187,725
Average injuries per report	2.45	2.50	2.40	2.29	2.65	2.17	2.59	2.54	2.71	2.40
Number Women Reporting	252,165	3,517	100	833,022	2,975	2,031	379,112	37,425	1,078	1,511,425
Number of Men Reporting	109,508	1,605	91	337,210	990	1,101	147,449	30,458	436	628,848
Number where gender not specified	5,206	106	15	23,103	63	14	16,136	2,795	14	47,452
Number Healthcare Workers Reporting	123,007	547	102	457,230	584	1,728	174,357	27,184	195	784,934
Number Non-Healthcare Workers Repo	243,872	4,681	104	736,105	3,444	1,418	368,340	43,494	1,333	1,402,791
Age of Reportee Not specified	16,348	2,161	69	73,382	1,259	60	37,062	5,006	88	135,435
0-1 month	112	-	-	384	-	-	311	18	-	826
2 mths to 2 yrs	174	2	1	683	2	1	341	55	-	1,259
3-11 yrs	181	-	7	5,025	1	-	286	6	-	5,508
12-17 yrs	2,522	1	20	30,879	31	26	321	118	1	33,919
18-64 yrs	288,657	1,823	63	907,482	2,106	1,825	422,940	60,566	1,335	1,686,797
65-85 yrs	52,701	1,155	43	149,674	552	1,010	78,254	4,502	97	287,988
Over 85 yrs	6,184	86	3	25,826	77	221	3,182	407	7	35,993

uncut news [Umwelt] - EU - Covid-19 Impfschäden im Total bis zum - 14. Januar 2023 (man berücksichtigen das nur ca. 5% der Fälle gemeldet werden)

50.010 Todesfälle durch Covid-19-Injektionen und über 5,2 Millionen Verletzungen, gemeldet von fast 2,2 Millionen Menschen laut EudraVigilance-Datenbank. Die Tabelle zeigt eine Übersicht über die Verletzungen und Todesfälle, die von fast 2,2 Millionen Menschen in der EU gemeldet wurden. Über 41,5k Berichte über Kinder in der EU und über 135k Berichte, bei denen das Alter nicht erfasst/unbekannt ist. Es ist ein Genozid.